



Misch mit!

INTERKULTURELLE WOCHE 2009

Woche der ausländischen Mitbürger

INHALT

1 GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN 2009 »MISCH MIT!«

MISCH MIT!

- 2 Misch mit! Erwartungen an und Perspektiven für die Interkulturelle Woche
Weihbischof Dr. Josef Voß
- 5 Die Abschottung der Republik: Integration statt Zuwanderung
Prof. em. Dr. Dr. Dieter Oberndörfer
- 8 Vielfalt anerkennen und gestalten
Präses Alfred Buß
- 12 Partizipation statt Ausgrenzung
Volker Roßocha
- 15 Chancengleichheit herstellen – Ausgrenzung beseitigen
Deutscher Caritasverband
- 17 Sie wollen nur die Klugen
Canan Topçu
- 19 Wurden die Hürden zu hoch gehängt?
Stefan Herceg
- 20 Umfrage der BAG der Freien Wohlfahrtspflege zum Thema Einbürgerung
Tobias Mohr
- 21 Kettenduldungen beenden – humanitäres Bleiberecht sichern
Dietrich Eckeberg
- 23 Leben im Verborgenen
Landesbischofin Dr. Margot Käßmann
- 25 Gästewohnungen für Menschen ohne Aufenthaltspapiere
BAG Asyl in der Kirche

ZUM WELTTAG DER MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE 2009

- 26 Der heilige Paulus Migrant, »Völker-Apostel«
Ansprache von Papst Benedikt XVI.
- 28 ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE
- 36 ZUSAMMENLEBEN MIT MUSLIMEN VOR ORT –
BEISPIELE UND HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN
- 46 BEISPIELE UND ANREGUNGEN
- 60 AUSSTELLUNGEN, AKTIONEN UND MATERIAL-
HINWEISE

- 64 Bestellformular

EDITORIAL

»Der Dialog der Kulturen und Religionen weltweit ist eine wichtige Aufgabe. Ich habe sie allerdings nie als Ersatz dafür verstanden, dass wir uns ganz handfest um die praktischen Probleme des Alltags kümmern, die sich aus dem Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen im eigenen Land ergeben. Wir müssen über das Zusammenleben da reden, wo das Leben konkret ist.«

Dieser Satz des ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau fasst zusammen, was in der Interkulturellen Woche seit vielen Jahren geschieht. Die Expertinnen und Experten für Fragen des gelingenden Zusammenlebens und damit auch der Integration sind diejenigen, die in den Städten, den Schulen und Betrieben, in den Kirchengemeinden und Vereinen leben, arbeiten und sich engagieren, Menschen also, die sich einmischen und mitmischen.

Der Dialog der Kulturen ist kein Privileg von Intellektuellen oder Künstlern, er muss auch im Alltag geführt werden. Das beginnt mit dem Aushandeln und Aneignen der Spielregeln für ein friedliches Zusammenleben. Es geht darum, die kulturellen und religiösen Traditionen und Überzeugungen gegenseitig ernst zu nehmen und nicht zuletzt um das gleichberechtigte Miteinander.

Nicht jede Tradition und jedes Weltbild kann sich durchsetzen. Der Rahmen ist durch die Verfassung vorgegeben. Die Grundrechte gewährleisten und schützen die freie Entfaltung der kulturellen Identität. Aus der Verfassung ergeben sich zugleich die Normen und Regeln, die nicht zur Diskussion stehen und für das Zusammenleben in Staat und Gesellschaft unverzichtbar sind. Unter diesem Anspruch der Grundwerte stehen deutsche wie zugewanderte Bevölkerung gemeinsam. Sie sind das Fundament für die Entfaltung kultureller und gesellschaftlicher Vielfalt und Dynamik.

Ein Ziel der Integration ist die Verständigung über grundlegende Umgangsformen und Werte, die allen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben ermöglichen. Der produktive Streit um angemessene und erfolgversprechende Lösungen ist notwendig. Dazu gehören die Bereitschaft wie die Fähigkeit zum Dialog.

Engagement für ein friedliches Zusammenleben ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und angesichts einer ungewissen Zukunft notwendiger denn je. »Misch mit!«, das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche, wie das vorliegende Materialheft mit seinen Beiträgen und Beispielen, wollen dazu ermutigen und auffordern.

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche –
Woche der ausländischen Mitbürger

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN

ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN / WOCHEN DER AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGER 2009

In diesem Jahr begehen Christen in aller Welt die 2000-Jahrfeier der Geburt des Völkerapostels Paulus. Sein missionarisches Engagement hat entscheidenden Anteil daran, dass aus der Urgemeinde in Jerusalem eine weltweite Christenheit werden konnte. Prägnant hat Paulus die universale Perspektive des Glaubens ins Wort gefasst: »Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid einer in Christus Jesus« (Galater 3,28).

Das Auftreten des Paulus in Athen zeigt, wie er die Menschen im Glauben zusammengeführt hat: Er erkundet nach seiner Ankunft in Athen die Stadt und ihre Bewohner; er nimmt die religiösen Strömungen, Angebote und Heiligtümer wahr; er sucht das Gespräch mit den ihm begegnenden Menschen. Schließlich mischt er sich auf dem Areopag, dem Forum für öffentliche Diskussionen, in den Diskurs der Politiker und Philosophen ein. Auch wenn dieser erste Auftritt in Athen zunächst erfolglos schien, setzte er doch langfristig Veränderungen in Gang.

An diese Erfahrungen des Paulus knüpft das Motto der Interkulturellen Woche/Woche der ausländischen Mitbürger 2009 an. Es lautet kurz und knapp: Misch mit! Dieses Wort richtet sich sowohl an die einheimischen als auch an die zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger. Denn Kooperation und Integration müssen von beiden Seiten gewollt und angestrebt werden. Einmischen, Mitgestalten, Mitbestimmen – darum geht es nicht nur im Wahljahr 2009. Deutschland, Europa und die Welt stehen vor großen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam bestehen können.

Integration setzt Rechtssicherheit voraus. Im Jahre 2009 steht Deutschland in diesem Zusammenhang vor zwei großen Herausforderungen:

Für viele Menschen, die aufgrund der neuen gesetzlichen Bleiberechtsregelung ein Aufenthaltsrecht erhalten haben, steht in diesem Jahr die Entscheidung über dessen Verlängerung an. Die Kirchen haben sich sehr für die Verabschiedung einer Bleiberechtsregelung eingesetzt, die das Problem der so genannten Kettenduldungen lösen sollte. Die im Jahr 2007 beschlossene gesetzliche Regelung haben wir als einen wichtigen ersten Schritt gewürdigt. Die Aufenthaltserlaubnisse konnten zunächst unabhängig vom Nachweis eines Arbeitsplatzes erteilt werden. Dies ist ca. 55.000 Menschen zugute gekommen. Zur Verlängerung ihres Aufenthaltsrechtes müssen sie nun jedoch ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit überwiegend selbst bestreiten. Gelingt ihnen dies nicht, fallen sie in die unsichere Duldung zurück – auch nach teilweise jahrzehntelangem Aufenthalt und vielfach bereits erbrachten Integrationsleistungen. Darüber hinaus sind immer noch rund 140.000 Menschen in Deutschland nur vorübergehend geduldet. Die bisher beschlossenen Regelungen reichen daher nicht aus. Die Kirchen treten deshalb weiterhin für eine großzügige Bleiberechtsregelung ein, die auch alte, kranke und traumatisierte Menschen einschließt, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden.

Immer deutlicher zeigen sich auch die Probleme und menschlichen Härten bei der Neuregelung des Ehegattennachzugs. Kirchengemeinden, Beratungsstellen und Initiativen stehen oft vor schwierigsten Fällen, in denen Ehepaare monate- oder gar jahrelang getrennt werden, weil im Herkunftsland des Partners der zwingend und ausnahmslos vorgeschriebene Nachweis von Deutschkenntnissen kaum erbracht werden kann. Die Kirchen sehen daher ihre Befürchtungen bestätigt, dass die neuen Regelungen in vielen Fällen das Zusammenleben von Ehepaaren verhindern könnten. Angesichts des in Deutschland gut ausgebauten Systems an Integrationskursen halten wir es daher für geboten, den Nachweis von Sprachkenntnissen auch nach der Einreise zu ermöglichen.

Christen wissen, dass Gott die Belange der Menschen zu seinen eigenen macht. Er mischt sich ein. Gott ist in Jesus Christus Mensch geworden und hat sich den Widersprüchen dieser Welt ausgesetzt. Er tritt an die Seite der Schwächsten, Ausgegrenzten und Eingesperrten. Sich in seinem Sinne einzumischen bedeutet, für eine Gesellschaft einzutreten, die sich an den Grundwerten von Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden orientiert. Deshalb treten die Kirchen für ein solidarisches und an den Menschenrechten orientiertes Asylsystem in Europa ein.

Die Aufnahme von 2.500 besonders schutzbedürftigen Irakern in Deutschland, zu denen viele Angehörige verfolgter christlicher Minderheiten gehören, ist ein wichtiges Signal der Bundesregierung. Dafür sind wir dankbar. Allerdings kann dies nur ein erster Schritt sein. Gemessen an der Aufnahmefähigkeit Deutschlands und Europas und angesichts der Dimension des Flüchtlingsdramas mit mehr als 2 Millionen Betroffenen, von denen mehrere Hunderttausend keinerlei Rückkehrperspektive in den Irak haben, sind weitere Maßnahmen erforderlich. Deutschland und die anderen EU-Staaten sollten sich zu einem großzügigen Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge entschließen.

Im Blick auf die genannten gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen gilt es, sich einzumischen, Partei zu ergreifen und Solidarität zu üben; es gilt aber auch, im persönlichen Gebet und in gemeinsamen Gottesdiensten den Segen und Beistand Gottes zu erbitten. Dazu rufen wir in der Interkulturellen Woche/Woche der ausländischen Mitbürger 2009 auf. Von den vielen Aktionen, Veranstaltungen und Gottesdiensten sollte das Signal ausgehen, dass es uns nicht in erster Linie um uns selbst geht. Wir sind verantwortlich: füreinander und vor Gott. Gott traut uns zu und fordert uns auf, mitzumischen und uns einzumischen, damit in unserer Gesellschaft und weltweit alle Menschen gleichberechtigt und in Würde leben können.

† Robert Zollitsch

Erzbischof Dr. Robert Zollitsch
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Wolfgang Huber

Bischof Dr. Wolfgang Huber
Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

+ ὁ Πατριάρχης Αὐγουστίνος

Metropolit Augoustinos
Griechisch-Orthodoxer Metropolit
von Deutschland

MISCH MIT!

ERWARTUNGEN AN UND PERSPEKTIVEN FÜR DIE INTERKULTURELLE WOCHEN

Weihbischof Dr. Josef Voß

Ich erwarte und wünsche, dass die »Interkulturelle Woche/Woche der ausländischen Mitbürger« auch in Zukunft eine Plattform bleibt, auf der die aktuellen Themen des Miteinanders von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in unserem Land verhandelt werden, und ein Element bleibt, die öffentliche Meinung mitzugestalten. Es ist nicht selbstverständlich, dass in einer schnelllebigen Zeit durchzuhalten. Am Anfang der »Woche der ausländischen Mitbürger« standen die Probleme der so genannten »Gastarbeiter«. Wie sehr sich die Situation in unserem Land und auch international verändert hat, wissen Sie besser als ich.

Dankbar möchte ich feststellen, dass seinerzeit die beiden großen Kirchen die Initiative zu dieser Woche ergriffen haben und dass sie zusammen mit den einschlägigen Kooperationspartnern über die Jahrzehnte am Kern der Herausforderungen geblieben sind: Nämlich im Auf und Ab der politischen Wetterlage Anwalt der Fremden in unserem Land zu sein und das Miteinander von Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen zu gestalten in Frieden und Gerechtigkeit, das ist und bleibt die zentrale Herausforderung.

Bislang haben die beiden großen Kirchen allen Versuchen widerstanden, diese »Woche« beiseite zu schieben oder sie auszuhöhlen. Ich hoffe, es bleibt auch in Zukunft so.

ANWALTSCHAFT UND GESTALTUNG DES MITEINANDERS

Die Interkulturelle Woche ist eine Chance: Sie ist die Chance, über eine Woche auf verschiedenen Ebenen und über die verschiedenen Medien diese zentrale Lebensfrage nach dem Miteinander in unserem Land zu stellen, sie in die öffentliche Diskussion zu bringen und damit auch das Bewusstsein in der Gesellschaft mitzuprägen.

Inzwischen hat man sich daran gewöhnt zu sagen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Nach meiner Einschätzung ist diese These aber in der Breite unserer Gesellschaft noch nicht internalisiert. Bewusst oder unbewusst ist die Einstellung verbreitet, dass Migration doch eigentlich ein vorübergehendes Phänomen sein sollte; dass sie eigentlich nicht sein sollte und darum eher ein notwendiges Übel ist, das sich aber wohl von selbst regelt.

Migration gehört zu unserer Gesellschaft in einer globalen Welt. Sie ist eine bleibende Aufgabe für ein friedliches Miteinander in unserem Land.

Damit hängt eine weitere wichtige Erwartung zusammen, nämlich dass es uns gelingt, möglichst viele Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Gemeinden, auf den verschiedenen Ebenen anzusprechen und sie zu interessieren. Positiv festzustellen ist, wie viele unterschiedliche Initiativen es zu den angesprochenen Themen in der Interkulturellen Woche gibt. Ich habe aber auch bisweilen den Eindruck, dass sich bei den Veranstaltungen wesentlich die Interessenten treffen.

Das Motto »Misch mit!« thematisiert, was im Grunde Anliegen der gesamten Integrationspolitik ist. In dieser Woche soll nach Möglichkeit thematisch und

bewusst in Initiativen und Diskussionen und Veranstaltungen geübt und durchgeführt werden, was im Alltag des Lebens während des ganzen Jahres geschehen könnte. Das heißt:

■ **Misch mit!** – Migrantinnen und Migranten bringen Fähigkeiten, Traditionen und Reichtümer mit, die sie nicht nur im internen Kreis pflegen sollten, sondern die sie in die Gesellschaft einbringen und damit das Leben gestalten können, über einen folkloristischen Nachmittag hinaus.

■ **Misch mit!** – Das heißt auch, dass sich Migrantinnen und Migranten einmischen sollen in gesellschaftliche Diskussionen, gerade wenn ihre eigenen Interessen mit betroffen sind. Dazu brauchen manche Ermutigung und Unterstützung. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Flüchtlingshilfe in den verschiedenen Gemeinden können wichtige Ansprechpartner sein, die bisweilen zu schnell übersehen werden. Flüchtlingshilfe ist in den letzten Jahren oft eine frustrierende Arbeit geworden; darum ist diese neue Aufgabe in mancher Hinsicht auch eine Ermutigung.

■ **Misch mit!** – Das bedeutet auch mitwirken, teilnehmen an Veranstaltungen und Initiativen. Von Seiten der Deutschen bedeutet es, Migrantinnen und Migranten in Aktivitäten und Initiativen einzubeziehen.

■ **Misch mit!** – Das bedeutet auch mischen: Ich halte es für wichtig, das Bewusstsein zu schärfen und dahin zu bilden, dass Menschen und Familien nicht nebeneinanderher leben, sondern miteinander. Die Initiative »Lade Deinen Nachbarn ein!« der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) vor einigen Jahren war ein erfreuliches Unternehmen.

■ **Misch mit!** – Das hat auch etwas mit unserer Identität zu tun. Es ist wichtig, die Selbsttäuschung zu entlarven, dass man seine Identität am besten wahrt, wenn man sich abkapselt und von anderen fernhält. Identität ist nicht eine statische Gegebenheit, die man ein für alle Mal hat; sie ist ein dynamisches Geschehen: Die Identität bildet sich gerade im Miteinander mit anderen Menschen. Unsere so genannte Identität als Deutsche hängt entscheidend davon ab, wie uns das Miteinander mit den Menschen aus anderen Kulturen gelingt. In diesem Kommunikationsprozess verändern sich immer beide Seiten.

UNSERE ERWARTUNGEN IM WAHLJAHR

Das Jahr 2009 ist ein so genanntes Superwahljahr mit sechs oder sieben Landtagswahlen, mit der Europa- und Bundestagswahl (am 7. Juni und am 27. September) sowie mit der Wahl

des Bundespräsidenten/der Bundespräsidentin (am 23. Mai) durch die Bundesversammlung. In einigen Ländern kommen noch die Kommunalwahlen hinzu. Die Interkulturelle Woche wird am Wochenende vor der Bundestagswahl bundesweit eröffnet.

Das ist geradezu eine Einladung und Aufforderung, aktuelle ungelöste Fragen und ausstehende Forderungen einzubringen vor allem im Bereich der »Integration«, die von der bisherigen Bundesregierung so nachdrücklich in den Mittelpunkt gestellt worden ist.

Die Politiker werden immer Gegenargumente finden zugunsten der bestehenden rechtlichen Regelungen. Bewusst gemacht werden muss vor allen Dingen, dass es vor allem die Haltung der Abwehr und der Restriktion im Aufenthaltsrecht ist, die eines der wichtigsten Hindernisse für das Gelingen einer Integration ist. Hinzu kommt, dass in der Praxis oft indirekt Grundrechte von Menschen ausgehöhlt werden, zum Beispiel der besondere Schutz

von Ehe und Familie. Ich werde mich nur dort integrieren und mich dazugehörig fühlen, wo ich sicher bin, dass ich auch willkommen bin.

Anzusprechen sind in diesem Zusammenhang Fragen des Familiennachzugs und der Einbürgerung im Hinblick auf die so genannten »Optionskinder«.

Im Hinblick auf Flüchtlinge und geduldete Migranten in unserem Land zeigen die bisherigen Erfahrungen in der Praxis, dass der Termin für das Auslaufen der Bleiberechtsregelung und die dazugehörigen Kriterien zu starr und zu restriktiv sind. Darauf haben die Kirchen immer hingewiesen. Angesichts der augenblicklichen Wirtschaftskrise ist zum Beispiel das Kriterium eines Arbeitsverhältnisses, das einen Unterhalt ohne soziale Unterstützung sichert, unrealistisch. Ähnliches gilt für die Diskussion um ein Resettlement für Flüchtlinge aus dem Irak.

In der EU wird über die zirkuläre Migration diskutiert als eine Möglichkeit,

Das Motiv »Schrift« wurde von einer Gruppe von Studierenden der european school of design entwickelt. Es fand während der Interkulturellen Woche 2008 so großen Anklang, dass der Ökumenische Vorbereitungsausschuss entschieden hat, es als Plakat zur Interkulturellen Woche 2009 in den Formaten DIN A3 und DIN A2 herauszugeben.

Das Motiv »Schrift« ist als Postkarte und als Plakat (vierfarbig, siehe Titelseite) erhältlich.

Postkarte:

Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €

Plakat DIN A3:

Bis 9 Expl. 0,40 €, ab 10 Expl. 0,30 €, ab 100 Exemplare 0,20 €

Plakat DIN A2:

Bis 9 Expl. 0,80 €, ab 10 Expl. 0,50 €, ab 100 Exemplare 0,40 €

Alle Preise zzgl. Versandkosten.

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
Postfach 16 06 46
60069 Frankfurt /M.
Tel.: 069 / 23 06 05
Fax: 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de





Weihbischof Dr. Josef Voß im Gespräch mit Daniela Milutin, WDR Funkhaus Europa, auf der Tagung zur Interkulturellen Woche 2009 in Düsseldorf. Foto: F. Ekol

Zuwanderung zu steuern. Wichtig ist die Frage, wie denn die Bedingungen dieser zirkulären Migration sind. In der Zeit der »Gastarbeiter« haben sich die Kirchen eindeutig gegen das damals geplante Rotationsprinzip ausgesprochen. Die Gründe gelten auch heute.

Man wird sich darauf einstellen müssen, dass es schwer ist, diese Themen in einer sachlichen und positiven Weise in die Diskussion zu bringen. Verbreitet wird die oft unbewusste Einstellung sein, dass nach den Integrationsgipfeln und der deutschen Islamkonferenz doch alles auf einem guten Wege sei. Die Wirtschafts- und Finanzkrise verstärkt die Meinung, dass jetzt ganz andere Probleme anstehen und alte Parolen werden wieder auf den Tisch kommen.

Uns allen ist noch im Gedächtnis, wie sehr in verschiedenen Branchen im vergangenen Jahr angesichts der Hochkonjunktur nach qualifizierten Arbeitskräften gerufen wurde – bis hin zur Bluecard. Es muss uns bewusst werden, wie widersprüchlich das ist angesichts der Tatsache, dass viele Chancen brachliegen, weil eine große Zahl junger Menschen ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung ausgegrenzt bleiben. Wenn die Politik verständlicherweise auf Überwindung der Wirtschaftskrise zu einer neuen Wirtschaftskonjunktur hinarbeitet, dann ist es nur konsequent, in der Zwischenzeit alle Anstrengungen darauf zu konzentrieren, um die vielen brachliegenden menschlichen Ressourcen zu nutzen.

Man muss natürlich mit dem Grundsatz rechnen, dass die schlechte Nachricht in der Regel die gute Nachricht ist. Dass Integration gescheitert ist, dass es Schwierigkeiten und Konflikte mit Migranten gibt, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund häufig die Schulausbildung abbrechen, solche Nachrichten werden schnell von den Medien aufgegriffen; sie finden leicht ein Echo an den Stammtischen.

Natürlich gibt es Schwierigkeiten und Konflikte. Natürlich gibt es erhebliche Defizite. Wenn man über Jahre vernachlässigt hat, dass junge Menschen in Schulen und in der Ausbildung den Anschluss verlieren und den Eindruck haben, dass sie nicht gebraucht werden, dann ist es sehr schwer, sie nach Jahren zu motivieren, dass sie sich anstrengen, den Schulabschluss nachzuholen, die Sprache zu lernen und für eine bessere Zukunft zu arbeiten. Dass wir über Jahre »die Integration verschlafen haben«, sage nicht ich, sondern hat ein namhafter Politiker gesagt. Die nachholende Integration ist eine schwierige Aufgabe, aber notwendig.

Es ist wichtig, diese Aspekte in die Diskussion einzubringen, damit der Vorwurf mangelnder Integration nicht einseitig den Zuwanderern zugeschoben und damit ein negatives Bild verstärkt wird.

Integration ist und bleibt eine gemeinsame Aufgabe.

Die »Woche« ist eine Chance, der Gesellschaft bewusst und ausdrücklich

ein positives Bild des interkulturellen Lebens in unserem Land zu bieten. Es gibt einen breiten Bereich gelungener Integration – in jeder Gemeinde, in jeder Stadt, in jedem Land.

DIE KIRCHEN MACHEN NICHT POLITIK, SIE WOLLEN ABER POLITIK MÖGLICH MACHEN

Was die Kirchen in ihrem Sozialwort geschrieben haben, gilt auch hier: Sie machen nicht Politik, sie wollen aber Politik möglich machen. Darum müssen wir immer neu und zurzeit besonders daran erinnern.

Auf die schrecklichen Erfahrungen in der Zeit des Nationalsozialismus haben uns die Väter und Mütter des Grundgesetzes eine dreifache Antwort gegeben:

- Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen.
- Die Würde des Menschen ist unantastbar.
- Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Diese Aussagen gehören innerlich zusammen und bedingen einander. Dem Grundgesetz liegt ein Verständnis vom Menschen zugrunde, das letztlich in der jüdisch-christlichen Tradition wurzelt und in der Freiheitsgeschichte der Aufklärung besonders thematisiert wurde.

Ohne jemanden religiös vereinnahmen zu wollen, ist damit eine Selbstbegrenzung der Politik ausgesagt. Der Mensch in seiner transzendenten Offenheit darf niemals verzweckt, instrumentalisiert werden. Er ist Person, Ich und Du und wir. Ihm muss alle Politik dienen. Die Politik hat nicht das letzte Wort über den Menschen. Auch daran ist zu erinnern.

■ Auszug aus der Rede von Weihbischof Dr. Josef Voß, gehalten am 6. Februar 2009 auf der bundesweiten Vorbereitungsstagung zur Interkulturellen Woche im Tagungshaus des Film Funk Fernsehentrums der Evangelischen Kirche im Rheinland in Düsseldorf.

■ Kontakt: Weihbischof Dr. Josef Voß
Vorsitzender der Migrationskommission
der Deutschen Bischofskonferenz
Domplatz 30, 48143 Münster
Tel.: 0251 / 49 55 52
plettdorf@bistum-muenster.de

DIE ABSCHOTTUNG DER REPUBLIK: INTEGRATION STATT ZUWANDERUNG

Prof. em. Dr. Dr. Dieter Oberndörfer

■ Trotz millionenfacher Zuwanderung ist Deutschland kein Einwanderungsland geworden: Einwanderungsländer werben um Zuwanderer. Sie sehen in ihnen einen Gewinn für die Nation und gewähren ihnen daher das Recht auf Verbleib – eben auf Einwanderung. Für die in Deutschland dominierende Politik gilt jedoch bis heute: Zuwanderung ja, aber möglichst nicht auf Dauer – und möglichst wenig. Dies gilt sowohl für die Zuwanderung von Arbeitsmigranten wie von Flüchtlingen. Auch die Aufnahme der »Aussiedler«, von Angehörigen deutscher Minderheiten Ost und Südosteuropas, war nicht gewollt. Sie wurde als eine durch die Folgen des Kriegs erzwungene Zuwanderung hingenommen.

Die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland erfolgte bis in die jüngste Gegenwart vorwiegend nach dem Gastarbeitermodell. In seinem Rahmen kamen über 20 Millionen Migranten in die Bonner Republik. Ihr Verbleib war nicht gewünscht. Ihre Integration oder gar ihre Aufnahme in das Staatsvolk durch Einbürgerung waren daher nicht vorgesehen. Als es vielen gelang, sich dennoch Aufenthaltstitel zu verschaffen, änderte sich an dieser Einstellung wenig. Und Einbürgerung wurde erst 1993 auf Initiative des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble ein möglicher Anspruch. Sie durfte nun nach sechzehnjährigem Aufenthalt in Deutschland rechtlich eingefordert werden.

Als 1973 mit der zunehmenden Automatisierung manueller Arbeit über den bis heute gültigen »Anwerbestopp« weiterer Zuzug blockiert wurde, war dies nur ein vorübergehender Verzicht auf das Gastarbeitermodell. Schon seit 1984 wurden über die so genannte »Anwerbestoppausnahmereverordnung« ausländische Arbeiter für zeitlich befristete Tätigkeiten im Gesundheitswesen und anderen Bereiche angeworben. Auch für die Green Card der Regierung Schröder, einer Sonderregelung

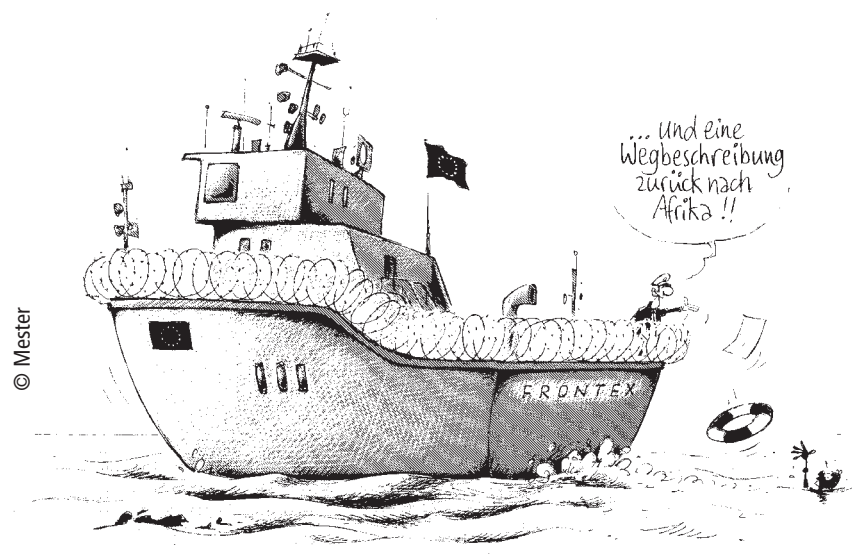
für die Anwerbung von Experten der Informationstechnologie, war wieder das Gastarbeiterprinzip maßgeblich. Die Arbeitserlaubnis wurde auf jeweils fünf Jahre und auf bloße Tätigkeit im IT-Bereich begrenzt. Im Unterschied zur amerikanischen Green Card wurde den angeworbenen Fachkräften und ihren Angehörigen kein Verbleib auf Dauer und keine eigene freie Berufswahl erlaubt. Im internationalen Wettbewerb um IT-Fachkräfte waren diese Bedingungen für Spitzenkräfte wenig attraktiv. Für Deutschland interessierte sich oft nur die »zweite Wahl«.

Das wenig später von der Regierung Schröder vorgeschlagene »Gesetz zur Begrenzung der Zuwanderung« dokumentierte erneut die Blockade von Einwanderung. Schon im ersten noch relativ »liberalen« Regierungsentwurf waren Arbeitsverträge für die große Mehrheit der Zuwanderer nur für einen Zeitraum von drei Jahren vorgesehen. Mit der zuletzt verabschiedeten und am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Version des Gesetzes – es heißt völlig zu Recht »Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz« – gewann die Abwehr von Einwanderung vollends die Oberhand. Die Vorschläge der Süsmuth-Kommission für eine sozialverträglich gestaltete Einwanderung nach den Modellen klassischer Einwanderungsländer wurden nunmehr definitiv zurückgewiesen. Der Anwerbestopp blieb.

Einwanderung wurde auf einen winzigen Kreis von Unternehmern oder hoch bezahlten Fachkräften beschränkt. In diesem Rahmen kamen 2005 ganze 900 Migranten nach Deutschland. In der Schweiz fanden im gleichen Jahr 13.000 deutsche Fachkräfte Arbeit.

Zugleich wurde das Gastarbeitermodell weiterhin in großem Umfang über Ausnahmeregelungen praktiziert. So wurden seit 2003 jährlich 300.000 bis 350.000 befristete Arbeitserlaubnisse unterschiedlichen Typs erteilt. Dazu kam eine große Zahl ausländischer Arbeitskräfte über Werkverträge ausländischer Subunternehmen und zeitlich befristete Visen. Von den illegalen Migranten – ihre Zahl wird auf bis zu einer Million geschätzt – wurden viele, wie z.B. in der Altenversorgung, von den Behörden geduldet. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt gab es für sie keinen Ersatz.

Besonders »erfolgreich« war die Politik der Abschottung im Bereich des Flüchtlingszuzugs. Durch verschärfte Grenzkontrollen, restriktive Anerkennungspraxis, abschreckende Lebensbedingungen in den Aufnahmelagern, drastische Reduktion der »Leistungen« für Flüchtlinge unter das Niveau der Sozialhilfe durch das »Asylbewerberleistungsgesetz« sowie über eine gnadenlose Abschiebungspolitik und -praxis wurde in Deutschland die Zuwande-



rung von Asylbewerbern und Flüchtlingen sukzessiv heruntergeschraubt. Während bis 1997 jährlich mehr als 100.000 Asylbewerber und Flüchtlinge eine Aufnahme beantragt hatten, verringerte sich ihre Zahl danach kontinuierlich auf nur noch 21.000 Antragssteller im Jahr 2006. Von ihnen wurden ganze 251 Personen als Asylberechtigte mit Bleiberecht anerkannt. Das sind 0,8 Prozent aller Fälle, über die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu entscheiden hatte. Nur etwa 8.000 Bewerbern wurde ein vorübergehender Aufenthalt im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention gewährt. Typisch für die fremdenfeindliche Abwehr des Verbleibs von Flüchtlingen war auch die im jugoslawischen Bürgerkrieg praktizierte Aufnahmepolitik. Zwar fanden in der Bundesrepublik 350.000 Flüchtlinge Zuflucht – weit mehr als in alle anderen westlichen Staaten zusammen. Ihre Aufnahme war jedoch zeitlich strikt begrenzt.

FOLGEN DER GESETZLICHEN BLOCKADE VON ZUWANDERUNG

Nach den Zahlen der neueren amtlichen Statistik haben das Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz und die Flüchtlingspolitik ihre Abschottungsfunktionen erfüllt. Eine signifikante Nettozuwanderung nach Deutschland gab und gibt es nicht mehr. Der leichte Nettoüberschuss von ca. 20.000 Personen im Wanderungssaldo Deutschlands des Jahres 2006 kam durch das Auslaufmodell der Zuwanderung von Aussiedlern zustande. Er liegt weit unter der jährlichen Nettozuwanderung von 120.000 oder 220.000 Migranten, die vom statistischen Bundesamt aus demografischen Gründen in den Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050 angenommen wird und die Grundlage wichtiger staatlicher Planungen bildet. Ohne die Aussiedlerzuwanderung wäre die Wanderungsbilanz Deutschlands schon seit den neunziger Jahren stark negativ geworden.

Die Blockade von Zuwanderung mit längerem Verbleib wurde durchgesetzt, obwohl sie in ökonomischer Perspektive töricht war. In verschiedenen Wirtschaftssektoren und Regionen gab es trotz der immer noch großen Zahl von Arbeitslosen stets einen empfindlichen, die weitere wirtschaftliche Dynamik



hemmenden Arbeitskräftemangel, der aus dem einheimischen Arbeitsmarkt nicht bedient werden konnte. Forderungen nach Ausbau unseres Bildungssystems, um fehlende Fachkräfte aus dem Boden zu stampfen, konnten jedoch, wenn überhaupt, kurz und mittelfristig keinen Erfolg haben. Dass dies trotz der durch Pisa ermittelten Defizite unseres Bildungswesens dennoch immer wieder behauptet wurde, war Phantaserei, Augenwischerei oder ideologische Fixiertheit: Keine Einwanderung! Ausländer sollen nicht zur nationalen Gemeinschaft gehören. Diese ideologische Prämisse war unverkennbar in der bornierten völkischen Ideologie beheimatet, die die dominante geistige Grundhaltung der Staatenbildung Deutschlands, Ost- und Südosteuropas im 19. und 20. Jahrhundert war.

ANFÄNGE DER INTEGRATIONSPOLITIK

Erst in der großen Koalition Angela Merkels erhielt die Integration der Zuwanderer einen hervorgehobenen politischen Stellenwert. Es wurden nun zentrale soziale Probleme der Zuwanderer angegangen. Zu nennen sind u.a. verpflichtende Angebote des Sprachunterrichts und der staatsbürgerlichen Unterrichtung. Besonders wichtig war der nun begonnene Dialog mit Sprechern der Migranten und die damit verbundene Aufwertung ihrer Organisationen. Positiv zu bewerten waren insbesondere auch die Bemühungen um die Integration islamischer Zuwanderer. Hervorzuheben waren die revo-

lutionären nicht mehr rückholbaren Bekundungen Innenminister Wolfgang Schäubles, dass der Islam im Hinblick auf die Präsenz der Muslime Deutschlands als Teil der Kultur Deutschlands Anerkennung finden müsse.

Dennoch brachten die Motivation und Praxis der jetzt geforderten Integration nur einen sehr eingeschränkten Bruch mit den bisherigen Prämissen der Abwehrpolitik. Die Blockade von Einwanderung wertet Migration und die Migranten Deutschlands ab. Zuwanderung wird weiterhin nicht als Bereicherung, sondern primär als Füllhorn gefährlicher sozialer und politischer Probleme wahrgenommen. Der Grund für das jetzt zum ersten Mal nachdrücklich ausgedrückte Interesse an der Integration der Zuwanderer war auch wohl darin zu suchen, dass die Zuwanderung einen Umfang erreicht und eine Qualität angenommen hatte, die eine Bedrohung traditioneller nationaler Identität befürchten ließ. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes haben inzwischen rund 19 Prozent der Bevölkerung Deutschlands einen »Migrationshintergrund«. Die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, die damit vorgezeichnet sind, verdeutlicht der Anteil der unter Fünfjährigen mit Migrationshintergrund. Er liegt in sechs Großstädten Deutschlands bei über 60 Prozent. Schon in 15 bis 20 Jahren wird sich das Profil der Bevölkerung in vielen städtischen Zentren Deutschlands dramatisch verändert haben.

INTEGRATION ALS POLITISCHES ZIEL

Mit »Integration« wurden Probleme benannt, die es auch in der endogenen deutschen Bevölkerung gibt und die daher nicht als Spezifikum von Zuwanderern behandelt werden sollten. Hohe Arbeitslosigkeit, mangelhafte schulische Erfolge, unzureichende Beherrschung der deutschen Sprache oder Benachteiligung von Frauen gibt es in reichlichem Umfang auch unter Deutschen. Sie werden aber für Deutsche als soziale Probleme und Aufgaben der Sozial- und Bildungspolitik wahrgenommen und deutsche Arbeitslose oder Schulabbrecher werden daher nicht als unzureichend integrierte Deutsche gerügt. Bei Ausländern gilt das nicht. Unterschiede zwischen den zugewanderten Ethnien, ihrer sozialen Situation, ihres Sozialverhaltens, ihres Bildungsstandards, ihrer Leistungen und ihrer ökonomischen Erfolge kamen wenig in den Blick. Vergleiche mit Durchschnittswerten der endogenen deutschen Gesellschaft mussten aber als Pauschalausagen diskriminierend wirken. Überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit ist zudem keine Charaktereigenschaft. Sie gibt es in großem Umfang gerade auch unter deutschen Arbeitnehmern der neuen Bundesländer. Für Zuwanderer steht die Vorstellung im Raum, sie hätten gleichsam die Pflicht, sich nun endlich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Plakatativ wird dies in der amtlichen Formel »fördern« und »fordern« ausgedrückt. Übersehen wird mit ihr, dass die deutsche Mehrheitsbevölkerung ein primäres Eigeninteresse an der Integration der Zuwanderer haben muss. Die Zuwanderer bleiben hier, sie sind nun einmal da, ihre Zahl und ihr politischer Einfluss werden zunehmen. Mangelnde Integration der Zuwanderer in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt und die mit ihr verbundenen sozialen Probleme können eine konfliktive und kostspielige Spaltung der Gesellschaft Deutschlands bewirken. Integrationspolitik ist also keine milde Gabe aus Nächstenliebe, die nur bei den gewünschten Gegenleistungen der Migranten praktiziert werden sollte, sondern entspricht vitalen Interessen der Aufnahmegesellschaft. Für Integration muss geworben werden, vor allem wenn man wie in klassischen Einwanderungsländern Zuwanderer als Patrioten gewinnen will, die sich mit ihrem Aufnahmeland als neuer politischer

Heimat identifizieren. Dies sollte das übergeordnete Ziel der Integrationspolitik sein.

Bei den nun begonnen längst überfälligen und zum Teil durchaus erfolgreichen Integrationsmaßnahmen wurde der Begriff der Integration jedoch erstaunlich unreflektiert verwandt. Es wurde so getan als ob jedermann wüsste, was mit ihm gemeint sei. Unausgesprochen oder sogar offen ausgedrückt wurde dabei mit Integration kulturelle Assimilation gemeint – das Unsichtbarwerden der Zuwanderer in der deutschen Mehrheit –, ihre »Eindeutschung«, wie es Arnulf Baring einmal gefordert hat. Diffuse Vorstellungen einer vor Fremdem zu schützenden und definierbaren spezifisch deutschen homogenen Kultur und Volksgemeinschaft standen dabei Pate. Der kulturelle Pluralismus des demokratischen Verfassungsstaates wurde verleugnet. Einzelne, Minderheiten oder Mehrheiten dürfen sich im Rahmen der Verfassung und der Rechtsordnung zu ihren eigenen kulturellen Werten bekennen und für sie werben. Dies legitimiert die eigenständige Partizipation der Migranten an der Entwicklung der Aufnahmegesellschaft – die Grundvoraussetzung für ihre echte politische und kulturelle Integration.

AKZEPTANZ KULTURELLER VERSCHIEDENARTIGKEIT VERSUS KULTURELLE ASSIMILATION: LEARNING TO LIVE DIVERSITY

Integration der Zuwanderer ohne Akzeptanz kultureller Verschiedenartigkeit durch die Mehrheit ist nicht möglich. Wer von Einwanderern die Übernahme der Provinzkulturen ihres Aufnahmelandes verlangt und dies als Eingliederung, als Integration, bezeichnet, verhindert Integration. Migranten aus Indien oder China können gute gesetzestreue Bürger werden, aber kaum zu katholischen bayerischen Bauern oder schwäbischen Pietisten mutieren. In Artikel drei des Grundgesetzes heißt es, dass niemand wegen seiner Abstammung, seiner Heimat und seines Glaubens bevorzugt oder benachteiligt werden darf. Protagonisten der Leitkultur und forcierter Integration in der Gestalt von Assimilation haben angeführt, das Grundgesetz sei ihre Meßlatte. Es wäre konsequent, wenn dieses Bekenntnis auch für Migranten Geltung hätte.

Learning to live diversity, die Bejahung und Akzeptanz kulturellen Pluralismus, ist die große Zukunftsaufgabe der Politik Deutschlands.

Auftretende kulturelle Konflikte, die es in den Gesellschaften Europas immer wieder gegeben hat, müssen im Rahmen der Rechtsordnung und Regeln des republikanischen Verfassungsstaates aufgearbeitet werden. Dies kann mit schweren politisch-kulturellen Konflikten verbunden sein. Ihre friedliche Aufarbeitung und Konsensbildung wird nicht immer und oft nur partiell gelingen. Dies gilt auch für mögliche kulturelle Konflikte mit Zuwanderern. Der Erfolg sozialer und politischer Integration in demokratischen Verfassungsstaaten ist nichts Zwangsläufiges. Der demokratische Verfassungsstaat ist eine Leistungsgemeinschaft. Er wächst oder verkümmert, je nach den Erfolgen oder Misserfolgen der eigenen Konkretisierung. Er bleibt stets nur ein annäherungsweise erfüllbares Programm. Wenn es gelingt, in freier Selbstbestimmung eine halbwegs friedliche Koexistenz und Kooperation von Menschen unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Orientierung zu ermöglichen, ist fast schon das Beste erreicht, was man von einer politischen Ordnung erhoffen kann.

■ Kontakt:

Prof. em. Dr. Dr. Dieter Oberndörfer
Arnold-Bergstraesser-Institut e.V.
Windaustrasse 16, 79110 Freiburg
dieter.oberndorfer@politik.uni-freiburg.de

■ Zum Text vgl.: Dieter Oberndörfer, »Zuwanderung nach Deutschland – eine Bilanz« in der Schriftenreihe »Politische Essays zu Migration und Integration«, 2/2007, Rat für Migration (Hrsg.), www.rat-fuer-migration.de. Und: Dieter Oberndörfer, »Einwanderungsland Deutschland – worüber reden wir eigentlich?«, in: Siegfried Frech / Karl Meier-Braun (Hrsg.): »Die offene Gesellschaft. Zuwanderung und Integration«, Wochenschau Verlag 2007, S. 59 - 88.

VIelfALT ANERKENNEN UND GESTALTEN

ZU DEN AUFGABEN VON KIRCHE UND DIAKONIE IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

Präses Alfred Buß

Die Gesellschaft ist vielfältig geworden. In Kommunen und Stadtteilen leben heute Menschen mit unterschiedlichster kultureller, religiöser und sozialer Orientierung zusammen. Grund dafür sind nicht allein die Einwanderungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte. Schon nach den Religionskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts mussten die Bürgerinnen und Bürger lernen, dass ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft nicht mehr gleichbedeutend war mit der Zugehörigkeit zu einer Religion. Fortan koexistierten verschiedene Konfessionen in einem politischen Gemeinwesen.

Industrialisierung und Modernisierung führten zu einer Unterscheidung von »privat« und »öffentlich«. Auf der einen Seite ist das Individuum ganz formal Gesellschaftsmitglied, auf der anderen Seite bildet es einen eigenen Lebensstil in der Familie, in dem Gemeinwesen oder in einer Gemeinde. Im 21. Jahrhundert muss das »eigene Leben« in die eigene Hand genommen werden. Dazu orientieren sich Menschen immer weniger an DER Kultur, DER Religion, DER Kirche, als vielmehr an einer Vielfalt von Milieus, die sich immer wieder verändern und weitgehend unabhängig voneinander existieren. Diese »Individualisierung« bringt neue Freiheiten mit sich, ist zugleich aber mit neuen Zwängen und Ängsten verbunden. Je anonym der moderne Alltag und je unverbindlicher das Zusammenleben der Gesellschaftsmitglieder wird, desto größer wird die Bedeutung eines eigenen Lebensstils und der dafür nötigen kulturellen und religiösen Identifikationen.

Kultur gibt es nur im Plural, sie speist sich aus unterschiedlichen Quellen und spricht mit vielen Stimmen. Einwanderung ist dabei nur ein Faktor. Und mobil geworden sind längst auch die

sogenannten Einheimischen. Allerdings hat Migration die kulturelle und religiöse Ausdifferenzierung der Gesellschaft weiter beschleunigt. Bisher unbekannte kulturelle und religiöse Orientierungen sind hinzugekommen. Dabei ist die Migrationsbevölkerung ebenfalls keine homogene Gruppe. Mittlerweile sind ganz unterschiedliche »Migranten-Milieus« entstanden. Die zunehmende Vielfalt stellt auch die Kirche vor neue Herausforderungen. Migrationsgemeinden prägen neue Formen des Christseins, finden aber immer noch zu wenig Beachtung. Verschiedene kulturelle und religiöse Orientierungen stellen neue Anforderungen an unsere Bereitschaft zum Dialog und zur Partizipation. Kirche, Diakonie und ihre Einrichtungen sind aufgefordert, mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Einbettungen von Menschen und Lebensgeschichten sensibel und gleichberechtigt umzugehen.

Begleitet wird diese Pluralisierung allerdings von einer dramatischen Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer. Beteiligungs- und Lebenschancen sind ungleich verteilt und Eingewanderte sind davon besonders betroffen. Sie sind öfter arm, haben schlechtere Aufstiegschancen und werden vielfach auch rechtlich benachteiligt. Offenbar erhöht ein sogenannter Migrationshintergrund, die Zuwanderungsgeschichte eines Menschen, bei bestimmten Herkunftskulturen das Risiko, sozial abgehängt oder ausgegrenzt zu werden. Diese chronische und oft sogar Generationen übergreifende Ungleichbehandlung ist ein erhebliches Problem gerade in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Wird dieses soziale Problem nicht gelöst, wird auch der Umgang mit kulturellen und religiösen Unterschieden schwieriger werden. Wo unterschiedliche Milieus ungleich behandelt werden, drohen kulturelle Orientierungen in kulturelle Ressentiments umzuschlagen. Das muss verhindert werden. Denn umgekehrt gilt auch: Wo



Foto: Evangelische Kirche von Westfalen/
Elbracht

Verschiedene gleichberechtigt sind, ist Vielfalt kein Problem, sondern wird zur Bereicherung – für die Gesellschaft genauso wie für die Kirche. Jedenfalls hat die Kirche gute Gründe, kulturelle und religiöse Vielfalt zu bejahen und bei ihrer Gestaltung mitzuwirken.

VIelfALT IST GOTTGEWOLLT

Die Schöpfung Gottes ist auf Vielfalt angelegt. Inmitten einer unerschöpflichen Fülle kreatürlichen Lebens schafft Gott den Menschen, der nur in Beziehung zu anderen seiner Bestimmung zum Bilde Gottes gerecht wird. »Es ist nicht gut, dass der Mensch allein sei.« (1. Mose 2,18) Geschöpf ist der Mensch nicht für sich allein, sondern nur in der Vielfalt der Daseins- und Lebensbezüge, in einer Gemeinschaft der Verschiedenen. (...)

Pluralität ist gottgewollt. Zugleich ist sie bedroht von der »Sünde des Nein zum Anderen«, von Turmbauprojekten, von Rassismus und einseitigen Absolutheitsansprüchen, die der Kirche allesamt auch aus der eigenen Geschichte nicht unbekannt sind. Eine Kirche, die um die gottgewollte Vielfalt genauso weiß wie um die eigenen Fehler und Irrwege, widersteht der Versuchung, einer Dominanzkultur das Wort zu reden. Sie setzt vielmehr auf kulturelle und re-

ligiöse Vernetzungen und Austauschprozesse. Sie will dazu beitragen, dass Vielfalt gestaltet wird, gerecht, verbindend und verbindlich. Denn das ist die große Herausforderung, vor der wir heute stehen, sowohl im Blick auf die ethnische, kulturelle oder religiöse Vielfalt der Gesellschaft, in der wir leben und arbeiten, als auch im Blick auf die weltweite Ökumene, die heute Teil einer globalisierten Weltgesellschaft geworden ist, in der jeder Teil vom Anderen abhängig ist.

VIelfALT GERECHT GESTALTEN

Schon immer haben sich Menschen freiwillig und unfreiwillig auf den Weg gemacht. Die Heilsgeschichte Israels selbst beginnt mit der Aufforderung Gottes an Abraham, sich auf Wandererschaft zu begeben (Gen 12, 1-3).

Mehr als 175 Millionen Menschen leben weltweit als Migrantinnen und Migranten in einem Staat, der nicht ihre ursprüngliche Heimat ist. Migration ist ein globales Phänomen. Grenzüberschreitende Zu- und Abwanderung sind ein selbstverständlicher Bestandteil von Globalisierung geworden und sollten deshalb folgerichtig auch als menschliches Recht Anerkennung finden. Als Kirche treten wir deshalb ein für legale Zugänge in die Europäische Union. Europa sollte die humanitären Anforderungen, die mit Migration verbunden sind, nicht einseitig anderen überlassen, seien es die Herkunftsregionen oder die Länder der EU, die diese Menschen zuerst aufnehmen. Als Aufnehmende gilt es, Humanität und Nützlichkeit nicht gegeneinander auszuspielen. Flüchtlinge und Vertriebene sind unter allen Migranten eine besonders zu beachtende Teilgruppe.

»Herr, deine Werke sind so groß und viel!«, heißt es im 104. Psalm, der Gottes gute Schöpfung besingt. »Du hast sie alle weise geordnet, und die Erde ist voll deiner Güter.« Wenn wir heute auf den bewohnten Erdkreis schauen, dem gegenüber wir als Kirche Verantwortung tragen, müssen wir nüchtern feststellen: Die Erde ist zwar voller Güter, aber sie sind so ungleich verteilt wie noch nie. Die allmählich entstehende Weltgesellschaft ist alles andere als weise geordnet. Die Weltfinanzkrise ist bisher nur das letzte der Menetekel. Ar-

mut, Ernährungskrise und Klimachaos sind andere, deren Ausmaße durch die Finanzkrise noch größer zu werden drohen.

Während für die Rettung der Weltwirtschaft Hunderte von Milliarden US-Dollar aufgebracht werden, erscheint es aktuell bei den Vereinten Nationen zugleich nicht möglich zu sein, 7 Milliarden US-Dollar für 30 Millionen Hungernde zur Verfügung zu stellen. Für die Armen wirkt sich die Weltfinanzkrise verheerend aus. Zunehmend gibt es soziale Unruhen, die, etwa in der Verteuerung von Lebensmitteln, dem Hunger der Menschen oder der ungleichen Verteilung des Reichtums unserer Schöpfung ihren Ausgangspunkt haben.

Die aus den Fugen geratene Welt weiser und gerecht zu ordnen, wird nur gelingen, wenn wir die Menschenrechte in unserem Handeln zur handlungsleitenden Norm erheben. Und das bedeutet im Kern: Jeder Mensch auf Erden hat das Recht auf ein würdiges und auskömmliches Leben. Dieses Recht des Menschen, für uns als Christen abgeleitet von »Gottes Spielregeln«, ist nicht abwägbar und nicht verhandelbar. Und es kann auch keinen Raum geben – etwa die offene See rund um Europa – wo dieses Recht nicht gilt, wenn Menschen dem Tod preisgegeben werden. Wer die Menschenrechte wirklich ernst nimmt, kann nicht hinneh-

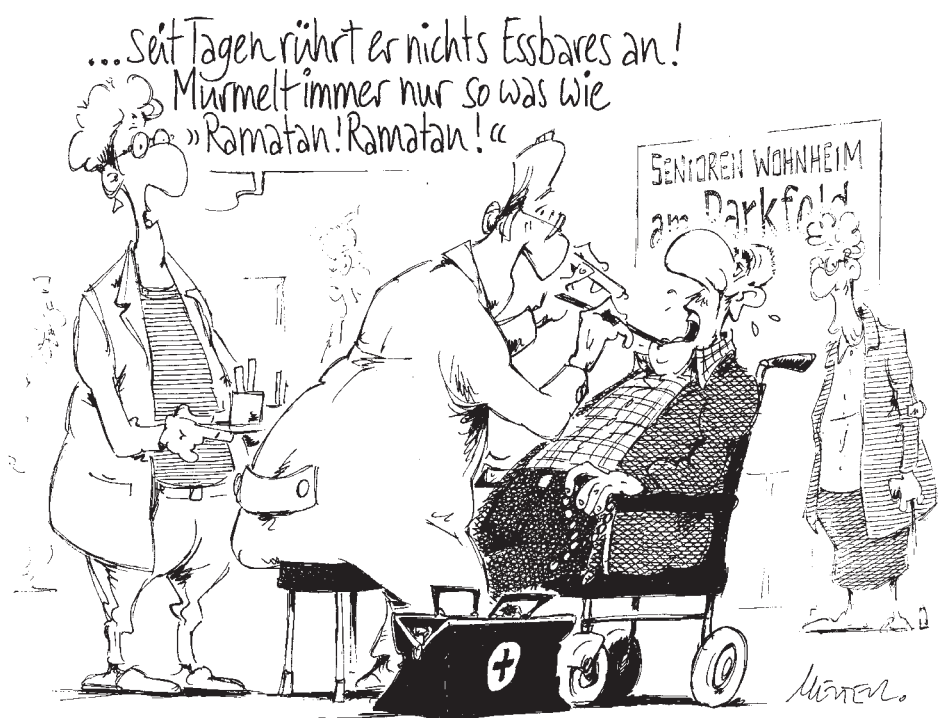
men und nicht ertragen, was zurzeit an den Außengrenzen Europas geschieht, wenn Flüchtlinge abgewiesen werden. Wer die Menschenrechte ernst nimmt, erhebt sie beim Flüchtlingsschutz zum Maßstab und kann sie in Deutschland auch nicht einer größer werdenden Gruppe von Menschen vorenthalten, nur weil sie keine Ausweispapiere haben.

Für Kirche und Diakonie gilt: Ihre Angebote stehen allen Menschen offen, die sich aus freien Stücken oder durch schwierige politische, wirtschaftliche und soziale Bedingungen veranlasst oder gezwungen sehen, ihr Land und ihre Kultur zu verlassen und in Deutschland um Aufnahme ersuchen – unabhängig von der Bezeichnung und dem Status, die andere ihnen geben.

Als Kirche haben wir den besonderen Auftrag, den »Schwachen« beizustehen. Deshalb liegt uns der Schutz von Flüchtlingen und Vertriebenen, der Opfer von Menschenhandel und der Menschen ohne Aufenthaltspapiere besonders am Herzen.

TEILHABE GEWÄHREN – MINDERHEITEN SCHÜTZEN

In den letzten 50 Jahren kamen vor allem ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Familien, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie Flüchtlinge nach Deutschland.

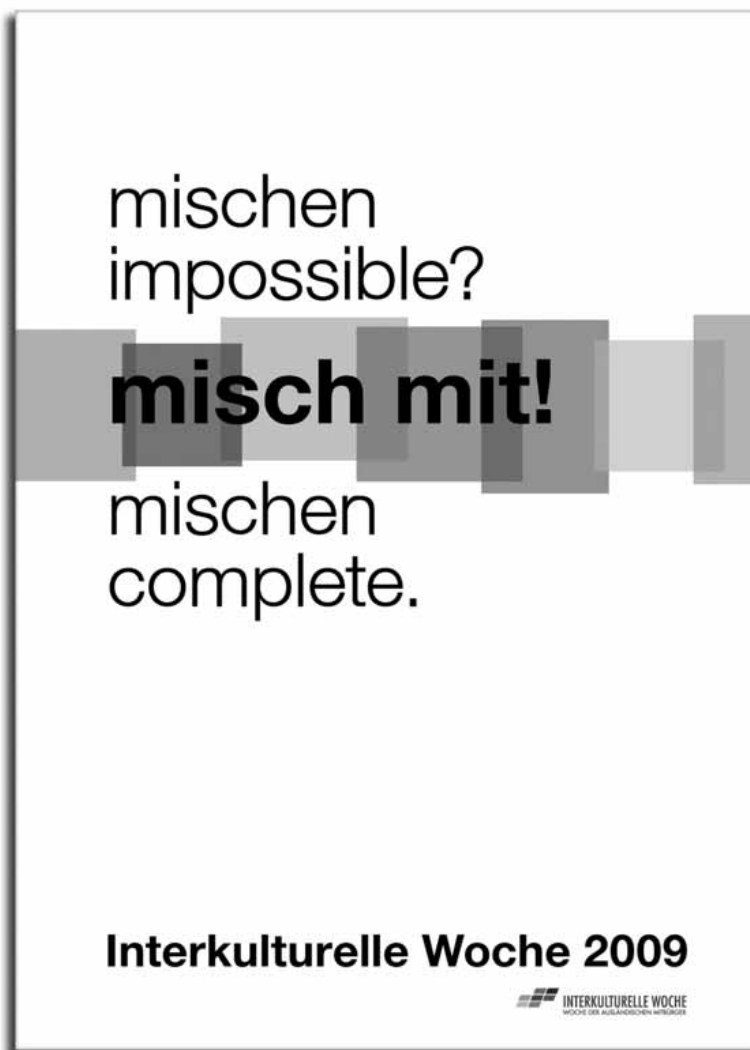


Das Motiv »mission complete« – erarbeitet von Daniel Welsch, Michelangelo Mochi und Johanna Pingel an der Freien Hochschule für Grafik-Design und Bildende Kunst Freiburg e.V. – ist als Postkarte (vierfarbig, siehe Rückseite) erhältlich. Es wurde im Rahmen des Plakatwettbewerbs zur Interkulturellen Woche 2009 ausgezeichnet.

Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 € zzgl. Versandkosten.

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
Postfach 16 06 46
60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05
Fax: 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de



So verschieden ihre Wandermotive auch sein mögen: Einmal in Deutschland eint viele das Bestreben, hier ein neues Leben aufzubauen. Sie unterscheiden, ob und wie umfassend ihnen dies durch unsere Gesetze zugestanden wurde und wird. Es gilt deshalb, genau zu analysieren, welche der Zugangsschwierigkeiten der Menschen mit Migrationshintergrund Ursachen in ihrer ethnischen, kulturellen oder religiösen Orientierung haben und welche in asyl- und aufenthaltsrechtlichen und anderen Bestimmungen begründet sind.

Die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind Teil unserer Gesellschaft. Aber unsere Institutionen müssen dies oft erst erkennen. Auch aus der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen wissen wir in der Kirche um die Bedeutung von Inklusionsstrategien. »Sonderwelten« der Ausgrenzung müssen wir verhindern. Staatsvolk und Wohnbevölkerung müssen mehr zusammengeführt werden. Unser Leitmotiv muss ein offenes Europa sein, in dem Menschen verschiedenster Herkunft gleichberechtigt

und ohne Diskriminierung ihren Platz finden. Nur so erhalten sie eine faire Chance, mit allen Rechten und Pflichten Teil zu haben und Teil zu werden in der Arbeitswelt ebenso wie in unseren Nachbarschaften.

Mittlerweile leben in Deutschland mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Aufgenommen in unser Gemeinwesen unterliegt ein Großteil von ihnen rechtlich immer noch dem ordnungspolitisch ausgerichteten Asyl- und Ausländerrecht. Über 7 Millionen Menschen in Deutschland gelten vor dem Gesetz als Ausländerinnen und Ausländer. Die Mehrzahl von ihnen versteht sich aber als Inländer, da sie ihren Lebensmittelpunkt schon viele Jahre oder Jahrzehnte in Deutschland haben. Enge Vorgaben im Staatsangehörigkeits-, im Zuwanderungsbesetzungsgesetz und in der Folge in der Sozialgesetzgebung bewirken, dass diese Menschen immer noch nicht gleichberechtigter Teil der Gesellschaft sind. Als Kirche treten wir dafür ein, diesen Menschen als Bürger und Bürgerinnen

gleiche Rechte zuteil werden zu lassen und ihnen Teilhabemöglichkeiten zuzusprechen. Das Motto der Interkulturellen Woche 2009 bringt es auf den Punkt: »Misch mit!«.

DIE VIelfALT VERBINDLICH GESTALTEN

In Deutschland sollten wir genauer hinschauen und mehr als bisher der Frage nachgehen, wo wir durch unsere Gesetze und Mentalitäten Menschen mit Migrationshintergrund künstlich zu Ausländerinnen und Ausländern und damit zu »Fremden« machen.

Statt einer Kulturalisierung sozialer Ungleichheit Vorschub zu leisten, stehen wir vor der Notwendigkeit, Minderheitenrechte zu schützen, die rechtliche Gleichstellung zu befördern, sowie Dialog und Partizipation zu organisieren. Dies setzt eine Begegnung auf gleicher Augenhöhe voraus.

»Da ist nicht mehr Grieche oder Jude, Beschnittener oder Unbeschnittener, Nichtgrieche, Skythe, Sklave, Freier,

sondern alles und in allen Christus«, heißt es im Kolosserbrief (Kol. 3,11). Innerhalb der Gemeinschaft werden soziale und kulturelle Differenzierungen dadurch aufgehoben, dass die Einheit aller Glaubenden »in Christus« betont wird. Dies führt zur Akzeptanz des Einzelnen als Individuum. Diese christliche Überzeugung gilt es in die heutige Realität einer pluralen Einwanderungsgesellschaft zu übersetzen.

Grundlegend stellen wir nach mehr als 40 Jahren in der Integrationsarbeit fest, dass spätestens ab der 2. Generation gilt: Es liegt in aller Regel nicht in der Migration an sich, in fehlenden deutschen Sprachkenntnissen oder in kultureller Verschiedenheit begründet, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ausgegrenzt werden. Viel zu oft erreichen sie nur die niedrigeren schulischen und beruflichen Bildungsabschlüsse

und finden nur in weniger qualifizierten Berufen einen Zugang zum Arbeitsmarkt. So ist zum Beispiel das deutsche schulische und berufliche Bildungssystem so zu reformieren, dass diese Kinder mit ihren spezifischen Bedürfnissen wahrgenommen und gleich gefördert werden. Wie bei »deutschen« Kindern aus finanziell unzureichend ausgestatteten Elternhäusern oder solchen, die bildungsfern sind, gilt es, herauszufinden, welche spezifische Förderung zur Verbesserung der Bildungschancen nötig ist. Neben kulturspezifischen Gesichtspunkten wie etwa dem Familien- und Frauenbild oder dem Stellenwert der Muttersprache sind hier die Startbedingungen von Bedeutung, die Elternhäuser ihrem Kind materiell und hinsichtlich des eigenen Bildungsstandards mit auf den Weg geben können. Ähnliches gilt für die sozialen Einrichtungen etwa der Kinder- und Jugend-

hilfe oder für die Einrichtungen mit Hilfen für erkrankte oder ältere Menschen. Stärker als bisher müssen diese ihre Angebote auf die gesamte Wohnbevölkerung, und das bedeutet heute eben kultursensibel, ausrichten.

INTEGRATION DES GEMEINWESENS

Integration findet vor allem vor Ort statt. Viele Migrantinnen und Migranten haben Schwierigkeiten, sich mit Deutschland zu identifizieren, erst recht, sich als »Deutsche« zu bezeichnen. Ganz anders verhält es sich allerdings im Blick auf Städte und Stadtteile. Die jüngste Forschung zeigt: Die Bezüge zum Gemeinwesen, in dem sie leben, sind in der Regel sehr stark ausgebildet. Im Vergleich zu anderen Einwanderungsländern scheint die lokale Bindung, die Identifikation mit einer Stadt oder einem Stadtteil, bei in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten sogar besonders stark ausgeprägt zu sein. Das ist ein Pfund, mit dem jede kommunale Integrationspolitik wuchern kann und sollte. Und das ist ein wichtiger Anknüpfungspunkt für alle Kirchengemeinden, die nicht nur die Kerngemeinde, sondern den ganzen Sozialraum im Blick haben.

■ Präses Alfred Buß ist Präses der Evangelischen Kirche in Westfalen und Vorsitzender der Kommission für Migration und Integration der EKD.

Dieser Beitrag ist ein Auszug aus: Vielfalt anerkennen und gestalten, in: »danken und dienen«, März 2009, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.).

Weitere Informationen hierzu in nebenstehendem Kasten.

■ Kontakt: Präses Alfred Buß,
Evangelische Kirche von Westfalen
Landeskirchenamt
Altstädter Kirchplatz 5, 33602 Bielefeld
Tel.: 0521 / 594-201
Sekretariat_Praeses@lka.de

»Gib mir eine Chance«

– unter dieser »Headline« legt das Diakonische Werk der EKD 2009 den Schwerpunkt auf das Thema »Diakonie in der Einwanderungsgesellschaft«. Die diesjährige Ausgabe der Publikationsreihe »danken und dienen« des Diakonischen Werkes der EKD ist der inhaltlichen Vertiefung des Themas gewidmet.

Den hier im Materialheft zur Interkulturellen Woche 2009 in Auszügen dokumentierten Beitrag von Präses Alfred Buß, dem Vorsitzenden der Kommission für Migration und Integration der EKD »Vielfalt anerkennen und gestalten« können Sie dort im Volltext lesen. Weitere Grundsatzartikel beschäftigen sich mit den Aufgaben und Möglichkeiten von Kirche und Diakonie, die Einwanderungsgesellschaft mit zu gestalten. Nicht nur diakonische Einrichtungen, sondern auch die Kirchengemeinden sind gefragt, das Leben von Menschen anderer Herkunft, zum Beispiel afrikanischer Christen, Aussiedlern aus Russland oder Flüchtlingen etwa aus dem Nahen Osten, in ihrer Stadt oder Gemeinde wahrzunehmen. Sie sind aufgefordert, sich darüber klar zu werden, dass damit Prozesse beginnen und bereits begonnen haben, die im Endeffekt auch zu Veränderungen bei ihnen selber führen müssen und werden. In dem Heft werden viele Projekte und Beispiele aus der Praxis vorgestellt.

■ Das Heft kostet 2,50 Euro und ist zu beziehen über:
Diakonisches Werk der EKD e. V.
Reichensteiner Weg 24, 14195 Berlin
Tel.: 030 / 830 01-0, Fax: 030 / 830 01-222
coccia@diakonie.de, www.diakonie.de



PARTIZIPATION STATT AUSGRENZUNG

HANDLUNGSFELDER UND AKTIVITÄTEN GEWERKSCHAFTLICHER INTEGRATIONSPOLITIK

Volker Roßocha

PARTIZIPATION IN DER GESELLSCHAFT

Politik und Gesellschaft sind über viele Jahre davon ausgegangen, dass Migrantinnen und Migranten sich in einem quasi natürlichen Prozess eingliedern und anpassen würden. Der von der Bundesregierung initiierte Integrationsgipfel 2006 und die Entwicklung des nationalen Integrationsplans stellen insoweit einen Wendepunkt dar, als dass zumindest die mit der Migration verbundenen Herausforderungen für einen nachhaltigen Integrationsprozess aufgegriffen wurden. Gleichwohl wurde – wie bei den Integrationsmaßnahmen vergangener Jahre – weniger die Struktur der Gesellschaft mit ihren teilweise vorhandenen Ausgrenzungsmechanismen in den Blick genommen, sondern die bei Migrantinnen und Migranten vorhandenen Defizite, insbesondere in Bezug auf Sprache, Kultur, Bildung und Arbeitsmarkt. Ausgespart wurden Fragen des Aufenthaltsrechts und des Vorhandenseins fremdenfeind-

licher und rassistischer Vorurteile sowie die politische Partizipation.

Gleichzeitig verändert sich die Migrationsstruktur. Zunehmend werden ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihren Unternehmen, im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit, nach Deutschland entsandt. Häufig arbeiten diese Beschäftigten nur einige Monate in einem Land, in Einzelfällen auch über längere Zeiträume, z.B. zur Wartung von Maschinen und Anlagen. Anders als die dauerhaft in Deutschland lebenden Migranten ist diese Beschäftigtengruppe häufig von unmenschlichen und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen betroffen. Das gilt im Baugewerbe auch in den Fällen, in denen der Staat der Auftraggeber ist.

Der DGB und die Gewerkschaften halten eine Politik für erforderlich, die das Ziel hat, die zunehmende Segregation der Gesellschaft zu stoppen und allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Bundesrepublik Deutschland, unabhängig von sozialer und ethischer Herkunft oder Staatsangehörigkeit, gleiche Teilhabechancen zu bieten.

Gleiche Teilhabechancen von Migrantinnen und Migranten können nur erreicht werden, wenn sie auch mit gleichen Rechten verbunden sind. Gerade bei der politischen und gesellschaftlichen Partizipation besteht ein erheblicher Nachholbedarf. Es gilt insbesondere,

- die gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Benachteiligungen zu beseitigen,
- fremdenfeindliche und rassistische Vorurteile und Diskriminierungen zu bekämpfen,
- die interkulturelle Öffnung aller Institutionen und Einrichtungen voranzutreiben und
- die politischen Partizipationsmöglichkeiten ausländischer Staatsangehöriger zu verbessern.

BETEILIGUNG AN DER DEMOKRATISCHEN WILLENSBILDUNG

Eine soziale und demokratische Gesellschaft verliert ihre Grundlagen, wenn ein immer größerer Teil der Bevölkerung ökonomisch und sozial ausgegrenzt wird oder sich nicht an demokratischen Entscheidungen beteiligen kann. Dabei sind vor allem auch die rechtlichen Bedingungen von Bedeutung. Im Gegensatz zur betrieblichen Mitbestimmung ist das aktive und passive Wahlrecht grundsätzlich nur den deutschen Staatsangehörigen vorbehalten. Lediglich EU-Bürger haben das Recht, sich an den Kommunalwahlen zu beteiligen. Andere europäische Staaten, wie Schweden, Dänemark, die Niederlande, Irland, Frankreich oder Belgien, räumen Drittstaatsangehörigen das aktive und passive Wahlrecht mindestens auf der kommunalen Ebene ein.

In Deutschland leben rund 6,7 Millionen Menschen ausländischer Nationalität. In einzelnen Kommunen liegt der Anteil der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner bei mehr als 20 Prozent, in einigen Bezirken und Stadt-



Foto: S. Loessin/DGB

teilen noch weit höher. Gerade Entscheidungen auf der kommunalen Ebene beeinflussen das Leben der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar. Dies gilt für die Schaffung von Kindertageseinrichtungen, die Infrastruktur oder auch bei den kommunalen Investitionen.

Im Koalitionsvertrag haben sich CDU, CSU und SPD im November 2005 verpflichtet, die Frage des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige zu prüfen. Bislang allerdings sind keine Ergebnisse dieser Prüfung erkennbar. Ausländerbeiräte, Wohlfahrtsorganisationen und Gewerkschaften fordern gemeinsam die Einführung eines kommunalen Wahlrechts, auch wenn dazu das Grundgesetz verändert werden muss.

Eine aktive Beteiligung auf der kommunalen Ebene setzt voraus, dass ausländische Staatsangehörige – ungehindert vom Ausländerrecht – sich unter Einhaltung des Grundgesetzes politisch betätigen können. Die Bundesrepublik Deutschland muss endlich ihre Vorbehalte gegenüber der Konvention des Europarats zur Partizipation von Ausländern am politischen Leben auf kommunaler Ebene (SEV 144) zurück nehmen und das Abkommen ratifizieren.

EINBÜRGERUNG ALS TEIL DES INTEGRATIONSPROZESSES FÖRDERN

Die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für die Herstellung gleicher Rechte und Chancen. Sie ist bedeutsam für den Integrationsprozess, daher sollte die Einbürgerung auch weiter gefördert werden. Die Gewerkschaften setzen sich für ein republikanisches Einbürgerungsrecht ein, das allen in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen, ohne Verpflichtung zur vorherigen Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit, die Möglichkeit zur Einbürgerung eröffnet und das in Deutschland geborene Kindern ausländischer Eltern – unabhängig von deren Aufenthaltsdauer – automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit verleiht. Sie widersprechen damit der Auffassung, die die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit als Endpunkt einer erfolgreichen Integration sieht und mit dem Eintritt in die deutsche Staatsangehörigkeit die Aufgabe kultureller, reli-

giöser und sprachlicher Wurzeln verbindet.

Im Gegensatz zu anderen europäischen OECD-Staaten sind die Einbürgerungszahlen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005 massiv zurückgegangen. Nicht nur gemessen nach absoluten Zahlen, sondern auch nach den Einbürgerungsquoten belegt Deutschland einen der hinteren Ränge.

BEKÄMPFUNG VON RASSISMUS UND INTOLERANZ – FÖRDERUNG DER GLEICHBEHANDLUNG

Rassismus und Intoleranz schädigen nicht nur das Ansehen Deutschlands, sie sind ausschlaggebend für die Zunahme rassistischer und rechtsextremer Gewalttaten und sie beeinträchtigen die ökonomische und gesellschaftliche Integration und Partizipation. Gerade im Hinblick auf den Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus muss klar gestellt werden: Migrantinnen und Migranten in Deutschland sind weder verantwortlich für die Ursachen weit bis in die Mitte der Gesellschaft verbreiteter rechtsextremer Einstellungen, noch verhindert eine vollständige Anpassung an gesellschaftliche Normen, dass sie Ziel rassistischer Angriffe oder rechtsextremer Äußerungen werden.

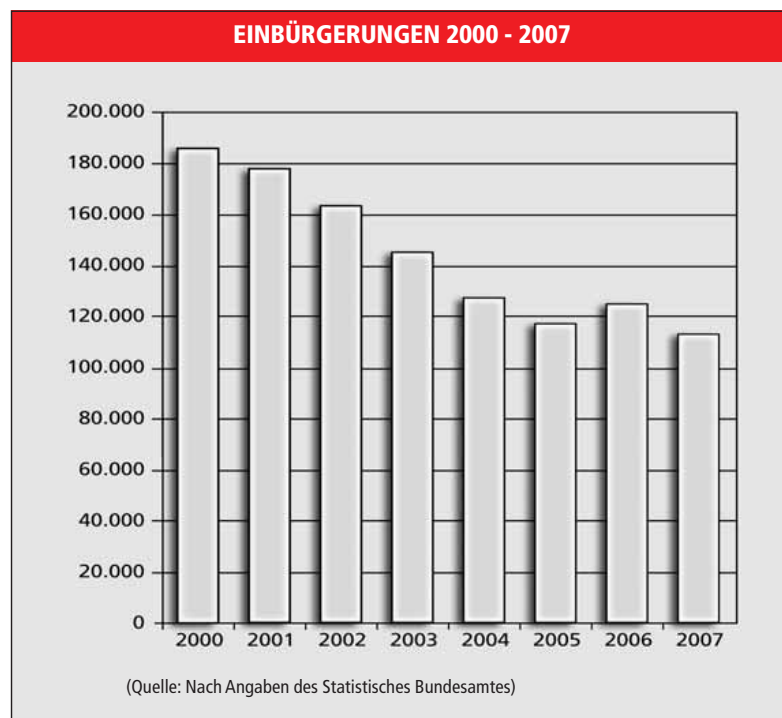
Der Nationale Aktionsplan greift die mit dem gesellschaftlich verankerten Rassismus verbundenen Herausforde-

rungen nicht auf, dies, obwohl sie auch eine Hürde im Integrationsprozess darstellen und zur Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten führen können. Lediglich der Deutsche Sportbund und der DGB haben in ihren Selbstverpflichtungen darauf Bezug genommen.

In den letzten Jahren haben unterschiedliche Studien nachgewiesen, dass Bestandteile rechtsextremer Einstellungen in weiten Teilen der Bevölkerung zustimmungsfähig sind. Insbesondere die Ausländerfeindlichkeit scheint in Ost- und Westdeutschland, unabhängig von sozialem Status, Geschlecht oder Bildungsgrad, konsensfähig. Mit der aktuellen Studie »Ein Blick in die Mitte« (Decker, Rothe u.a., Mai 2008) untersuchen die Forscher die Hintergründe rechtsextremer Einstellungen.

Als Konsequenz aus den Ergebnissen formulieren die Forscher unter anderem die Notwendigkeit zur Demokratisierung der Gesellschaft, einschließlich der Förderung der Partizipation und von interkulturellen Erfahrungen sowie eine Veränderung des politischen Klimas in Deutschland.

Die Gewerkschaften und der DGB sind überzeugt, dass repressive Maßnahmen zur Bekämpfung rassistischer und rechtsextremer Straftaten sowie Organisations- und Parteienverbote erforderlich sind.



Rechtsextreme Propaganda greift zunehmend soziale und ökonomische Fragen auf. Gerade die NPD nutzt die weltweite Krise der Finanzmärkte und die globale Wirtschaftskrise für die Verbreitung antisemitischer und nationalistischer Propaganda. Unter dem Slogan »Sozial geht nur national« versucht sie wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme nationalistisch umzudeuten. Im Europaprogramm der NPD – die politische Grundlage für den Europawahlkampf der Partei – wird die EU als »Durchsetzer neoliberaler Interessen« kritisiert und die Wirtschafts- und Währungsunion als tiefsten »Eingriff in die innere Ordnung der europäischen Nationen in den letzten hundert Jahren« bezeichnet.

Eine weitere Strategie besteht darin, öffentliche Räume und Veranstaltungen demokratischer Organisationen zu besetzen. Durch die Anmeldung eigener Demonstrationen oder durch das Eindringen in Demonstrationen versuchen sie, öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen. Es vergeht fast keine Woche, in der die rechtsextreme NPD oder die mit ihr verbundenen Kameradschaften nicht zu einer Demonstration aufrufen. Häufig sind es die örtlichen Gewerkschaftsgliederungen und der DGB, die den zivilen Widerstand organisieren, teilweise auch ohne Unterstützung der kommunalen Entscheidungsträger.

Rechtsextreme Einstellung in West- und Ostdeutschland, Herbst 2006

	Gesamt	West	Ost
Befürwortung Diktatur	4,8	4,4	6,5
Chauvinismus	19,3	20,1	16,1
Ausländerfeindlichkeit	26,7	25,7	30,6
Antisemitismus	8,4	9,5	4,2
Sozialdarwinismus	4,5	4,0	6,2
Verharmlosung Nationalsozialismus	4,1	4,6	2,0

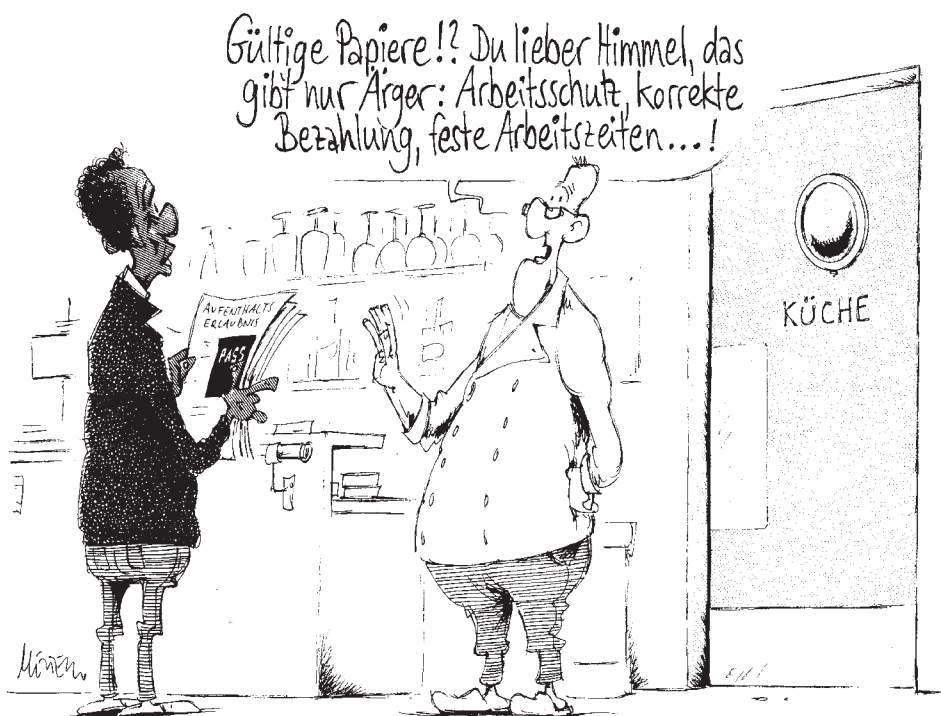
Aus: »Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen«, Studie von Oliver Decker, Katharina Rothe u.a., Mai 2008

Rechtsextreme Einstellungen machen nicht vor den Toren der Gewerkschaften halt. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind nicht immun gegenüber fremdenfeindlichen Ressentiments und ein Teil ist empfänglich für sozialdemagogische Argumentationen. Neben Maßnahmen zur Aufklärung und Demaskierung rechter Parolen und Ideologien besteht Handlungsbedarf bei der Verankerung der Toleranzbildung in der betrieblichen Ausbildung. Eine positive Wirkung für einen verstärkten Einsatz entfalten können in diesem Zusammenhang auch gemeinsame Erklärungen der Tarifvertragsparteien.

Der DGB und die Gewerkschaften sind überzeugt, dass nicht nur Einzelmaßnahmen und Programme zur Rassismusbekämpfung erforderlich sind, sondern sie fordern die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den gesellschaftlichen Akteuren eine Mainstreamingstrategie zu entwickeln. Ziel muss sein, alles zu verhindern, was Vorbehalte legitimiert und alles zu tun, um Toleranz und Vielfalt zu fördern. Eine weitreichend angelegte Antirassismuspolitik befördert nicht nur das Ansehen Deutschlands, sondern auch die gesellschaftliche Integration von Migrantinnen und Migranten.

■ Zusammenfassender Auszug aus dem 1. Zwischenbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Nationalen Integrationsplan.

■ Kontakt: Volker RoBocha
DGB-Bundesvorstand
Postfach 110372, 10833 Berlin
Tel.: 030 / 24 06 03 42
volker.rossocha@dgb.de
Volker RoBocha ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.



CHANCENGERECHTIGKEIT HERSTELLEN – AUSGRENZUNG BESEITIGEN

Der Deutsche Caritasverband setzt sich für die Herstellung von Chancengerechtigkeit ein und tritt Diskriminierung entgegen. Gleiche Zugangs- und Lebenschancen in allen gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich relevanten Bereichen sichern den sozialen Frieden und stärken das Gemeinwesen.

SICH DER DISKRIMINIERUNG BEWUSST WERDEN

Der Zugang zu Chancen wird auch durch ausgrenzende Strukturen, durch institutionelle und individuelle Diskriminierung verstellt. Eine verstärkte Bewusstseinsbildung muss diese Ungerechtigkeit deutlich machen und eine Sensibilität in der Gesellschaft erwirken, die zum Motor von Veränderung werden kann.
(...)

Bevor Benachteiligungen abgebaut werden können, müssen sie als solche erkannt werden. Dazu bedarf es sowohl der Sensibilisierung wie auch der Reflexion des eigenen Verhaltens. Es müssen die kritischen Momente und Stellen erkannt werden, in denen Menschen mit Migrationshintergrund Objekt von diskriminierender oder ausgrenzender Praxis werden. Ein Monitoring (Beobachtung) im Hinblick auf den Abbau ethnischer Ungleichheiten kann helfen, die kritischen Momente zu identifizieren und die Entwicklung entsprechender Lösungen zu fördern.

Diskriminierung wird definiert als ungerechtfertigte Ungleichbehandlung. Sie kann aber auch darin liegen, dass Ungleiches gleich behandelt wird. Wenn also beispielsweise von allen Bewerbern um eine Stelle ein Schulabschluss an einer deutschen Schule verlangt wird, werden zwar alle gleich behandelt, aber Zuwanderer(innen) diskriminiert, weil ihre gleichwertigen ausländischen Schulabschlüsse nicht anerkannt werden.



Neben offenen Formen der Diskriminierung gibt es auch mittelbare, die nicht immer auf den ersten Blick als solche auszumachen sind. So etwa, wenn Arbeitgeber bestimmte Sprachkenntnisse verlangen oder die Einhaltung von Bekleidungsvorschriften, auch dann, wenn dies für die Tätigkeit gar nicht nötig ist. So darf von einem Handwerker verlangt werden, dass seine Deutschkenntnisse ausreichen, um Anweisungen zu verstehen und die Arbeit korrekt auszuführen. Dass er deutscher Muttersprachler ist, wäre eine diskriminierende Voraussetzung. Zu den nur schwer erkennbaren Formen der Ausgrenzung gehört es auch, wenn die Probleme eines Menschen mit Migrationshintergrund pauschalisierend mit seinem kulturellen Hintergrund erklärt werden, und er nicht als Individuum gesehen wird.

Obwohl der Gleichstellungsgrundsatz alle staatlichen Einrichtungen bindet, erleben Menschen mit Migrationshintergrund auch in Behörden, in Schule und Universität Ungleichbehandlung. Hier erfolgt die Diskriminierung oft nur mittelbar und ist damit schwer erkennbar. Derartige Diskriminierung ist für die Betroffenen besonders belastend. Daher müssen Mitarbeiter öffentlicher Stellen (Kindertageseinrichtungen, Schulen, Verwaltung, Polizei etc.) besonders sensibilisiert werden.

AUF GLEICHE CHANCEN HINWIRKEN

Chancengerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen herzustellen muss ein gesamtgesellschaftliches Ziel werden. Persönliche Merkmale wie beispielsweise ausländisch klingende Namen dürfen nicht dazu führen, dass Chancen, beispielsweise auf dem Ar-

INTEGRATION HEISST:

- Heimat schaffen für alle
- Vielfalt achten – Dialog und Begegnung fördern
- Chancengerechtigkeit herstellen – Ausgrenzung beseitigen
- Familien schützen, ihre Mitglieder stärken
- Bildungsgerechtigkeit – Potenziale stärken und individuell fördern
- Ausbildung, Arbeitsmarkt öffnen, Diskriminierung abbauen
- Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus nicht im Stich lassen
- Rechtliche Barrieren abbauen

beitsmarkt, nur theoretisch bestehen, praktisch aber verschwindend gering sind. Der gleichberechtigte Zugang zu Chancen muss sowohl gesetzlich gesichert als auch im Alltag umgesetzt werden.

Die Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und die Einrichtung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes im Jahr 2007 waren wichtige Schritte, den Weg zu mehr Chancengleichheit zu institutionalisieren. Zur konsequenten Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes müssen bestehende Regelungen auf Schlechterstellung bestimmter Personengruppen überprüft werden. Es ist beispielsweise nicht hinnehmbar, dass Menschen aus bestimmten Herkunftsländern schlechtere Versicherungskonditionen zum Beispiel bei Kfz-Versicherungen bekommen.

Gesetzliche Regelungen alleine stellen noch keine reelle Chancengleichheit her, dazu bedarf es weiterer Maßnahmen. Hier ist insbesondere die im Jahr 2007 geschaffene Antidiskriminierungsstelle des Bundes aufgefordert, aktivere Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und stärker als bisher in die Breite und vor allem im Sinne und Interesse der Betroffenen zu wirken. Darüber hinaus ist eine niedrigschwellige Beratungsinfrastruktur auf Landes- und kommunaler Ebene zu installieren, bzw.

müssen bereits vorhandene Einrichtungen erhalten werden.

Es wäre wünschenswert, dass Menschen mit Migrationshintergrund künftig in allen gesellschaftlichen und beruflichen Bereichen gemäß ihrem Bevölkerungsanteil vertreten sind. Das Konzept des Ethnic Mainstreaming beschreibt Maßnahmen, die geeignet sind, die (berufliche) Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, ohne dabei ethnische Zuschreibungen zu verfestigen. Dazu müssten alle Maßnahmen und Strukturen auf ihre Auswirkungen in Bezug auf ethnische und kulturelle Herkunft überprüft und wo nötig angepasst werden.

Der Umgang mit Vielfalt und mit Anderssein wird schon in jungstem Alter gelernt. Kindertageseinrichtungen und Schulen sind Orte, an denen mit spielerisch-pädagogischen Konzepten die Heterogenität der Mitmenschen erfahren wird. Bereits im Kindes- und Jugendalter können die Grundsteine für eine diskriminierungsfreie Haltung gelegt werden.

Die Arbeitswelt ist ein Feld, in dem Diskriminierung häufig vorkommt. Deshalb sind die Sozialpartner und insbesondere die Arbeitgeber besonders gefordert. Es muss durch entsprechende Maßnahmen noch stärker als bisher darauf hingewirkt werden, dass sie die noch weit verbreiteten Vorbehalte gegen Gleichstellungspolitik und -gesetzgebung aufgeben und die Chancen, die in Gleichstellung und Diversity liegen, erkennen und nutzen.

(...)

WAS MACHT DIE CARITAS? MIT GUTEM BEISPIEL VORANGEHEN

Als Anwalt und Solidaritätsstifter stellt sich der Deutsche Caritasverband gegen jegliche Form von Diskriminierung und Benachteiligung. Jeder Mensch ist in seiner Würde zu achten und zu schützen. Die Caritas hat sich im Nationalen Integrationsplan verpflichtet, den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in den Diensten und Einrichtungen im Rahmen der Grundordnung des kirchlichen Dienstes zu erhöhen. Um das katholische Profil zu wahren, kann dabei zulässigerweise von den Beschäftigten eine

Identifikation mit der sozialen Aufgabe und dem religiösen Charakter der Organisation verlangt werden.

Der Deutsche Caritasverband nimmt sich beim Thema Gleichbehandlung selbst in die Pflicht. In seinen Diensten berät er von Diskriminierung Betroffene und stärkt sie in seiner anwaltschaftlichen Funktion. Insbesondere die Migrationsdienste der Caritas sind hier aktiv. Die Antidiskriminierungsarbeit gehört zu ihrem Leistungsprofil. Es umfasst sowohl die Hilfestellung für Betroffene, wie auch die Initiierung und Durchführung von sensibilisierenden sowie von vorbeugenden Maßnahmen. Als Dienstgeber leistet Caritas verstärkte Anstrengungen und prüft Konzepte der Personalentwicklung, um den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im Rahmen der von der Grundordnung für den kirchlichen Dienst bestehenden Möglichkeit zu erhöhen. Die Einstellung nichtchristlicher Mitarbeiter(innen) ist dabei »unter gewissen und genau definierten Umständen möglich und kann ein Gewinn für eine katholische Einrichtung sein.«

■ Auszug aus: »Miteinander leben – Perspektiven des Deutschen Caritasverbandes zur Migrations- und Integrationspolitik. Das gesamte Positionspapier des Deutschen Caritasverbandes sowie die Begleitschrift mit Erläuterungen und kurzer Darstellung der Aktivitäten der Caritas zu den zentralen Botschaften ist erhältlich über das Referat Migration und Integration des DCV. carmen.mateos@caritas.de oder über das Internet: www.caritas.de/52719.html und www.caritas.de/36996.html

»SIE WOLLEN NUR DIE KLUGEN«

Canan Topçu

Ehepartner büffeln im Heimatland für den Deutschtest, denn ohne Sprach-Zertifikat gibt es kein Visum. Die Einreisezahlen sinken.

Neriman ist überglücklich. Sie hat die Prüfung bestanden. Damit steht ihr die Tür nach Deutschland offen. Vor ein paar Wochen sah es noch ganz anders aus. Sie glaubte nicht daran, dass sie den Test schaffen würde. Den ersten Teil des Deutschkurses im Goethe-Institut Istanbul konnte sie nämlich nur unregelmäßig besuchen, weil sie arbeiten und Geld verdienen musste. Keine guten Bedingungen für jemanden, der fremde Vokabeln und Grammatik pauken muss. Da sich Job und Sprachschule nicht vereinbaren ließen, kündigte sie ihre Anstellung als Babysitterin. Damit wurde sie ihre Bleibe los. Denn die 39-Jährige lebte im Haus ihrer Arbeitgeber. Nach der Kündigung wohnte sie mal bei Freunden, mal beim Bruder.

Mit der Neufassung des deutschen Zuwanderungsrechts müssen seit September 2007 Männer und Frauen aus Nicht-EU-Ländern, die zu ihren Ehegatten wollen, über »einfache Deutschkenntnisse« verfügen. Ausgenommen sind von dieser Regelung die Ehepartner aus Staaten, deren Bürger ohne Visum nach Deutschland einreisen können, wie etwa Australier, Japaner, Südkoreaner und US-Amerikaner.

Der Nachweis über die erforderlichen Sprachkenntnisse wird von den Goethe-Instituten ausgestellt: nach einer mündlichen und schriftlichen Prüfung. Ohne dieses Zertifikat bekommt keiner der Ehefrauen und -männer mehr ein Einreisevisum. Sprachkurse bereiten auf die sogenannte Start-1-Prüfung vor. Zehn Wochen lang werden pro Woche 16 Unterrichtsstunden erteilt. »In 160 Stunden wird doch wohl jeder 300 Worte Deutsch lernen können«: Ein Satz, der von Befürwortern des Gesetzes immer wieder zu hören ist. Oder wie es die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, mal formuliert hat: Es sei »kein Unding«, die vorgeschriebenen Deutschkenntnisse im Heimatland zu erwerben.



Canan Topçu

Foto: privat

Die Realität aber sieht anders aus – ganz anders als es sich Bildungsbürger im mehr als 2.000 Kilometer entfernten Deutschland vorstellen können. Unisono klagen die Teilnehmer aus Nerimans Kurs über die missliche Situation, in die sie das Gesetz gebracht hat. Der Großteil stammt nicht aus Istanbul, sondern aus anderen Teilen des Landes; sie haben sich für die Zeit des Deutschkurses – also nicht nur für einen oder zwei Tage, sondern für zehn oder mehr Wochen – in Istanbul bei Familienangehörigen, Verwandten oder Bekannten eingenistet. Oftmals leben die Gastgeberfamilien selbst in beengten Wohnverhältnissen, so dass der »Besuch« keinerlei Rückzugsmöglichkeit hat.

»Ich bin nur Gast, muss Rücksicht nehmen und mich nach dem Tagesablauf der Gastgeber richten«, sagt etwa Ziya, ein 28-jähriger Kursteilnehmer. Er kommt aus dem 300 Kilometer östlich gelegenen Zonguldak. Ziya erzählt davon, dass er bei der ersten Prüfung durchgefallen sei. »Weil ich keine Ruhe zum Lernen hatte«, entschuldigt er sich. Abends laufe immerzu der Fernseher, kreischten Kinder oder sei Besuch da. Und selbst wenn er was lerne, vergesse er es wieder. »Wo soll ich denn hier Deutsch sprechen«, fragt Ziya. In sein Klagegedicht stimmen andere Kursbesucher ein; die Schilderungen gleichen sich.

In den Wohnbedingungen sieht auch das Goethe-Institut die größten Probleme. »Als die Kurse anliefen, waren wir überrascht darüber, dass sich so viele bei uns in Istanbul angemeldet hatten. Später erst ist uns klar geworden, warum das so ist«, berichtet Erika Bro-

schek, Leiterin der Spracharbeit im Goethe-Institut Istanbul. In der Provinz gibt es kaum eine Möglichkeit, Deutsch zu lernen. Wer einen Sprachkurs besuchen will, der muss in die Großstadt – entweder nach Ankara, Izmir oder Istanbul. »Die meisten haben Verwandtschaft in Istanbul – und wir daher den größten Zulauf«, erklärt Broschek.

Istanbul aber ist ein »weites Feld«; die Metropolenregion ist doppelt so groß wie das Saarland. Die Kursteilnehmer sind zwei oder mehr Stunden unterwegs; manche müssen mehrmals umsteigen, bis sie im europäischen Teil der Stadt ankommen, wo die Sprachkurse stattfinden. Es sind nicht die besten Bedingungen, um eine Fremdsprache zu lernen. Erschwerend kommt hinzu, dass die meisten Kursteilnehmer der so genannten bildungsfernen Schicht angehören; manche haben nicht einmal einen Schulabschluss und haben das Lernen nie gelernt – geschweige denn eine Fremdsprache.

Als Hemmnis nennen Kursteilnehmer auch den Erwartungsdruck von Ehepartnern, Familie und Verwandtschaft. Am Tag der Prüfung verlieren selbst »gute Schüler« die Nerven – wie es auch Ziya passiert ist. »Ich saß da und konnte vor Aufregung kein Wort sagen«, erzählt der Wiederholer. Durchzufallen könne er sich nicht noch einmal leisten – nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch, weil er dann zum Gespött von Frau, Familie und Verwandtschaft werde.

Offiziell liegt die Erfolgsquote für die, die in der Türkei an den Deutschkursen des Goethe-Instituts teilnehmen, bei mehr als 80 Prozent. Externe – also die, die bei anderen Sprachschulen einen Kurs besuchen oder ohne Vorbereitung in die Prüfung gehen – schneiden um einiges schlechter ab: Mehr als die Hälfte fällt durch.

Eine der Teilnehmerinnen aus Nerimans Gruppe schmiss den Kurs nach den ersten Wochen, weil sie nicht weiter kam mit der Sprache der Deutschen. Was aus ihr geworden ist, weiß Neriman nicht. Unter den Kursbesuchern kursieren immer wieder Geschichten

Nach der Novellierung des Zuwanderungsgesetzes im August 2007 ist insbesondere der Ehegattennachzug erneut komplizierter und schwieriger geworden. Die betroffenen Menschen sind empört über die staatlichen Eingriffe in ihr Privatleben, sie sind verzweifelt über inhaltliche oder unklare Angaben der Behörden, sie sind wütend über die langen Trennungszeiten und sie verlieren das Vertrauen in rechtsstaatliches Handeln.

In dieser Broschüre kommen sie selbst zu Wort. In der Auswahl der Berichte werden persönliche Schicksale erfahrbar. Jenseits des Einzelfalls jedoch wird deutlich, dass massiv in bürgerliche Grund- und Freiheitsrechte eingegriffen wird – das Recht auf freie Partnerwahl und der Schutz der Familie wird durch Zuwanderungsbestimmungen eingeschränkt.

■ Zu beziehen über:

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. (Hrsg.) – Bundesgeschäftsstelle, Ludolfsstr. 2-4, 60487 Frankfurt am Main, info@verband-binationaler.de



von Scheidungen wegen nicht bestandener Prüfungen. Zum vierten Mal versucht Safiye ihr Glück. Wer ihre Geschichte hört, versteht ihre Verzweiflung. Und warum sie vermutet, dass es den Gesetzgebern mehr als um die offiziell verkündete »integrationsorientierte Anpassung des Ehegattennachzugs« geht. »Sie wollen nur die Klugen«, sagt Safiye. Die 40-Jährige trägt einen langen, ihre Körperkonturen verhüllenden Mantel und ein Kopftuch, das auf traditionelle Weise gebunden ist.

Geboren und aufgewachsen ist Safiye in einem kleinen Ort in Ostanatolien; die Schule hat sie bis zum Ende der Grundschule besucht – die Pflichtzeit von fünf Jahren also, wie es das Gesetz noch bis Ende der 1990er Jahre vorsah. Safiye fällt das Lernen schwer. »Ich will dort doch keine Anwältin werden«, kommentiert die seit einem halben Jahr verheiratete Frau das Gesetz. »Wenn es so weitergeht, macht es aus mir eine geschiedene Frau«, schimpft Safiye.

An der Neuregelung des Zuwanderungsrechts kritisierte in ihrer Kleinen Anfrage von Mitte Oktober die Bundestagsfraktion von »Die Linke«, dass der Sprachnachweis all die Ehepartner benachteilige, die des Lesens und Schreibens nicht mächtig sind. Die Bundesregierung weist den Vorwurf,

zwischen Ungebildeten und Gebildeten zu trennen, von sich. Das Ziel der Sprachanforderungen bestehe keineswegs in der »Verhinderung des Familiennachzugs«.

Safiye hofft, dass das Gesetz rückgängig gemacht wird. Und wenn nicht, müsse wenigstens eine Härtefallregelung eingeführt oder bei Menschen über 40 Jahren nicht angewandt werden. Safiyes Ehemann ist ein entfernter Verwandter, die Ehe ist arrangiert und mit Einverständnis beider Seiten geschlossen worden. Die Geduld des Gatten, der in Duisburg auf sie wartet, ist arg strapaziert – zumal die Kosten für Sprachkurs und -test eine Dimension angenommen haben, die er nicht mehr tragen kann. Das ist kein Einzelfall.

Insgesamt sind im ersten Halbjahr 2008 mit 14.229 etwa ein Viertel weniger Visa im Rahmen des Ehegattennachzugs erteilt worden als im selben Zeitraum 2007 (18.716). Im Zeitraum von Januar bis August 2008 haben in den wichtigsten Herkunftsländern lediglich 59 Prozent aller Antragsteller den Sprachtest bestanden, zwei von fünf Ehegatten fielen durch die Sprachprüfung und konnten vorerst nicht nach Deutschland einreisen. Offiziell erklärtes Ziel des Sprachnachweises im Herkunftsland ist »die Förderung der Inte-

gration und Bekämpfung von Zwangsverheiratung und nicht die Beschränkung des Familiennachzugs«. In wiefern das Gesetz als Instrument gegen Zwangsheiraten und arrangierte Ehen greift, geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linken nicht hervor. Es wird auf die abschreckende Wirkung der Sprachstandstests hingewiesen. Das Gesetz trage dazu bei, den Nachzug zwangsverheirateter Ehepartner nach Deutschland »von vornherein zu verhindern«, heißt es in der Antwort.

Die Zahl nachziehender Ehepartner aus der Türkei ist nach Einführung des Gesetzes um 35 Prozent zurückgegangen. Die Sprachanforderung zeigt nach Ansicht der Kritiker somit Wirkung – in der vom Gesetzgeber beabsichtigten, offiziell aber dementierten Weise: Das Gesetz über den Ehegattennachzug richte sich vor allem gegen Ehepartner aus der Türkei und sei familienfeindlich, kritisieren türkische Verbände in Deutschland. Sie verhindere die Einreise von bildungsfernen Frauen und Männern, die hierzulande mit Eigenschaften wie traditionell und rückschrittlich gleichgesetzt werden.

Auf Neriman treffen diese Attribute nicht zu. Gerade weil sie aus einer traditionellen und strengen Familie stammt, die ihr das Leben sehr schwer machte, möchte sie nach Deutschland – zu ihrem Ehemann, mit dem sie zwar keine Liebesheirat einging, den sie aber mag. »Unser Leben hat sehr viele Parallelen«, sagt die 39-Jährige. Auch er sei – wie sie einst – gegen seinen Willen mit jemandem aus der Verwandtschaft verheiratet worden, auch er habe ein fast erwachsenes Kind, auch er sehne sich nach Wärme und Geborgenheit. Daran mangelte es Neriman bislang. In Deutschland, so hofft die kleine zierliche Frau, beginnt ein neues Kapitel ihres Lebens. Am Deutschlernen hat sie Gefallen gefunden. In Hagen, wo sie künftig leben wird, will sie damit auf jeden Fall weitermachen.

■ Kontakt: Canan Topçu
Frankfurter Rundschau
Depot Sachsenhausen, Textorstraße 35
60594 Frankfurt am Main
c.topcu@fr-online.de
Canan Topçu ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.

WURDEN DIE HÜRDEN ZU HOCH GEHÄNGT?

SEIT 2000 DAS NEUE STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHT EINGEFÜHRT WURDE,
SINKEN DIE EINBÜRGERUNGSAZAHLEN KONTINUIERLICH

Stefan Herceg

Vor neun Jahren, als Zeynep noch keine zehn Jahre alt war, hätte sie auf Antrag ihrer Eltern problemlos eingebürgert werden können. Eine entsprechende Übergangsregelung für Kinder unter zehn Jahren sah jedenfalls das 2000 in Kraft getretene neue Staatsangehörigkeitsrecht vor. Doch für die Tochter türkischer Zuwanderer war seinerzeit dieser Antrag nicht gestellt worden. Jetzt, kurz vor dem Hauptschulabschluss, will sie die Einbürgerung nachholen. Vor der Schule war sie schon in den Kindergarten gegangen, so dass die deutsche Sprache überhaupt kein Problem für sie ist. Dennoch ist sie ängstlich und verunsichert, als sie von der Einbürgerungsbehörde vorgeladen wird, um eine »Loyalitätserklärung« zu unterschreiben. Sie hat

keine Ahnung was das sein soll. Auch ihr älterer Bruder hatte so was unterschreiben müssen, als er sich einbürgern lassen wollte. Aber nicht nur das: Es waren ihm viele Fragen gestellt worden. Ob ihr das auch bevorstehen würde, wenn sie bei ihrem Einbürgerungswunsch bliebe? Sie hat gehört, nur Muslime müssten den Test machen. Und sie sei schließlich Muslima.

Schon die Begriffe schrecken viele einbürgerungswillige Migrantinnen und Migranten ab:

Loyalitätserklärung, Einbürgerungstest – das klingt sehr streng und nach einer schwierigen Prüfung. »Ich bin durchgefallen«, erzählt denn auch Nuhrije ganz aufgeregt. Gute Deutschkenntnisse sollte die Albanerin für die Einbürgerung nachweisen. Das sollte doch kein Problem gewesen sein: Schließlich lebt sie schon seit elf Jahren

in Deutschland, hat einen deutschen Mann und spricht ganz gut deutsch. Das Problem aber war der Aufsatz, den sie schreiben sollte. Damit wäre sie auch auf Albanisch überfordert, denn sie hat noch nie einen Aufsatz geschrieben und überhaupt hat sie bisher selten im Leben etwas schreiben müssen. Reden dagegen »kann ich gut«, nicht nur albanisch oder deutsch, sondern auch serbisch und kroatisch. Dennoch wird sie jetzt einen Sprachkurs machen müssen. Aber der ist mehr als 20 Kilometer entfernt. Und sie hat doch eine sichere Arbeitsstelle. Was soll sie jetzt machen? Die Hürden hängen hoch auf dem Weg zur Einbürgerung: Den deutschen Pass bekommt nur, wer sich aus seiner früheren Staatsangehörigkeit entlassen lässt, über ein ausreichendes Einkommen verfügt und nie beim Verfassungsschutz auffällig geworden ist. Das war vor ein paar Jahren noch anders: Mi-



grantinnen und Migranten mit einer Aufenthaltsberechtigung wurden ohne weitere Sprachtests eingebürgert. Es genügte das Gespräch mit einem Beamten von der Einbürgerungsbehörde. Eventuell musste der eine oder die andere noch einen Lebenslauf schreiben. Heute müssen die Kenntnisse der deutschen Sprache den Anforderungen des Zertifikats Deutsch in mündlicher und schriftlicher Form genügen. Älteren Migrantinnen und Migranten erscheint das wie ein Alptraum.

Eine neue Hürde für Einbürgerungswillige ist der seit dem ersten September 2008 bundeseinheitlich eingeführte Einbürgerungstest. Er listet 310 Fragen auf, von denen 30 beantwortet wer-

den müssen. Mindestens 17 Antworten müssen richtig sein. Der Test dürfte sich nicht gerade positiv auf die Einbürgerungsentscheidung auswirken.

Kein Wunder, dass die Einbürgerungszahlen Jahr für Jahr rückläufig sind. Erreichte im Jahr 2000 die Zahl der Einbürgerungen mit 186.700 ihren höchsten Stand, waren es im Jahr 2007 nur noch 113.000 und damit 9,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Eine Ausnahme ist das Jahr 2006, in dem die Einbürgerungen um 6,5 Prozent zunahmen.

Als »alarmierend« bezeichnet die Türkische Gemeinde in Deutschland die sinkenden Einbürgerungszahlen. Sie

macht die seit 1999 erschwerten gesetzlichen Voraussetzungen ursächlich dafür verantwortlich.

■ Aus MIG-MAG Migrations-Magazin Sozialcourage 4 / 2008
Deutscher Caritasverband (Hrsg.)
Karlstr. 40, 79104 Freiburg

■ Kontakt: Stefan Herceg
Deutscher Caritasverband
Tel.: 0761 / 20 03 57
stefan.herceg@caritas.de
Stefan Herceg ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.

UMFRAGE DER BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE ZUM THEMA EINBÜRGERUNG

Tobias Mohr

■ Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) hat im Jahr 2008 eine Umfrage zum Thema Einbürgerung durchgeführt. Ziel war es herauszufinden, welche Gesetze, Regelungen und Befindlichkeiten dazu führen, dass nicht mehr Menschen von der Einbürgerung Gebrauch machen. Die Befragung richtete sich nicht direkt an Zuwanderer, sondern an Beraterinnen und Berater in Migrationsdiensten der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege.

Nach Aussagen der Beratenden ist Einbürgerung für viele Personen, die zu einer Beratung in die Migrationsdienste kommen, nicht in erster Linie eine Frage der emotionalen Hinwendung zu Deutschland, sondern hat im weitesten Sinne mit konkreten praktischen Vorteilen bzw. Notwendigkeiten zu tun, die mit dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit verbunden sind. Vorrangig geht es dabei um statusrechtliche Fragen, wie zum Beispiel erleichterte Reisemöglichkeiten. Beinahe ein Fünftel der Befragten nennen »bessere Perspektiven für die Kinder« als ein zentrales Einbürgerungskriterium. Umgekehrt kann man daraus schließen,

dass von Seiten der Zugewanderten die Befürchtung besteht, dass zu große Einbürgerungshindernisse auch die Zukunftschancen der Kinder schmälern.

In der Umfrage wurde auch nach den Gründen gefragt, die für die niedrigen Einbürgerungszahlen in Deutschland verantwortlich sind. Von den insgesamt 96 Mitarbeitenden in den Migrationsdiensten der BAGFW, die sich an der Befragung beteiligten, sehen fast alle die Prämisse der Vermeidung von Mehrstaatigkeit als größtes Einbürgerungshemmnis. Der Verlust der alten Staatsangehörigkeit gehe demnach oft mit persönlichen, materiellen und finanziellen Nachteilen einher.

Mehr als die Hälfte der Beraterinnen und Berater nennt als weiteres Einbürgerungshindernis die hohen Verfahrenskosten. Dabei wird nicht in erster Linie auf die hohen Kosten bei der Einbürgerung in Deutschland Bezug genommen, vielmehr auf die Kosten der Ausbürgerung und die teilweise entstehenden »inoffiziellen Kosten«, wie beispielsweise Bestechungsgelder. Das Einbürgerungsverfahren wurde auch aus anderen Gründen thematisiert. So wurde von mehr als der Hälfte der befragten Personen festgestellt, dass das Einbürgerungsverfahren zu komplex, zu

aufwendig und zu langwierig sei. Ebenso war jeder zehnte befragte Experte der Ansicht, dass die Einbürgerungsbehörden nicht freundlich und entgegenkommend seien, was »einbürgerungswillige« Zuwanderer abschreckt und einschüchtert. Ein weiterer oft genannter Aspekt ist auch ein Gefühl der Unerwünschtheit der Zuwanderer, ein Gefühl des Nichtdazugehörens. Immerhin ein Drittel sah die mangelnde Informationslage als einen der Gründe, welche die niedrigen Einbürgerungszahlen in Deutschland mit verursachen.

■ Kontakt: Tobias Mohr
Deutscher Caritasverband e.V.
Referent für Migration und Integration
Karlstr. 40, 79104 Freiburg
Tel.: 0761 / 20 03 27
Tobias.mohr@caritas.de

KETTENDULDUNGEN BEENDEN – HUMANITÄRES BLEIBERECHT SICHERN

Dietrich Eckeberg

Seit Jahren fordert ein breites Bündnis von Kirchen, PRO ASYL, Wohlfahrtsverbänden, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen die Abschaffung der Kettenduldung. Die Integrationsbemühungen langjährig Geduldeter sollen anerkannt werden. Wer länger als fünf Jahre in Deutschland lebt, soll bleiben dürfen, lautet eine zentrale Forderung. Vehement hat die Flüchtlingshilfe in den letzten Jahren deshalb die Öffnung der §§ 25 Abs. 4 und Abs. 5 Aufenthaltsgesetz gefordert.

Heute stellen wir fest:

1. Die ursprünglich in der Gesetzesbegründung zum Zuwanderungsgesetz vorgesehene und seit Jahren geforderte Öffnung des § 25 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz ist nur in Ansätzen erfolgt. Im Entwurf der Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz ist sie erneut nicht vorgesehen. Nach wie vor werden subjektive Umstände, und hier insbesondere die per-

sönliche Zumutbarkeit, die einer freiwilligen Ausreise zuwider stehen kann, unzureichend beachtet. Dabei hält das Bundesverwaltungsgericht bereits in seinem Urteil vom 26.06.2006 (1 C 14.05) die Prüfung von Zumutbarkeitserwägungen für erforderlich. Die Abschaffung der Kettenduldung mit Hilfe dieser Bestimmung unterblieb.

2. Ende 2008 hatten von 33.669 Menschen in der Bleiberechtsregelung 27.449, also 81,5 Prozent, nur eine Aufenthaltserlaubnis »auf Probe«. Vor allem die Anforderungen an die eigenständige Lebensunterhaltssicherung und die Mitwirkungspflichten erweisen sich als zu hoch.

Arbeitsverbote aus der Vergangenheit haben negative Folgen für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Der weiter bestehende faktische Ausschluss von beruflicher Weiterbildung behindert die Sicherung des Lebensunterhaltes. Die aktuell aufgetretene wirtschaftliche Rezession, die als Folge der Finanzkrise Arbeitsplätze gefährdet, wirkt sich für die im

Niedriglohnsektor arbeitenden Bleiberechtigten negativ aus. Gerade der Niedriglohnsektor ist von der Arbeitsmarktkrise besonders betroffen.

Unverschuldet stehen viele der in die Altfallregelung Aufgenommen vor der Arbeitslosigkeit. Für die berufliche Weiterbildung fehlt die Zeit. Ein Verlust der Aufenthaltserlaubnis droht – insgesamt eine schier ausweglose Situation. Deshalb fordern wir: Wer sich um Arbeit müht, unverschuldet erwerbslos ist, seinen Lebensunterhalt nur zum Teil eigenständig sichern kann, zugleich aber integriert ist, muss bleiben können.

Ungewiss ist, ob und wie viele Flüchtlinge bis Ende 2009 eine Perspektive für einen weiteren Aufenthalt in Deutschland erhalten. Die Mehrzahl der Menschen droht Ende 2009 an den strengen Kriterien zu scheitern. Die erneute Desintegration der Betroffenen und ein Rückfall in die Duldung wären die Folge. Erneut würde die Zahl von Antragstellungen bei Härtefallkommissionen und Petitionsausschüssen stei-



gen. Abschiebungen sind zu befürchten. Dies wäre unerträglich! Steht die Altfallreglung vor dem Scheitern?

Bereits im Mai 2007, lange vor der gesetzlichen Altfallreglung, gingen die Kirchen mit dem Aufruf »Für die humanitäre Umsetzung der Bleiberechtsregelung« an die Öffentlichkeit. Die meisten der Eckpunkte dieses Aufrufes etwa zu den Ausschlussgründen, zur Lebensunterhaltssicherung, zur Einbeziehung von Erwerbsgeminderten oder zur Stichtagsregelung wurden leider nicht aufgegriffen.

Aktuell mehren sich die Stimmen, die zumindest eine Verlängerung der gesetzlichen Altfallreglung fordern. Denn für die Flüchtlinge müssen neue Zugänge zum humanitären Aufenthaltsrecht entstehen. Die zentralen Forderungen zur Altfallreglung und für die langjährig geduldeten, integrierten Flüchtlinge lauten:

In einem ersten Schritt muss die Altfallreglung verlängert werden.

Statt eines Stichtages muss die Mindestaufenthaltszeit ausschlaggebend werden. Die Frist für die eingeständige Lebensunterhaltssicherung ist aufzuheben. Die Flüchtlinge brauchen mehr Möglichkeiten, sich beruflich zu qualifizieren.

Humanitäre Belange und Integrationsbemühungen sind höher zu bewerten, als die eigenständige Lebensunterhaltssicherung.

Die jahrelangen Integrationsbemühungen der Flüchtlinge sollten anerkannt werden. Es bedarf einer Abkehr von dem Prinzip: »Nur wer nichts kostet, darf bleiben«. Humanität und Integration sollten zum Maßstab erhoben werden und nicht, wie bisher, die Sicherung des Lebensunterhaltes. Die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung sind viel zu hoch. Auch wer unverschuldet arbeitslos wurde, braucht eine faire Chance. Familien mit mehreren Kinder brauchen ebenso wie erwerbsgeminderte Personen verlässliche Perspektiven.

Kinder und Jugendliche dürfen nicht von ihren Eltern getrennt werden.

Mit geringfügigen Verfehlungen aus der Vergangenheit ist großzügig zu verfahren.

Bei guten Integrationsaussichten sollten sich kurze Unterbrechungen des Aufenthaltes ebenso wenig schädlich auswirken, wie eine geringfügige Straffälligkeit. Passersatzpapiere sollten ausgestellt werden, wenn das Bemühen um einen Pass scheiterte. Die Würdigung des Einzelfalles muss vorrangig sein.

Auch der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes, Gottfried Mahrenholz, hat im Zusammenhang mit Abschiebungen darauf hingewiesen, »dass der Wunsch des Staates, Sozialkosten zu sparen, nicht gegen den Schutz der Menschenwürde ausgespielt werden darf«. (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 18.02.09)

Im Wahljahr 2009 gilt es, in einem zukünftigen Regierungsprogramm das Ziel der Abschaffung der Kettenduldung zu verankern. Kurzfristig muss es gelingen, die Altfallregelung durch eine Beschlussfassung der Bundesregierung oder der Innenministerkonferenz über den 31.12.2009 hinaus zu verlängern.

Der Politik bleibt nur wenig Zeit für die Eröffnung einer tragfähigen Perspektive. Die Flüchtlingsorganisationen müssen deshalb Politik und Öffentlichkeit eindringlich auf die Schutzlücken für die langjährig Geduldeten und integrierten Flüchtlinge aufmerksam machen. Dies gelingt am Besten am Beispiel. Auf Basis einzelner Lebensgeschichten von Menschen, deren Bleiberecht jetzt gefährdet ist, sollte den humanitären Forderungen Nachdruck verliehen werden. Hierfür ist die Interkulturelle Woche besonders geeignet. Mit vielfältigen Aktionen sollte überall in Deutschland für die humanitären Belange der Flüchtlinge geworben werden. Damit diese besser wahrgenommen werden, treten die Kirchen, Caritas und Diakonie gemeinsam mit einer Aktion zum Bleiberecht an die Öffentlichkeit.

■ Kontakt: Dietrich Eckeberg
Referent für Flüchtlingsarbeit und junge Zugewanderte
Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe / Münster
Friesenring 32/34, 48147 Münster
Tel.: 0251 / 27 09-260
d.eckeberg@diakonie-rwl.de



Diakonie
Diakonisches Werk des Kirchenkreises Jülich

Jugendliche Flüchtlinge zwischen Integration und Ausgrenzung

BEISPIELE AUS DEM KIRCHENKREIS JÜLICH

Die Broschüre »Jugendliche Flüchtlinge zwischen Integration und Ausgrenzung« ist im Februar 2009 erschienen und kann beim Herausgeber bezogen werden:

Diakonisches Werk des Kirchenkreises Jülich
Schirmerstr. 1a, 52428 Jülich
Tel.: 02461 / 97 56 14
winzenried@diakonie-juelich.de
www.kkrjuelich.de

LEBEN IM VERBORGENEN

MENSCHEN OHNE PASS UND PAPIERE IN DEUTSCHLAND

Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann

Sie kommen aus der ganzen Welt: Aus Peru, aus der Mongolei, aus Ghana oder Syrien. Sie kommen aus armen Ländern in das reiche Deutschland. Einige wollen hier arbeiten, um den Unterhalt für ihre Familien in der Heimat zu verdienen. Andere sind als Au-Pair gekommen und möchten nicht gleich wieder in ihre Heimatländer zurückgehen, weil sie sich verliebt haben oder studieren wollen. Wieder anderen wurde der Antrag auf Asyl abgelehnt, aber sie haben trotzdem Angst in das Land, aus dem sie einst geflohen sind, zurückzukehren. Andere suchen in Deutschland nach Glück und einem besseren Leben.

Alle europäischen Staaten heißen diese Einwanderer nicht willkommen. Sie sehen sie als ungebetene Gäste, die sie schnell wieder loswerden wollen. Deutschland ist das einzige EU-Land, das diese Menschen sogar strafrechtlich verfolgt. Die Seniorin Alina und die Mutter der kleinen Francisca, die mit dreizehn weiteren Menschen in der Ausstellung porträtiert werden, gelten als Straftäterinnen. Bedienstete der Krankenhausverwaltungen, der Jugend- und Einwohnermeldeämter sowie Standesbeamten und Schulleiter sind verpflichtet, Menschen wie Alina und Franciscas Mutter bei den Ausländerbehörden zu melden.

Aus diesem Grund wird das Kind Francisca später weder einen Kindergarten noch eine Schule besuchen können. Ihre Mutter darf keine legale Berufstätigkeit aufnehmen und kann keine staatlichen Hilfen in Anspruch nehmen. Deswegen hat sich Alina, die kirgisische Großmutter, auch nie krankenversichern können. Sie muss ihre Krebsmedikamente selbst kaufen und ihre Operation bezahlen, will sie nicht in Gefahr geraten, als unerlaubte Einwanderin entdeckt zu werden.

In der Ausstellung »Leben im Verborgenen« erzählen Frauen und Männer, alte und junge Menschen, von ihren



Sorgen und Nöten im Alltag. Wie sie für einen Euro in der Stunde sieben Tage in der Woche arbeiten und sich auch dann nicht beschweren, wenn sie um ihren Lohn betrogen werden. Die Ausstellung schildert, warum sich Frauen scheuen, Männer anzuzeigen, die sie geschlagen haben oder zu sexuellen Handlungen nötigten. Wieso Kranke sich nicht trauen zum Arzt zu gehen und Mütter ihre Kinder nicht zur Schule schicken.

Kirchen, Diakonie und zivilgesellschaftliche Initiativen wie das Ökumenische Netzwerk Asyl in der Kirche machen seit Jahren auf diese Probleme und Missstände aufmerksam. Sie treten dafür ein, Menschen ohne Aufenthaltsrechte ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Sie wollen Menschen in Not helfen und riskieren Strafen. Denn wer Menschen, die sich ohne behördliche Erlaubnis in Deutschland aufhalten, ein Bett zum Schlafen beschafft,

mit Kleidung oder Lebensmitteln versorgt, einen Platz im Kindergarten oder Schule organisiert, macht sich strafbar. Dies ist nach dem Verständnis von Kirche und Diakonie ein unhaltbarer Zustand. Menschen in Not muss geholfen werden können. Für uns als Christinnen und Christen gibt es keine illegalen Menschen, sondern lediglich Menschen ohne die notwendigen Aufenthaltspapiere. Jeder Mensch ist gleichermaßen Ebenbild Gottes, es gibt keine Menschen erster und zweiter Klasse. Maßgabe für uns ist das Wort Jesu: »Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen.« Zudem geht es nicht nur um Barmherzigkeit, es geht um Gerechtigkeit. Und so halten wir uns an die Verheißung: »Selig sind, die da hungert nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.«

Deshalb sind die Kirchen auch auf politischer Ebene aktiv, um rechtliche Änderungen zu erreichen. Wir spre-



chen mit Ministern des Bundes und der Länder, mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung. Unser Ziel: Grundrechte auf ein Leben in Freiheit und Würde sowie soziale Rechte auf Bildung, Gesundheit und gerechte Arbeitsbedingungen für Menschen ohne Aufenthaltsrechte zu garantieren. Doch von Seiten der politisch Verantwortlichen kommt oft nur die Antwort: Illegale Einwanderer könnten schon jetzt medizinische Versorgung erhalten. Sie

könnten ihre Rechte auch vor Gericht einklagen. Dies ist richtig, gilt aber meist nur dann, wenn die Betroffenen ihre persönlichen Daten angeben, das heißt, wenn sie sich als unerlaubte Einwanderer zu erkennen geben. In der Realität bedeutet das: Wer sich in einem öffentlichen Krankenhaus offiziell behandeln lässt, wird danach höchstwahrscheinlich abgeschoben. Und wer vor dem Arbeitsgericht klagt, nimmt in Kauf, nach oder schon während des Verfahrens ausgewiesen zu werden. Das heißt, die Betroffenen haben Rechte, sie können sie aber nicht wahrnehmen, ohne ihre Existenz in Deutschland zu gefährden.

Schon immer versuchen Staaten, die Einwanderung zu reglementieren. Hier in Deutschland wird unterschieden zwischen erwünschten und unerwünschten Migrantinnen und Migranten. Doch auch im Zeitalter der Globalisierung verweigern sich die Menschen dieser Einteilung. Sie kommen trotz der Verbote und Reglementierungen nach Deutschland und leben hier – manche seit Jahrzehnten. Sie sind Botschafter des weltweiten Unrechts und Opfer der Globalisierung. Bis zu einer Million Menschen sollen es mittlerweile in unserem Land sein. Sie wohnen und sie

arbeiten hier. Sie verlieben sich und bekommen Kinder. Sie werden in Deutschland alt und auch krank.

In der Ausstellung bekommen diese Menschen erstmals eine Stimme. Die Besucherinnen und Besucher können deren Lebensgeschichten nicht nur nachlesen, sondern auch akustisch den Erzählungen lauschen. Sie können so einen Einblick bekommen in die Lebenswirklichkeiten, die den meisten von uns normalerweise verborgen bleiben. Um die Anonymität zu wahren, sind die Namen geändert.

■ Auszug aus dem Vorwort der Broschüre »Leben im Verborgenen. Menschen ohne Pass und Papiere in Deutschland« von Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann, Ev.-luth. Landeskirche Hannovers.

■ Die Ausstellung kann bezogen werden über die Arbeitsstelle Islam und Migration im Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers
Archivstr. 3, 30169 Hannover
Ansprechpartnerin: Barbara Janocha
Tel.: 0511 / 12 41-127 oder -452
janocha@kirchliche-dienste.de
www.leben-im-verborgenen.de

■ Mit dieser Handreichung wollen das Diakonische Werk und die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau das Engagement von Haupt- und Ehrenamtlichen für Menschen ohne Aufenthaltspapiere im Bereich von Kirche und Diakonie stärken und sie ermutigen, sich den komplexen Fragen und Anliegen von Statuslosen zu stellen.

Neben allgemeinen Informationen zur Situation von Menschen ohne Aufenthaltspapieren und der Beantwortung von rechtlichen Fragen, werden auch Empfehlungen ausgesprochen und Lösungen vorgeschlagen, um die Situation von Statuslosen zu verbessern. Gemeinden und Einrichtungen in Diakonie und Kirche sind aufgerufen zu prüfen, wie sie in ihrem Bereich für Menschen ohne Aufenthaltspapiere eintreten können.

■ Herausgeber:

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
Paulusplatz 1, 64285 Darmstadt und

Diakonisches Werk in Hessen und Nassau
Ederstraße 12, 60486 Frankfurt am Main

■ Unter: www.diakonie-hessen-nassau.de steht die Broschüre als Download bereit.



GÄSTEWOHNUNGEN FÜR MENSCHEN OHNE AUFENTHALTSPAPIERE

MENSCHEN OHNE AUFENTHALTSPAPIERE

Obwohl die Menschenrechte für alle gelten, können Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere in Deutschland ihre Rechte faktisch oft nicht geltend machen. Sie führen ein Leben in der »Schattenwelt«. Gerade für das Recht auf Gesundheit, Bildung und gerechte Entlohnung gibt es viele Hürden. Als Christinnen und Christen versuchen wir, die Solidarität mit den Menschen ohne Aufenthaltspapiere zu leben und Schutzräume für sie aufrecht zu erhalten. Solche Schutzräume können Gästezimmer und -wohnungen sein.

Frau L. aus Hamburg:

»Durch Gästewohnung und Kirchenasyl, gute rechtliche Beratung und viel Engagement konnte ich nach 25 Jahren in Deutschland und 13 Jahren in der Illegalität ein neues Leben beginnen.«

WARUM GÄSTEWOHNUNGEN?

- Um Menschen ohne Aufenthaltspapiere in ihrem Alltag zu schützen, ihnen ein Dach über dem Kopf zu geben und sie zu beraten.
- Lebensentscheidungen und Perspektiven brauchen Ruhe. Wohnungslosigkeit, ausbeuterische Verhältnisse, Gewalt in Beziehungen oder gesundheitliche Probleme – es gibt viele Belastungen, für die Unterstützung und Klärung benötigt werden.

WAS KÖNNEN KIRCHENGEMEINDEN, KOMMUNITÄTEN UND KLÖSTER TUN?

- Ein Zimmer, eine kleine Wohnung oder eine vorübergehend nicht vermietete Dienstwohnung zur Verfügung stellen.
- Spenden und Kollekten einwerben, um den Unterhalt der aufgenommenen Person zu sichern.
- Deutlich machen, dass die Kirche für Menschen in Not da ist.

- Freundeskreise oder Unterstützerguppen mit dieser Aufgabe betrauen.
- Bezugspersonen benennen.
- Mit Beratungsstellen zusammenarbeiten.

WAS UNTERSCHIEDET EINE GÄSTEWONNUNG VOM KIRCHENASYL?

Beim Kirchenasyl setzt sich eine Kirchengemeinde oder ein Kloster öffentlich mit rechtlichen und politischen Mitteln ein, um eine Abschiebung zu verhindern. Bei der Aufnahme in eine Gästewohnung wird zunächst kein Kontakt zu den Behörden hergestellt, da die Möglichkeiten zur Legalisierung sehr begrenzt sind. Ziel ist vielmehr die kurzfristige Gewährung einer Notunterkunft und die Klärung einer Perspektive.

ZEITRAHMEN

Gästewohnungen sind für einen begrenzten Zeitraum von wenigen Wochen bis zu mehreren Monaten gedacht. Hier sind klare Absprachen nötig.

PERSPEKTIVEN KÖNNEN SEIN ...

- Falls eine Legalisierung der Personen auf dem Rechtswege möglich erscheint, kann eine Unterbringung in der Gästewohnung in ein Kirchenasyl münden.
- Individuelle Pläne können abgeklärt und konkrete Schritte getan werden.
- In manchen Situationen muss die Weiterwanderung in ein anderes Land oder eine freiwillige Rückkehr ins Herkunftsland in Betracht gezogen werden.

RECHTLICHE FRAGEN

Humanitär motivierte »Beihilfe« zum illegalen Aufenthalt ist nach dem Aufenthaltsgesetz nicht strafbar, wenn der oder die Helfende hierfür keinen Vermögensvorteil erhält oder sich versprechen lässt (AufenthG § 96).



Der Gesetzgeber hat sich im Aufenthaltsgesetz also ausdrücklich entschieden, humanitäre Hilfe nicht unter die Strafbarkeitsvorschriften aufzunehmen. Ob die allgemeinen Beihilfevorschriften (§27 StGB) anzuwenden sind, ist derzeit noch ungeklärt. Es ist hilfreich, die Gemeinde als Schutzgeberin zu nutzen.

- Der Flyer kann bezogen werden bei der: Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V. Lindenstr. 85, 10969 Berlin Tel.: 030 / 25 89 88 91 Fax: 030 / 25 89 89 64 info@kirchenasyl.de www.kirchenasyl.de

DER HEILIGE PAULUS MIGRANT, »VÖLKER-APOSTEL«

ANSPRACHE VON PAPST BENEDIKT XVI.

Liebe Brüder und Schwestern,

in diesem Jahr hat die Botschaft zum Welttag des Migranten und Flüchtlings das Thema: »Der Heilige Paulus Migrant, »Völker-Apostel«, und sie ist inspiriert vom feierlichen Ereignis des Jubiläumsjahres, das ich zu Ehren des Apostels anlässlich des 2000. Jahrestages seiner Geburt ausgerufen habe. Die Verkündigung und das Werk der Vermittlung zwischen den verschiedenen Kulturen und dem Evangelium, für das sich Paulus, der ein »Migrant aus Berufung« war, einsetzte, sind in der Tat ein wichtiger Bezugspunkt auch für all jene Menschen, die von den gegenwärtigen Migrationsbewegungen betroffen sind.

Als Sohn einer jüdischen Familie, die nach Tarsus in Zilizien ausgewandert war, wurde Saulus in jüdischer und hellenistischer Sprache und Kultur erzogen, wobei auch der kulturelle Kontext Roms eine wichtige Rolle spielte.

Nachdem er auf dem Weg nach Damaskus Christus begegnet war (vgl. Gal 1,13-16), widmete er sich, obgleich er nie seine eigenen Traditionen verleugnete und dem Judentum sowie dem Gesetz stets Achtung und Dankbarkeit entgegenbrachte (vgl. Röm 9,1-5; 10,1; 2 Kor 11,22; Gal 1,13-14; Phil 3,3-6), ohne Zögern und voller Mut und Enthusiasmus seiner neuen Sendung, gemäß der Weisung des Herrn: »Brich auf, denn ich will dich in die Ferne zu den Heiden senden« (Apg 22,21). Sein Leben änderte sich dadurch grundlegend (vgl. Phil 3,7-11): Christus wurde zum eigentlichen Grund seines Daseins und zur Antriebskraft seines apostolischen Einsatzes im Dienst am Evangelium. Vom Verfolger der Christen wurde er zum Apostel Christi.

Geleitet vom Heiligen Geist, opferte er sich vorbehaltlos auf, um allen, ungeachtet ihrer Nationalität oder Kultur, das Evangelium zu verkünden, das »eine Kraft Gottes [ist], die jeden rettet, der glaubt, zuerst den Juden, aber ebenso den Griechen« (Röm 1,16). Auf seinen apostolischen Reisen verkündete er trotz aller Widerstände, auf die er stieß, zuerst das Evangelium in den Synagogen, wobei er seinen Landsleuten in der Diaspora besondere Aufmerksamkeit widmete (vgl. Apg 18,4-6). Wurde er von ihnen zurückgewiesen, wandte er sich den Heiden zu und wurde so zu einem wahren »Missionar der Migranten«, da er selbst ein Migrant und umherziehender Bote Gottes war, der jeden Menschen dazu einlud, im Sohn Gottes eine »neue Schöpfung« zu werden (2 Kor 5,17).

Die Verkündigung des Kerygma veranlasste ihn, die Meere des Nahen Ostens zu überqueren und auf den Straßen Europas entlang zu ziehen, bis er schließlich nach Rom gelangte. Er machte sich von Antiochien aus auf den Weg, wo er das Evangelium jenen Bevölkerungsgruppen verkündigte, die nicht dem Judentum angehörten, und wo die Jünger Jesu zum ersten Mal als »Christen« bezeichnet wurden (vgl. Apg 11,20.26). Sein Leben und seine Verkündigung waren vollkommen auf das Ziel ausgerichtet, dass Jesus von allen erkannt und geliebt werde, da alle Völker dazu berufen sind, in Ihm zu einem Volk zu werden.

Darin besteht auch in der gegenwärtigen Zeit, im Zeitalter der Globalisierung, der Sendungsauftrag der Kirche und eines jeden Getauften. Eine Sendung, bei der sich die aufmerksame pastorale Sorge auch auf die vielge-

staltige Welt der Migranten richtet – Studenten im Ausland, Immigranten, Flüchtlinge, Vertriebene und Evakuierte –, einschließlich all jener, die Opfer der modernen Formen der Sklaverei, wie etwa des Menschenhandels, sind. Auch heute muss die Botschaft vom Heil mit der gleichen inneren Haltung vermittelt werden, durch die sich der Völkerapostel auszeichnete, wobei die verschiedenen sozialen und kulturellen Situationen ebenso berücksichtigt werden müssen wie die besonderen Schwierigkeiten, mit denen einige Menschen aufgrund ihrer Situation als Migranten und Menschen unterwegs konfrontiert sind. Es ist mein Wunsch, dass jede christliche Gemeinschaft den gleichen apostolischen Eifer wie der hl. Paulus pflegen möge, der allen die heilbringende Liebe des Vaters verkündete (Röm 8,15-16; Gal 4,6), um »möglichst viele [für Christus] zu gewinnen« (1 Kor 9,19), wobei er »den Schwachen ein Schwacher ... und allen alles [geworden ist], um auf jeden Fall einige zu retten« (1 Kor 9,22). Sein Vorbild sporne auch uns dazu an, diesen unseren Brüdern und Schwestern unsere Solidarität zu zeigen und in allen Teilen der Welt und mit allen Mitteln das friedliche Miteinander der verschiedenen Ethnien, Kulturen und Religionen zu fördern.

Keine Schwierigkeit konnte ihn davon abhalten, sein mutiges Werk der Evangelisierung in kosmopolitischen Städten wie Rom und Korinth fortzusetzen, deren Bevölkerung zu jener Zeit wie ein Mosaik aus verschiedensten Ethnien und Kulturen zusammengesetzt war.

Wenn wir die Apostelgeschichte und die Briefe lesen, die Paulus an verschiedene Empfänger richtet, erkennen wir das Modell einer Kirche, die nieman-

den ausschließt, sondern die offen ist für alle und von Gläubigen aller Kulturen und Rassen gebildet wird: Jeder Getaufte ist nämlich lebendiges Glied des einen Leibes Christi. Unter diesem Gesichtspunkt erhält die brüderliche Solidarität, die konkreten Ausdruck findet in den täglichen Gesten des Teilens, der Anteilnahme und der freudigen Sorge um die Mitmenschen, eine einzigartige Bedeutung. Der hl. Paulus lehrt uns jedoch, dass es nicht möglich ist, diese Dimension gegenseitiger brüderlicher Annahme in die Tat umzusetzen, wenn wir nicht bereit sind zum Hören und zur Aufnahme des verkündeten und gelebten Wortes Gottes (vgl. 1 Thess 1,6). Dieses Wort ruft alle zur Nachfolge Christi (vgl. Eph 5,1-2) auf den Spuren des Apostels auf (vgl. 1 Kor 11,1). Je mehr also die Gemeinde mit Christus vereint ist, um so mehr wird sie sich der Sorgen ihrer Mitmenschen annehmen, wobei sie Verurteilungen, Verachtung und Anstoßerregendes zu vermeiden sucht und für die gegenseitige Annahme offen ist (vgl. Röm 14,1-3; 15,7). Die Gläubigen, die Christus gleichförmig werden, erkennen sich in Ihm als »Brüder«, als Kinder des einen Vaters (Röm 8,14-16; Gal 3,26; 4,6). Diese so wertvolle Brüderlichkeit macht sie bereit, »jederzeit Gastfreundschaft zu gewähren« (vgl. Röm 12,13), welche die Erstlingsfrucht der Agape ist (vgl. 1 Tim 3,2; 5,10; Tit 1,8; Phlm 17).

Auf diese Weise verwirklicht sich die Verheißung des Herrn: »Dann will ich euch aufnehmen und euer Vater sein, und ihr sollt meine Söhne und Töchter sein« (2 Kor 6,17-18). Wie könnten wir uns, erfüllt von diesem Bewusstsein, nicht um jene Menschen kümmern, die in schwierigen Notsituationen leben, wie etwa die Flüchtlinge und Vertriebenen? Wie könnten wir nicht den Bedürfnissen jener Menschen abhelfen, die schwach und schutzlos sind, in prekären und unsicheren Situationen leben und die an den Rand der Gesellschaft gedrängt oder völlig aus ihr ausgeschlossen werden? Gemäß den Worten eines bekannten Textes des hl. Paulus muss diesen Menschen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden: »Das Törichte in der Welt hat Gott erwählt, um die Weisen zu Schanden zu machen ... und das Niedrige in der Welt und das Verachtete hat Gott erwählt: das, was nichts ist, um das was etwas



Foto: © KNA

ist, zu vernichten, damit kein Mensch sich rühmen kann vor Gott« (1 Kor 1, 27-29).

Liebe Brüder und Schwestern, der Welttag des Migranten und Flüchtlings sei für alle ein Ansporn, ohne jegliche Unterschiede und Diskriminierungen die brüderliche Nächstenliebe in Fülle zu leben. Lassen wir uns dabei vom Bewusstsein tragen, dass all jene unsere Nächsten sind, die unsere Hilfe brauchen und denen wir helfen können (vgl. Deus caritas est, 15). Die Lehre und das Beispiel des hl. Paulus, jenes großen und demütigen Apostels und Migranten, der so vielen Völkern und Kulturen das Evangelium verkündete, mögen uns erkennen lassen, dass die praktizierte Nächstenliebe der Höhepunkt und die Zusammenfassung des gesamten christlichen Lebens ist. Das Gebot der Liebe – und dies wissen wir nur allzu gut – wird dann erfüllt, wenn die Jünger Christi gemeinsam am Tisch der Eucharistie teilhaben, die das Sakrament der Brüderlichkeit und der Liebe schlechthin ist. Und so wie Jesus uns im Abendmahlssaal neben dem Geschenk der Eucharistie auch das neue Gebot

der brüderlichen Nächstenliebe gab, so sollen auch seine »Freunde« auf den Spuren Christi, der zum »Diener« der Menschen wurde, und geleitet von seiner Gnade, ganz einander dienen und sich umeinander kümmern, so wie es uns der hl. Paulus selbst empfohlen hat: »Einer trage des anderen Last; so werdet ihr das Gebot Christi erfüllen« (Gal 6,2). Nur so wird die Liebe unter den Gläubigen und zu allen anderen Menschen wachsen (vgl. 1 Thess 3,12). Während ich den göttlichen Beistand auf all jene, die den Migranten zur Seite stehen, sowie auf die gesamte Welt der Migration herabrufe, versichere ich einen jeden meines ständigen Gedenkens im Gebet und erteile von Herzen meinen Apostolischen Segen.

BENEDICTUS PP. XVI
Zum 95. Welttag des Migranten
und Flüchtlings 2009

DIE GLOBALE APARTHEID UND DAS NEUE JERUSALEM

PREDIGT

Pfarrer Andreas Lipsch

Gott kommt, liebe Gemeinde. Gottes verschwenderische Liebe wird sich durchsetzen. Himmel und Erde werden verwandelt. Und alles wird hineingezogen in diese Verwandlung: Wir, mit Leib und Seele; alle Kreaturen; die ganze Erde und sogar der Himmel. Die Mächte und Gewalten, die schicksalhaft und unbesiegtbar scheinen, werden entmachtet. Alle menschliche Herrschaft wird gebrochen. Und die Opfer der Geschichte werden ins Recht gesetzt.

Das ist die große Vision im letzten Buch der Bibel, der Offenbarung des Johannes. Und das ist von Anfang an die hoffnungsvolle Botschaft Jesu in einer hoffnungsarmen und visionslosen Welt: *Das Reich Gottes ist nahe herbeigekommen.*

Es gibt ein schönes Bild, das diese Hoffnung ausmalt: In besagtem letzten Buch der Bibel träumt der Seher Johannes auf der griechischen Insel Patmos von einer Stadt, die allen Menschen ein Leben in Genüge einräumt. Eine neue Stadt, ein erneuertes Jerusalem mit zwölf Toren, die vor Zuwanderern nicht verriegelt sind, sondern weit offen stehen. Und im Zentrum dieser Stadt ein Gott, der nicht herrscht, sondern tröstet, nahe bei den Menschen, so nah, dass er selbst ihre Tränen abwischt.

In der Mitte einer befriedeten Stadt zu wohnen, inmitten getrösteten und geheilten Lebens: Das ist die Mission Gottes. Und die Kirche Jesu Christi ist von der Hoffnung getragen, an dieser »missio dei« teilzuhaben. Darum nährt sie sich von den biblischen Sehnsuchtsbildern. So nötig wie das tägliche Brot



Foto: © epd-bild

brauchen wir die Vision einer Gesellschaft, aus der niemand ausgeschlossen ist, wo alle satt werden und »genug haben«, was übrigens die wörtliche Übersetzung des hebräischen Wortes Shalom ist.

Von wegen »Ende der Utopie«! Wir brauchen die Utopie, die Bilder von Noch-nicht-Orten, wo Ungerechtigkeit, Friedlosigkeit und Umweltzerstörung ausgeräumt sind. Wir brauchen sie nicht als billigen Trost, nicht als Vertröstung auf ein Jenseits, sondern als kritischen Horizont des Diesseits. Die himmlische Stadt gibt den Blick frei auf die irdischen Städte und Dörfer und Gesellschaften. Und was sehen wir da?

Lassen Sie mich ein paar Eindrücke aus einer Stadt schildern, die Sie auf den ersten Blick vielleicht gar nicht unter dem Begriff Stadt verbuchen würden: der sogenannten »Airport City«, altdeutsch: Frankfurter Flughafen. Fast jede/r kennt ihn und viele verbinden mit diesem Ort Urlaub, weite Welt und grenzenlose Mobilität. Mir jedenfalls

fällt es schwer, mich der Faszination dieses Ortes zu entziehen. Wenn ich nach dem Einchecken noch ein wenig in der imposanten Halle des Terminal II sitze, zieht buchstäblich die Welt an mir vorbei: Schwer gepackte Familien, die ich nach Bombay oder Nairobi fantasie, die einen gerade gelandet, andere kurz vor dem Abheben. Ein junger Mann mit verpacktem Surfboard macht mich etwas neidisch, weil ich an den Strand mit Palmen denken muss, an dem er in spätestens 12 Stunden liegen wird. Dazwischen immer wieder Männer mit grauen Anzügen und Frauen in grauen Kostümen, die nur einen kleinen Rolli benötigen, weil sie noch heute, spätestens aber in ein, zwei Tagen wieder hier sein werden: Globale Nomaden, die im Flieger so selbstverständlich arbeiten, als sei es ihr Büro. Die Anzeigentafel registriert »Arrivals« und »Departures« im 20-Sekunden-Takt.

Natürlich könnte man das alles auch globalisierungskritisch betrachten und

fragen, was denn so viel Mobilität mit unseren Leben macht. Aber dazu hat man und frau in den weichen, breiten Ledersesseln und vor lauter Freude, selbst bald woanders zu sein, einfach keine Lust. Es ist verlockend, selbst zu dieser globalen, mobilen und multi-kulturellen community zu gehören, in der die einen kommen, andere gehen, und wo sich scheinbar alle bewegen dürfen, wie und wohin sie wollen. Die Werbebroschüre des Flughafenbetreibers bringt es auf den Punkt: Airport-City – das »Tor zur Welt«. Schöne Aus-sichten.

Etwas ganz anderes sieht, wer durch eine unscheinbare Tür in einer Ecke dieses lichtdurchfluteten Terminals geht und die sogenannte Rückführungsstelle der Bundespolizei betritt. Von hier aus werden Abschiebungen organisiert und durchgeführt. Mehr als die Hälfte der knapp 4.500 Abschiebungen im vergangenen Jahr erfolgten von Frankfurt aus, also durchschnittlich gut 12 am Tag. Um Aufsehen zu vermeiden, werden die sogenannten deportees nicht durch den Terminal gebracht, sondern von den Transportkommandos durch das Tor 2 der Airport-City direkt in der Rückführungsstelle angeliefert. Und da sitzen sie nun zwischen ihren oft schäbigen Koffern, manchmal auch inmitten blauer Mülltüten, in die sie am frühen Morgen noch schnell ihre Habseligkeiten geworfen haben. Hier enden Träume von einem besseren Leben, nicht selten nach 10 oder 15 Jahren in Deutschland. Die einen scheinen es fast teilnahmslos hinzunehmen, manche wehren sich, viele weinen, Kinder, Frauen, Männer. Hier gibt es nur noch Departures. Das »Tor zur Welt« – hinter den deportees fällt es ins Schloss.

Eine unscheinbare graue Tür trennt in dieser modernen City die »Abschiebereifen« (wie sie im Amtsdeutsch manchmal und verächtlich genannt werden) von den adrett gekleideten globalen Nomaden.

Dieser Ort ist für mich zum Sinnbild für eine zunehmend gespaltene Welt geworden. Jan Pronk, ehemals niederländischer Minister und heute Präsident der »Gesellschaft für Internationale Entwicklung« in Rom, nennt es »Globale Apartheid«. Die einen dürfen und sollen weltweit mobil sein, auf der Suche nach dem Traumstrand oder

dem günstigsten Wirtschaftsstandort. Die anderen – und das ist weltweit die große Mehrheit – können und dürfen ihrer Misere nicht entfliehen. Und die tatsächlich versuchen, woanders ein besseres Leben zu finden, werden in aller (Nichtbleiberechts-)Regel wieder in ihre »Homelands« abgeschoben. Bei der Apartheid in Südafrika war es die Hautfarbe, an der entlang die Gesellschaft entmischt wurde. Für die Globale Apartheid zählt allein das Kriterium der Nützlichkeit. Längst aber sind nicht mehr alle nützlich. Wenn ich zynisch wäre, würde ich sagen: »Das waren noch Zeiten, als die Armen ausgebeutet wurden. Da wurden sie wenigstens gebraucht.« Heute werden mehr Menschen *ausgeschlossen* als ausgebeutet. Sie sind schlicht überflüssig, jedenfalls aus der Perspektive der globalen Ökonomie. Sie werden nicht gebraucht, weder ihre Arbeitskraft noch ihre Kaufkraft.

Die Spaltung der Welt, die Jan Pronk mit Blick auf die Entwicklungsländer beschreibt, lässt sich immer deutlicher auch hier beobachten, mitten in dieser Gesellschaft – und nicht nur in der Airport-City. Um die »gated communities«, die gut bewachten Viertel, wo die Gewinner wohnen, wachsen die abgehängten Stadtteile der Verlierer. Die produktiven Eliten lassen sich an akkurat gedeckten Tischen nur das Beste servieren, während sich die »Überflüssigen« an Tafeln abholen dürfen, was – wie sie selbst – nicht mehr gebraucht wird. Schärfer als alle anderen aber spüren die den Schnitt zwischen »Nütz« und »Unnütz«, die am schwächsten sind, die sich nicht mal Bürger nennen dürfen: Migrantinnen und Migranten ohne festen Aufenthaltsstatus, lediglich »Geduldete«.

Jahrelang haben beide Kirchen darauf hingewiesen, dass diese Menschen verlässliche Lebensperspektiven brauchen



Flüchtling am Frankfurter Flughafen.

Foto: © epd-bild

und darum eine Bleiberechtsregelung für sie gefordert. Gekommen ist eine Arbeitnehmerregelung: Wer uns ökonomisch nützlich werden könnte, soll bleiben dürfen, alle anderen sollen raus. Auch die aktuellen Debatten über das zukünftige Einwanderungsland Deutschland und den Einwanderungskontinent Europa folgen fast ausschließlich diesem Kriterium. Nach den besten Köpfen soll in Zukunft verstärkt gejagt werden. Alle anderen werden möglichst schon an Europas Außengrenzen verjagt. Und ertrinken zu Tausenden im Meer.

Was können wir tun in dieser gespaltenen Gesellschaft? Was sollen wir tun als Christenmenschen und als Kirche Jesu Christi?

Jesus hat auf diese Frage mit drei kurzen Imperativen geantwortet:

Der erste: **Predigt und spricht: Das Himmelreich ist nahe herbeigekommen.** Ich übersetze mir das so: Nehmt die biblischen Utopien ernst und beim Wort. Erzählt von jener anderen Stadt, in der alle einen festen Aufenthalt, Wohnung und Genüge haben. Und stellt sie den trostlosen Bildern von den eingezäunten Inseln der Wohlhabenden entgegen. Gerade als Christen seid ihr der Welt nicht nur die guten Taten, sondern auch die Träume schuldig. Lasst



Flüchtling am Frankfurter Flughafen.
Foto: © epd-bild

euch bloß nicht einreden, damit könne man keine Politik machen. Bisher ist nur unter Beweis gestellt worden, dass man mit dem Selektionsprinzip ökonomischer Nützlichkeit keine Politik machen kann, jedenfalls nicht für die Mehrheit der Menschen.

Der zweite Imperativ Jesu: **Macht Kranke gesund, weckt Tote auf, macht Aussätzige rein.** Auch das übersetze ich mal in unsere Situation: Verschafft traumatisierten Menschen eine dauerhafte Lebensperspektive in Sicherheit, ohne die sie nicht gesund werden können. Weckt die wieder auf, die sich schon aufgegeben haben, weil sie sich nach 15 oder 20 Jahren der Duldung nur noch als Objekte einer menschenfeindlichen Ausländerpolitik betrachten können. Macht sie wieder zu Subjekten ihres Lebens. Und rückt die vermeintlich Überflüssigen in die Mitte, ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Genau da gehören sie in der Kirche Jesu Christi nämlich hin. Und manchmal gelingt ja dank mitleidenschaftlicher Solidarität ein kleines Wunder, und die eine oder der andere bekommt tatsächlich eine Aufenthaltserlaubnis.

Trotzdem: Noch in der Freude darüber bleibt die eigene Ohnmacht spürbar. Denn die große Mehrheit bleibt weiter draußen: die Geduldeten außerhalb eines Bleiberechts, und die Mehrheit der Weltbevölkerung außerhalb eines menschenwürdigen Lebens. Der Geist der Globalen Apartheid scheint von unserer mitleidenschaftlichen Solidarität ziemlich ungerührt. Darum ist mir der dritte Imperativ Jesu so wichtig, der gewöhnlich unterschlagen wird, weil er ein bisschen antiquiert und nach Exorzismus klingt:

Treibt böse Geister aus!

Diese bösen Geister haben bekanntlich unterschiedliche Namen, aber der größte unter ihnen nennt sich heute »Sicherheit«. Im Namen der Sicherheit schützen wir uns vor Armen und Flüchtlingen. Plausibel? Nein! Wir wissen, dass die wirklich Armen gar nicht die Möglichkeiten haben aufzubrechen. Wir wissen, dass nur eine Minderheit der weltweiten Flüchtigen den Weg nach Europa sucht, die meisten bleiben in ihrem Nachbarland. Trotzdem mauern wir uns im Namen der Sicherheit ein und überlassen die da draußen sich selbst. Und es ist nicht unwahrschein-

lich, dass gerade dieser kollektive Sicherheitswahn in Zukunft die Bedrohungen herbeiführen wird, vor denen er sich heute meint schützen zu müssen.

Wer diesen bösen Geist austreiben will, braucht Mut, keine Frage. Zumal auch wir selbst – mehr oder weniger – von ihm besessen sind. In die so genannte europäische Sicherheitsarchitektur ist längst auch unser eigenes Lebenshaus eingezeichnet, mit allem Hab und Gut. Wer sich auf den Weg Jesu machen will, wird es verlassen müssen. Um die falsche Sicherheit ist es nicht schade. Ich vermute aber, dass wir auch einige lieb gewonnene Privilegien zurück lassen müssen, um sie von nun an mit anderen zu teilen.

Ein hoher Einsatz? Vielleicht. Vielleicht aber auch ein wunderbarer Tausch, wenn wir dort draußen diese alternative Barmherzigkeits-Architektur Gottes entdecken, in der für alle eine Wohnung und ein menschenwürdiges Leben vorgesehen ist. Ein wunderbarer Tausch, wenn auch wir dann sagen könnten:

Ich sehe einen neuen Himmel und eine neue Erde; denn der erste Himmel und die erste Erde sind vergangen, und das Meer ist nicht mehr. Und ich sehe eine heilige Stadt, das neue Jerusalem, von Gott aus dem Himmel herabgekommen ... Ihre Tore werden nicht verschlossen am Tage; denn da wird keine Nacht sein ... Und Gott wird abwischen alle Tränen ... (Offenbarung des Johannes, 21)

Es würde den Einsatz lohnen, wenn wir unserem Glauben glauben.

■ Kontakt: Pfarrer Andreas Lipsch
Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche und des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau
Ederstr. 12, 60486 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 794 72 26
andreas.lipsch@dwhn.de
Andreas Lipsch ist stellvertretender Vorsitzender des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses.

LEBEN IST AUFBRUCH

Im diesem Jahr werden 2.500 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus dem Irak in der Bundesrepublik Deutschland Aufnahme finden; darunter sind zahlreiche chaldäische Christen. In vielen Gemeinden werden Begrüßungsgottesdienste stattfinden. Am 15. März 2009 wurde im Bistum Essen die Errichtung der chaldäisch-katholischen Gemeinde »Apostel Mar Addai und Mar Mari« gefeiert. Die chaldäische Gemeinde hat die vom Bistum aufgegebene Kirche St. Albertus Magnus in Essen-Katernberg übernommen.

Wir dokumentieren die beim Pontifikalamt gehaltene Predigt von Weihbischof Franz Vorrath.

Weihbischof Franz Vorrath

Liebe Schwestern und Brüder!

»Leben ist Aufbruch«, so haben wir zu Beginn unseres Gottesdienstes gemeinsam mit dem Chor CANTATE gesungen. »Leben ist Aufbruch«, dieser Satz kann ganz unterschiedliche Gefühle und Erinnerungen wachrufen.

Viele Menschen, die hier in Deutschland geboren sind und leben, denken bei dem Wort »aufbrechen« an Urlaub oder Ausflüge. Sie freuen sich, wenn sie für ein paar Stunden, Tage oder Wochen die gewohnte, immer gleiche Umgebung verlassen und etwas Neues erleben können. Aufbrechen ist für sie etwas Positives – auch deshalb, weil man nach kurzer Zeit wieder zu Hause sein wird.

Doch nicht jeder Aufbruch geschieht freiwillig. Viele Menschen müssen in eine andere Stadt ziehen, weil sie nur dort einen Arbeitsplatz finden. In den letzten Jahren ist auch die Zahl derer gewachsen, die aus Deutschland auswandern, weil sie anderswo bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt sehen. Ungleich dramatischer ist die Situation in vielen anderen Regionen und Ländern. Nach Angaben der Vereinten Na-



Gründung einer chaldäisch-katholischen Gemeinde in Essen am 15. März 2009. Foto: N. Cronauge

tionen sind weltweit etwa 32 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Gewalt oder schweren Verletzungen der Menschenrechte.

Aufbrechen, das ist für viele Menschen gleichbedeutend mit dem erzwungenen Abschied von ihrer Heimat, mit der Trennung von der Familie, mit dem Verlust all dessen, was man über Jahre oder sogar Generationen aufgebaut hat. Aufbrechen, dieses Wort erinnert viele Menschen an das Leid, das sie erfahren haben, an Angst und Unsicherheit während der Flucht oder Auswanderung, an die Schwierigkeiten, sich in einer neuen Umgebung mit einer fremden Sprache und einer anderen Kultur zurecht zu finden und eine neue Existenz aufzubauen.

Liebe Schwestern und Brüder aus der chaldäischen Gemeinde,

in Ihrem Leben hat das Wort Aufbrechen diese letzte Bedeutung eines erzwungenen Abschieds angenommen. Sie tragen die Erfahrung einer bedrohten Existenz und Bilder von zerstörten Häusern und Kirchen in Ihren Herzen. Sie erinnern uns daran, dass auf der Liste der Länder, aus denen Menschen fliehen müssen, weil ihr Leben bedroht ist, heute der Irak an erster Stelle steht. Nicht erst seit dem Sturz von Saddam Hussein, sondern schon in den ersten beiden Golfkriegen und der nachfol-

genden Zeit der UN-Sanktionen, also seit fast 30 Jahren leidet das irakische Volk. Zu diesem Leiden haben diktatorische Regierungen, die Zerrüttung gesellschaftlicher Ordnung sowie militärische und politische Konflikte zusammen mit den sozialen Problemen, die daraus entstanden sind, beigetragen.

Gleichzeitig gehört das Zweistromland zu den historisch und kulturell wertvollsten Regionen der Menschheit. Dies nicht zuletzt deshalb, weil hier wenige Jahre nach dem Tod Jesu durch die Verkündigung des Apostels Thomas die erste christliche Gemeinde des Orients entstanden ist.

Seine Schüler, die heiligen Märtyrer Addai und Mari, haben eine für die gesamte Christenheit bedeutende kirchliche Tradition begründet, die sich auch dadurch auszeichnet, dass sie nach der Entstehung und Verbreitung des Islam erhalten blieb.

Jahrhunderte lang haben Christen und Muslime gemeinsam im Irak gelebt. Jahrhunderte lang gab es keinen Zweifel daran, dass das Christentum zur Tradition und Kultur des Irak gehört und dass die Christen sich als loyale Bürger gemeinsam mit sunnitischen und schiitischen Muslimen für ihr Heimatland und das Wohl des gesamten irakischen Volkes engagieren.

Es gehört mit zur Tragik der jüngeren Geschichte des Zweistromlandes, dass den Christen heute im Konflikt der verschiedenen Gruppierungen das Heimatrecht im Irak streitig gemacht wird. Während die Christen Anfang des 20. Jahrhunderts noch ein Viertel der irakischen Bevölkerung ausmachten, lag ihr Anteil am Ende des ersten Golfkriegs nur noch bei etwa fünf Prozent.

Nach dem militärischen Sturz des diktatorischen Regimes unter Saddam Hussein ist die Kirche im Irak heute den Angriffen, Bedrohungen und Einschüchterungen islamistischer Terroristen und Extremisten beinahe schutzlos ausgeliefert. Sie ist zu einer kleinen Minderheit geworden, deren Fortbestand ernsthaft bedroht ist.

Der erzwungene Aufbruch der Christen aus dem Irak gleicht dem Exodus einer ganzen Bevölkerungsgruppe. Wenn dieser Exodus nicht aufgehalten werden kann, ist das Ende der christlichen Präsenz im Irak und damit die Auslöschung eines Teils der irakischen Geschichte und Kultur zu befürchten.

Liebe Mitchristen!

»Leben ist Aufbruch«, dieser Titel des Liedes, das wir zu Beginn unserer Messfeier gesungen haben, hat uns zunächst hineingeführt in eine der großen Herausforderungen unserer Tage, in die Realität von Krieg und Gewalt, Vertreibung und Flucht, Migration und Aufnahme.

Das moderne Kirchenlied will uns jedoch auch eine Perspektive aufzeigen, wie wir als Christen auf der Grundlage unseres Glaubens mit diesen Herausforderungen umgehen können. Es spricht vom Aufbruch in Gottes Zeit, vom Aufbruch in die Zukunft, die Gott uns verheißen hat. Damit greift es die Botschaft vom Reich Gottes auf, einem Reich der Gerechtigkeit und des Friedens, das Jesus Christus in Wort und Tat verkündet und vorgelebt hat.

Dieses Reich, diese göttliche Zeit, ist keine Utopie. Dieses Reich, diese Zeit hat in Jesus Christus bereits seinen Anfang genommen. Denn in ihm ist Gott selbst aufgebrochen zu uns Menschen. Er hat sich auf den Weg gemacht in unsere Welt.



Weibbischof Franz Vorrath bei der Gründung einer chaldäisch-katholischen Gemeinde in Essen am 15. März 2009. Foto: Nicole Cronauge

In Jesus Christus zeigt sich Gott als ein Gott der Barmherzigkeit und der Liebe, nicht des Zorns und der Vernichtung. Er hat seinen Sohn in die Welt gesandt, damit alle Menschen das Leben in Fülle haben. Er ist ein Gott, der die ganze Schöpfung erlösen will, der sein Heil allen Menschen und allen Völkern anbietet.

Damit führt Jesus Christus uns hinaus aus dem engen Denken, das Völker und Länder, Kulturen und Religionen aufteilt in gut und böse. Er erinnert uns daran, dass er der Schöpfer der ganzen Welt und der ganzen Menschheitsfamilie ist, dass er jeden Menschen als sein Ebenbild erschaffen und ihm Würde verliehen hat.

Er leitet uns an, durch die Vielfalt von Sprachen und Völkern, Kulturen und Riten innerhalb der Kirche deutlich zu machen, dass diese Vielfalt keine Bedrohung, sondern Reichtum bedeutet. Er ermutigt uns, den Dialog und die Begegnung mit anderen Kulturen und Religionen zu suchen, und so – wenn auch unvollkommen – deutlich zu machen, dass die Menschheit in Christus zur endgültigen Einheit berufen ist und diese Einheit immer mehr anstreben soll (vgl. vatikanische Instruktion *Erga migrantes 30*).

In diesem Sinne ist es unsere Aufgabe, in der Kirche Zeichen und Werkzeug zu sein für eine Welt, die nicht der Unheilsprophezeiung vom Kampf der Kulturen folgt, sondern den Plan Got-

tes mit seiner guten Schöpfung zu verwirklichen sucht.

Zweifellos ist das ein anspruchsvolles Programm und eine große Herausforderung. Inspirierend und motivierend sind wir als Kirche in unserer heutigen Welt jedoch nur dann, wenn wir uns ganz konkret und aktiv einsetzen für ein gelingendes Zusammenleben der verschiedenen Völker, Kulturen und Religionen hier in Deutschland und weltweit.

Ich bin daher sehr froh darüber, dass es durch das Zusammenwirken vieler verschiedener Stellen in der Weltkirche, in unserem Bistum und in der Pfarrei St. Nikolaus möglich wurde, hier in der St. Albertus-Magnus-Kirche die chaldäisch-katholische Gemeinde Mar Addai und Mar Mari zu gründen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben, und wünsche der neuen Gemeinde mit ihrem Pastor Dr. Sami Danka Gottes Segen.

Liebe Schwestern und Brüder,

wir dürfen nicht müde werden, uns stark zu machen für eine Kultur der Aufnahme und eine Integration in Würde. Wir müssen uns einsetzen für die grundlegende Werte der Gastfreundschaft, der Solidarität und der Bereitschaft zum Teilen.

Ich bin daher sehr dankbar dafür, dass es im Blick auf die Flüchtlinge aus dem

Irak, die in den nächsten Tagen und Wochen nach Deutschland kommen werden, eine große Welle der Hilfsbereitschaft und Unterstützung gibt. Es ist ein sehr ermutigendes Zeichen, dass staatliche Stelle, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Kommunen, kirchliche Einrichtungen und Pfarrgemeinden hier zusammenarbeiten und dass dabei auch die chaldäisch-katholischen Gemeinden mitwirken.

Wer die Situation der mehr als zwei Millionen Flüchtlinge in Syrien und Jordanien kennt, der weiß, dass unter ihnen viele sind, die aufgrund ihrer äußeren und inneren Verletzungen, aufgrund des Verlustes ihrer Familie oder

massiver religiöser Verfolgung nicht mehr in den Irak zurückkehren können. Daher ist es richtig, diesen Flüchtlingen auch in Europa eine neue Heimat zu bieten.

Zur Solidarität mit den irakischen Flüchtlingen und insbesondere mit den Christen gehört es aber auch, Rückkehrperspektiven in den Irak zu schaffen, den Binnenflüchtlingen bei dem Aufbau einer neuen Existenz zu helfen und darauf hinzuwirken, dass die religiösen Minderheiten wirksam geschützt werden. Der Irak braucht dringend ein Hilfsprogramm, das den Flüchtlingen eine neue Perspektive in ihrem Heimatland eröffnet.

Liebe Schwestern und Brüder,

lassen Sie mich zum Schluss noch einmal aus unserem Eingangslied zitieren: »Es ist Zeit, den Mantel zu teilen, mit Worten liebevoll zu heilen. Es ist Zeit, die Würde, den Reichtum des andern zu schätzen, Schritte von Geben und Nehmen zu setzen.« In diesem Sinne ist das Aufbrechen eine Grundtugend der Christen. Wir glauben daran, dass Gott uns auch heute ruft und ermutigt, Grenzen und Mauern zu überschreiten, eingefahrenes Denken und vertraute Sicherheiten hinter uns zu lassen und uns immer neu auf ihn und seine Verheißung auszurichten.

ÖKUMENISCHES FRIEDENSGETET 2009

Jesus Christus,
überall sehe ich zerstörte Gebäude,
gebrochene Menschen, aufgegebene Traditionen,
gebrochene Herzen und zerstörte Beziehungen.
Diese Zerbrochenheiten zeigen
die Gewalt und Brutalität des Krieges.

Jesus Christus,
überall sehe ich verlassene Felder und Häuser,
auf der Flucht auseinander gerissene Familien,
Menschen ohne Heimat und Hoffnung.

Aber Dein zerbrochener Leib in der Eucharistiefeyer
bewirkt Versöhnung, Verzeihung, Hoffnung
und den inneren Frieden der Geschlagenen.
Deine Liebe kann zerstörten Menschen
Einheit, Frieden und neue Hoffnung bringen.

Wir beten für unsere Brüder und Schwestern,
die auf der Suche nach Frieden und Befreiung
gestorben sind.
Die meisten von ihnen haben Angehörige verloren.
Wir beten für sie und stehen ihnen in ihrer Trauer bei.
Wir wollen die Haltung der Gleichgültigkeit ablegen,
wir wollen uns umeinander kümmern
und für alle Menschen da sein.

Wir beten für unsere Brüder und Schwestern,
deren einzige Hoffnung auf Leben in der Flucht lag.
Wir beten für sie, dass sie Kraft und Hoffnung
auf Rückkehr in die Heimat haben,
um eine Gemeinschaft in Frieden aufzubauen.

Wir beten für die verwundeten Kämpfer
und Nichtkämpfer um Frieden und Versöhnung.
Wir beten für sie, dass ihre im Krieg
erlittenen Verletzungen und ihr Blut nicht weiter
Zwietracht und Krieg säen, sondern den Menschen
Frieden und Einheit bringen.

Wir erbitten den Segen Gottes für alle Menschen,
die anderen in Dunkelheit und Not
beistehen und Hoffnung schenken.
Wir danken Gott für diese Menschen,
die in schweren Zeiten Schwester und Bruder sind.

Sie haben gehandelt wie die Gerechten der Welt,
denen Jesus sagt: »Denn ich war hungrig, und
ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig,
und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd
und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen;
ich war nackt, und ihr habt mir Kleidung gegeben;
ich war krank, und ihr habt mich besucht;
ich war im Gefängnis, und ihr seid zu mir gekommen.«
(Mt 25,35-36)

Wir wollen uns mit allen Menschen guten Willens
und mit Gottes Hilfe um Frieden und Versöhnung
bemühen, »um allen zu leuchten, die in Finsternis
sitzen und im Schatten des Todes, und unsre Schritte
zu lenken auf den Weg des Friedens.« (Lk 1,79)
Amen.

(aus: Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz Nr. 229 –
nach einem Weihnachtsgruß von Bischof Akio Johnson Mutek,
Bischof der Diözese Torit, Sudan)

ZUR BESINNUNG – KYRIE

Jenseits aller Unterschiede von Herkunft, Geschlecht, sozialer Schicht und kultureller Verschiedenheit hat Gott alle Menschen zum Mitwirken und zur Teilhabe an seiner guten Schöpfung berufen.

Hören wir hierzu einige Meinungen, die uns veranlassen, über eine Verbesserung der Teilhabe von Zugewanderten in unserem Land nachzudenken:

A Ich lebe seit 15 Jahren als Flüchtling in Deutschland. Meine halbwüchsigen Kinder dürfen hier bleiben in Deutschland, wenn eine deutsche Familie die Lebenskosten für sie übernimmt und wir Eltern das Land verlassen. Wir fragen, welche Eltern tun das?

B Ich suche eine Wohnung. Warum sind die Angebote schon vergeben, wenn ich meinen Namen sage?

C Wir gründen einen Sportverein. Warum unterstellt uns eine Zeitung, dass wir uns nur abgrenzen wollen? Warum fragt sie uns nicht nach unseren Gründen?

D Ich habe einen Beruf und eine Familie. Ich bin Nachbar und bin im Sportverein. Warum werde ich in erster Linie auf meine islamische Religionszugehörigkeit reduziert?

E Warum wird mein Glaube als »vormodern« bezeichnet, obwohl wir nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland leben und sie befolgen? Das macht mich traurig.

F Ich stehe mit meiner Frau an der Kasse. Meine Frau ist blond und hat tiefblaue Augen. Wir sind beide in Deutschland geboren. Wir hören, wie zwei Frauen hinter uns tuscheln: »Wie kann sie bloß mit einem Türken zusammen sein?«

G Warum wird meine Religion immer wieder mit Terrorismus in Verbindung gebracht? Ich bin traurig darüber.

Wir nehmen diese Erfahrungen in unser Gebet auf und rufen zum Herrn:



Die Motive »Farbkasten« – und »Aquarell« – erarbeitet von Maxi, Sevdla Dumanjic und Larissa Hauger an der Freien Hochschule für Grafik-Design und Bildende Kunst Freiburg e.V. – sind als Postkarte (vierfarbig, siehe Rückseite) erhältlich. Sie wurden im Rahmen des Plakatwettbewerbs zur Interkulturellen Woche 2009 ausgezeichnet.

Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 € zzgl. Versandkosten.

Bestellmöglichkeit auf Seite 64.

1. Wir bekennen, dass sich in unserem Land immer wieder verschiedene Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zeigen. Deshalb rufen wir zum Herrn:

Kyrie eleison (gesungen)

2. Wir bekennen, dass deutschsprachige und fremdsprachige Gemeinden noch immer zu wenig voneinander Kenntnis nehmen und oft nur nebeneinanderher leben. Deshalb rufen wir zum Herrn:

Christe eleison (gesungen)

3. Wir bekennen, dass wir diese befreiende Botschaft von der Einheit aller Menschen zu wenig ernst genommen haben und oft zu selbstgerecht nur an uns selber denken. Deshalb rufen wir zum Herrn:

Kyrie eleison (gesungen)

Herr, du hast uns alle in der hl. Taufe zu deinem Volk gemacht. Wir sollen als Kirche ein Zeichen für die Einheit der Menschen untereinander und mit dir sein. Nimm alles aus unserer Mitte, was uns trennt. Gib uns deinen Geist, der uns in den anderen Menschen Schwestern und Brüder erkennen und lieben lässt. Amen.

(aus einem ökumenischen Gottesdienst in der evangelischen Kirchengemeinde Wald, Solingen)

Fremde bringen Frucht

Eingegliedert wird Josef durch dich, Asenat, in sein neues Volk.

Eingepflanzt wird Josef durch dich, Asenat, in sein neues Land.

Eingewurzelt wird Josef durch dich, Asenat, in seine neue Heimat.

Könnten wir tun, was Asenat tat: eingliedern, einpflanzen, einwurzeln.

Könnten wir tun, was Asenat tat: Heimat schenken den Fremden.

Es würde sein, was durch Josef war: Fremde bringen Frucht.

zu Asenat - Gen 41,44-52

Aus: Marie-Luise Langwald, Frauen-gestalten; Begegnung mit Frauen des Alten Testaments. Patris Verlag 1992, S. 34f

FÜRBITTEN

■ Guter Gott, wir wenden uns zu dir mit unseren Bitten, weil wir darauf vertrauen, dass du auf uns und unsere Sorgen hörst.

■ Wir bitten dich für die Menschen, die Opfer sind von Unrecht und Gewalt in den Krisengebieten der Welt:

Lass das Leid keines einzigen Menschen vergessen sein. Stärke die Menschen, die für Gerechtigkeit und Frieden kämpfen.

■ Wir bitten für die Menschen, die unterwegs sind nach Europa, die aus der Not fliehen und ihr Leben windigen Schlepfern anvertrauen müssen, die ihr Leben in Gefahr bringen in offenen Booten im Mittelmeer:

Schütze sie auf ihren Wegen und lass uns menschliche Wege finden, ihnen zu helfen.

■ Wir bitten für die Menschen, die schon jahrelang unter uns leben und schon jahrelang mit der Angst vor der Abschiebung unter uns leben – Kinder in unseren Schulen, Väter und Mütter in unseren Betrieben und in unserer Nachbarschaft:

Hilf ihnen und uns, Wege aus der Angst zu finden, Wege, die uns gemeinsam hier Heimstatt und Heimat erleben lassen.

■ Wir bitten dich für die Menschen in unserem Land, die Angst haben, etwas zu verlieren, wenn Fremde zu uns kommen:

Lass uns alle erfahren, dass wir gewinnen, wenn wir mit Menschen in Not teilen.

■ Wir bitten dich für unsere Stadt, dass hier Begegnung geschieht, dass in unserer Mitte aus Fremden Freunde werden und dass Verfolgte geschützt werden:

Lass uns zu einer lebendigen Gemeinschaft werden, die offen ist auch für alle, die anders sind.

Vater im Himmel, mit diesen Bitten und den vielen ungenannten persönlichen Wünschen und Anliegen wenden wir uns an dich. Erhöre uns und schenke uns den Glauben an deine Güte und Barmherzigkeit. Denn ohne dich sind wir nichts, mit dir und deinem Beistand werden wir alles meistern können. Dir sei Lob und Verherrlichung in alle Ewigkeit. Amen.

(aus: Ökumenischer Gottesdienst zum Tag des Flüchtlings, Nikolaikirche Osnabrück)

■ Menschen unterschiedlichster Herkunft, Sprachen und Kulturen leben in unserem Land. Für diesen Reichtum können wir dankbar sein und phantasievoll das Zusammenleben miteinander gestalten. Dabei stoßen wir aber immer wieder an Grenzen, die wir nicht aus eigener Kraft überwinden können. Darum bitten wir Gott um seinen Beistand.

■ Herr, öffne die Ohren und die Herzen der Christen und der Kirchen, damit sie den Schrei der Armen und Unterdrückten

in der Welt hören und für deren Rechte und Menschenwürde eintreten.

Gott, unser Vater *Alle:* Wir bitten dich, erhöre uns.

■ Herr, mache uns sensibel für den Schmerz und die Hoffnung der Migranten und Flüchtlinge und lass uns – durch unseren Egoismus und unsere Trägheit beschämt – ihnen gegenüber verantwortlich handeln.

Gott, unser Vater *Alle:* Wir bitten dich, erhöre uns.

■ Herr, lass uns begreifen, dass unsere gemeinsame Gesellschaft nur durch die gerechte Beteiligung aller hier lebenden Menschen aufgebaut werden kann.

Gott, unser Vater *Alle:* Wir bitten dich, erhöre uns.

■ Herr, wir bitten dich für alle, die sich wegen ihrer Religions- und Rassenzugehörigkeit nicht einmischen können bzw. denen die Ausübung ihrer Rechte verwehrt wird: Gib, dass sie unsere Solidarität erfahren und ihre Menschenwürde nicht beschädigt wird.

Gott, unser Vater *Alle:* Wir bitten dich, erhöre uns.

■ Für alle, die sich für die ökumenische Zusammenarbeit engagieren, dass ihr Gebet und ihr Handeln als Zeichen der Einheit Gottes mit allen Menschen verstanden wird.

Gott, unser Vater *Alle:* Wir bitten dich, erhöre uns.

Gott, wir preisen dich in allen Sprachen. Du hast uns in Jesus Christus dein menschliches Antlitz gezeigt. Durch ihn danken wir dir jetzt und in Ewigkeit. Amen.

(von Pfr. José Antonio Arzoz Martinez, Delegat für die spanischsprachigen Katholiken in Deutschland)



ZUSAMMENLEBEN MIT MUSLIMEN VOR ORT – BEISPIELE UND HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

»INTERRELIGIÖSER DIALOG – CHANCE ODER RISIKO?«

Jean-Louis Kardinal Tauran

Wir leben zunehmend in multi-kulturellen, multireligiösen Gesellschaften. Diese Tatsache ist nicht von der Hand zu weisen. Es gibt keine Gesellschaft, die religiös homogen ist. In Europa haben die Kinder vom Kindergarten an engen Kontakt zu anderen Kindern der unterschiedlichsten Herkunft und Religionszugehörigkeit. Nicht verwunderlich ist auch die Aussage von Paul Tillich, wonach die Religion die »Substanz der Kultur« ist (...)

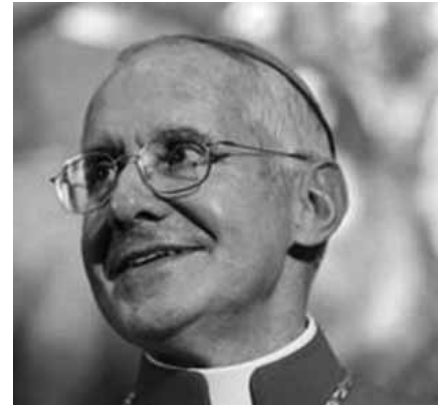
Auch ist die Welt ohne Religionen nicht verstehbar. Und zwar deshalb, – und genau darin liegt das Paradoxe an der heutigen Situation – weil sie als Gefahr gesehen werden: Fanatismus, Fundamentalismus und Terrorismus wurden und werden immer noch mit einer abartigen Erscheinungsform des Islam assoziiert. Gemeint ist hier nicht der Islam, wie er von der Mehrheit seiner Anhänger praktiziert wird. Doch auch heute noch töten Menschen aus religiösen Gründen (Ermordung des Chaldäischen Erzbischofs von Mosul). Ich habe gelesen, dass im Jahr 2007 123 Menschen im Irak, in Indien und Nigeria den Tod fanden, weil sie Christen waren. Der Grund dafür ist, dass Religionen sowohl Gutes als auch Böses bewirken können: zu Heiligkeit oder Entfremdung führen, Frieden oder Krieg verkünden. Was man aber immer unbedingt bedenken muss, ist, dass nicht die Religionen selbst den Krieg führen, sondern ihre Anhänger! Darum ist es so wichtig, Glaube und Vernunft miteinander zu verbinden. Wer gegen die Vernunft handelt, handelt gegen Gott. Papst Benedikt XVI. formulierte es in seiner Vorlesung an der Universität Regensburg am 12. September 2006 wie folgt:

»Im Anfang war der Logos, ὁ συν λόγῳ«. Logos ist Vernunft und Wort zugleich – eine Vernunft, die schöpferisch ist und sich mitteilen kann, aber eben als Vernunft. [...] Eine Vernunft, die dem Göttlichen gegenüber taub ist und Religion in den Bereich der Subkulturen abdrängt, ist unfähig zum Dialog der Kulturen.«

Dialog ist für uns alle unumgänglich. Doch was ist Dialog? Es ist das Bemühen um Verständigung zwischen zwei Personen mit dem Ziel, zu einer gemeinsamen Auslegung ihrer Gemeinsamkeiten oder Verschiedenheiten zu gelangen. Voraussetzung dafür ist eine gemeinsame Sprache, Offenheit bei der Darlegung des eigenen Standpunktes und der unbedingte Wille, den Standpunkt des anderen zu verstehen.

Wendet man diese Voraussetzungen auf den interreligiösen Dialog an, so wird verständlich, dass es in Fragen der Religion nicht darum geht, »freundlich« zueinander zu sein, um den anderen zu gefallen! Im interreligiösen Dialog lässt man sich auf ein Risiko ein, nicht etwa seine eigenen Überzeugungen aufzugeben, vielmehr sich selbst von den Überzeugungen eines anderen in Frage stellen zu lassen, sich mit Argumenten auseinanderzusetzen, die anders sind als die eigenen oder die der eigenen Gemeinschaft. Jede Religion versucht für sich, eine Antwort auf die ungelösten Rätsel des menschlichen Daseins zu finden. Jede Religion besitzt ihre eigene Identität, doch genau diese Identität macht es möglich, sich mit der Religion des anderen auseinander zu setzen. Und daraus entsteht der Dialog. Identität, Anderssein und Dialog vertragen sich durchaus.

Immer wieder muss auf die Erklärung des II. Vatikanischen Konzils »Nostra



Kardinal Tauran

Foto: CIBEDO

Aetate« verwiesen werden, insbesondere auf die Abschnitte 2 und 3:

»Die katholische Kirche lehnt nichts von alledem ab, was in diesen Religionen wahr und heilig ist. Mit aufrichtigem Ernst betrachtet sie jene Handlungs- und Lebensweisen, jene Vorschriften und Lehren, die zwar in manchem von dem abweichen, was sie selber für wahr hält und lehrt, doch nicht selten einen Strahl jener Wahrheit erkennen lassen, die alle Menschen erleuchtet. Unablässig aber verkündet sie und muss sie verkündigen Christus, der ist der Weg, die Wahrheit und das Leben (Joh 14,6), in dem die Menschen die Fülle des religiösen Lebens finden, in dem Gott alles mit sich versöhnt hat« (2).

Nicht unerwähnt bleiben dürfen das besondere Verhältnis zwischen Christen und Muslimen, die »den alleinigen Gott anbeten, den lebendigen und in sich seienden, barmherzigen und allmächtigen, ... der zu den Menschen gesprochen hat« (3), sowie die bestehenden Bande zum jüdischen Volk, von dem »die Kirche ... die Offenbarung des Alten Testaments empfang« und aus dem, »dem Fleische nach«, Christus und die Apostel stammen (vgl. 4).

LÄSST SICH DAS »WUNDER VON MARXLOH« WIEDERHOLEN?

RÜCKBLICK AUF DEN BAU DER GRÖSSTEN MOSCHEE DEUTSCHLANDS IN DUISBURG

Weihbischof Franz Vorrath

Moscheebauten machen immer wieder Schlagzeilen. In der Regel wird dabei über Konflikte berichtet. Bürgerinitiativen und als Bürgerinitiativen getarnte Rechtspopulisten mobilisieren Widerstand gegen repräsentative und ihrer Meinung nach überdimensionierte »Großmoscheen« und die darin angeblich zum Ausdruck kommende »Islamisierung Deutschlands«. Ganz anders im Fall Duisburg-Marxloh. Als dort am 26. Oktober 2008 eine große Kuppelmoschee im osmanischen Stil feierlich eröffnet wurde, hatte man den Eindruck, ein ganzer Stadtteil sei auf den Beinen. Anstelle von Gegendemonstrationen wurden in der Menge auch von Deutschen Schilder hoch gehalten, auf denen »Willkommen in Marxloh« zu lesen war. Unter den mehr als 4.000 Gästen waren nicht nur der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und der Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, sondern auch der Essener Bischof Felix Genn und Nikolaus Schneider, der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland. Schon im Vorfeld waren Zeitungsberichte mit den Worten »Das Wunder von Marxloh« überschrieben.

Die Entstehung dieser Überschrift ist schnell erklärt. Als der Filmemacher Sönke Wortmann für seinen Kino-Erfolg »Das Wunder von Bern« eine Kulisse für Szenen suchte, bei denen Jungen in einem typischen Ruhrgebiets-Hinterhof Fußball spielen, fiel die Wahl auf einen Häuserblock in Duisburg-Marxloh, direkt gegenüber der heutigen neuen Moschee. Auch wenn man diesen Hintergrund kennt und annimmt, dass Zeitungsüberschriften in der Regel keine theologischen Aussagen machen wollen, kann die Rede vom »Wunder von Marxloh« doch anregen, einige Fragen zu stellen.

Als Wunder bezeichnet man umgangssprachlich Ereignisse, die Aufsehen erregen, weil sie unerwartet eintreten und nicht erklärbar sind. Wunder lassen sich daher nicht wiederholen. Gilt dies

wirklich für die Errichtung der Moschee in Duisburg-Marxloh? Kann man wirklich nicht erklären, warum Polarisierung und Proteste hier ausgeblieben sind? Muss dies ein einmaliger Vorgang in Deutschland bleiben? Bevor auf diese Fragen eingegangen wird, sei auf eine weitere Dimension des Begriffs »Wunder« hingewiesen. Im religiösen Sprachgebrauch gelten Wunder als Hinweis auf Gottes Wirken in der Welt. Es wird also auch zu fragen sein, ob wir im Zusammenhang mit dem Duisburger Moscheebau von einem Wirken Gottes in der Welt sprechen können und ob dies aus christlicher Sicht etwas mit dem Dialog zwischen Gott und Mensch zu tun hat.

Die Marxloher DITIB-Gemeinde gehört zu den muslimischen Moscheevereinen, die im Stadtteil den Kontakt und die Begegnung zu den Kirchen, der Bezirksvertretung, den Schulen und Vereinen pflegen. Sie zählt zu den ältesten und größten Moscheevereinen in Duisburg und nutzte damals die umgebauete Kantine des Bergwerkes Marxloh als Gebetsraum. Wie in vielen anderen muslimischen Gemeinden bestand auch hier der Wunsch, dieses Provisorium durch eine repräsentative Moschee mit Kuppel und Minarett zu ersetzen. Durch die Dialogbemühungen, die auf den Muezzinstreit aus den Jahren

1996/1997 folgten, war der Boden dafür bereitet, ein bis heute bundesweit einmaliges Konzept zu entwickeln. Es entstand die Idee, nicht nur eine neue Moschee, sondern zugleich eine Bildungs- und Begegnungsstätte zu errichten. Dieser Plan, der von Anfang an den Dialogpartnern vorgestellt und mit ihnen diskutiert wurde, fand Unterstützung in der Stadtverwaltung, bei den Kirchen sowie bei den Vereinen und Institutionen im Stadtteil. Die Entwicklungsgesellschaft Duisburg sah darin eine Chance, in einem Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf, dessen soziale Infrastruktur und dessen Ansehen in den letzten Jahren immer schlechter geworden waren, einen positiven Akzent zu setzen. So war es möglich, nicht für die Moschee, aber für die Bildungs- und Begegnungsstätte öffentliche Mittel des Landes NRW und der EU bereitzustellen und das Bauprojekt des Moscheevereins als ein Unternehmen zu begreifen, das nicht allein den religiösen Interessen der Muslime, sondern darüber hinaus dem Stadtteil und seinen Bürgern dient.

Zur Begleitung des Planungs- und Bauprozesses wurde ein Beirat gegründet, in dem alle wichtigen Akteure des Stadtteils vertreten waren. Hier wurde zum einen offen über die Symbolwirkung baulicher Details wie etwa die

Die Orientierungshilfe kann bestellt werden bei:

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz
Zentrale Dienste/Organisation
Postfach 29 62, 53019 Bonn
Fax: 0228 / 103-330,
broschuren@dbk.de

oder im Internet heruntergeladen werden unter:
www.dbk.de/schriften/data/01768/index.html



Höhe des Minarets diskutiert. Der im osmanischen Stil geplante Gebetsraum erhielt so zum Beispiel große, tief heruntergezogene Fenster, um Transparenz und Offenheit zu signalisieren.

Der Beirat war zum anderen der Ort, an dem immer wieder über die Vermittlung des Moscheebaus in die Bevölkerung beraten wurde. So konzentrierte sich der Moscheeverein auch während der langen Bauphase nicht allein auf die Fertigstellung von Kuppel und Minarett, sondern stellte auf der Baustelle einen Wohncontainer auf, in dem die Bildungs- und Begegnungsstätte parallel zu den Bauarbeiten mit zwei hauptberuflichen Mitarbeiterinnen ihre Arbeit aufnahm. Auch die Stadt Duisburg und die beiden großen christlichen Kirchen investierten in die Vermittlung des Bauvorhabens durch die Tätigkeit ihrer Beauftragten. Eine Mitarbeiterin der Entwicklungsgesellschaft Duisburg warb im Auftrag der Stadt unermüdlich um Akzeptanz für den Neubau von Moschee mit integriertem Begegnungszentrum und sorgte mit dafür, dass alle einflussreichen Gremien und Personen einbezogen wurden. Die Islambeauftragten der katholischen und der evangelischen Kirche sowie die Pfarrer der benachbarten katholischen und evangelischen Gemeinden waren jahrelang als Vermittler unterwegs, haben informiert und Begegnungen von Christen und Muslimen organisiert. Über den innerkirchlichen Bereich hinaus waren sie Ansprechpartner für die Medien und nicht kirchliche Institutionen und traten für ein konstruktives und faires Miteinander von Türken und Deutschen, von Christen und Muslimen ein.

Das »Wunder von Marxloh« ist also weder vom Himmel gefallen noch unerklärbar. Es ist das Ergebnis harter Arbeit in einem Vermittlungsprozess, in dem sich der Moscheeverein, die Stadtverwaltung und die Kirchen engagiert haben. Der Neubau hat die Stadt anders als beim Muezzinstreit nicht gespalten, sondern er hat Menschen zusammengeführt. Seit der Eröffnung kann sich die neue Moschee vor Besucheranfragen kaum retten. Sie ist zu einer Attraktion der Stadt Duisburg geworden.

Lässt sich so etwas in Köln, Frankfurt oder München wiederholen? Anhand des Duisburger Beispiels lassen sich Faktoren benennen, die dazu beitragen, dass Moscheebauten den Dialog und die Integration voranbringen können. Zu diesen Faktoren gehören:

- eine größtmögliche Offenheit und Transparenz der Bauherren,
- ein funktionierendes Netz verbindlicher Kontakte zwischen den Religionen unter Einschluss der örtlichen Politik, der Stadtverwaltung und wichtiger Institutionen und Gruppen,
- das Bewusstsein bei Moscheevereinen und Kirchengemeinden, Verantwortung zu tragen nicht nur für die eigene Glaubensgemeinschaft, sondern für den Stadtteil insgesamt und
- die Bereitschaft im Moscheeverein aber auch bei den Kirchen und in der Stadtverwaltung, ein Bauvorhaben aktiv, d.h. mit dem Einsatz eigener Ressourcen, zu begleiten.

Kann man über die gesellschaftspolitische Bedeutung für das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Kulturen und Religionen in der Stadt hinaus auch an die Bedeutung des Begriffs »Wunder« im Sinne eines Zeichens für das Wirken Gottes in der Welt und den Dialog zwischen Gott und Mensch anknüpfen? In den Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz für das Gebet von Christen, Juden und Muslimen findet sich folgende Aussage: »Vom Standpunkt der katholischen Kirche aus verehren – trotz aller Unterschiede im Gottesbild – Christen, Juden und Muslime nur einen Gott. Darum können katholische Christen das Beten von Juden und Muslimen als Hinwendung zu Gott, tatsächliche Anrufung und wahren Lobpreis respektieren«. Auch wenn der Gedanke wenig vertraut ist und vielen Christen schwer fällt: Bedeutet dies nicht in der Konsequenz, dass eine würdige Moschee, in der sich Muslime zum Gebet versammeln, eine Moschee, die durch ihre künstlerische Gestaltung eine Ahnung von der Schönheit und Erhabenheit Gottes vermittelt, Zeugnis ablegt davon, dass gläubige Muslime ihr Leben als Antwort auf die Offenbarung Gottes verstehen? Im Mittelpunkt ihres jeweiligen Glaubens

steht für Christen die Menschwerdung Gottes in Jesus Christus und für Muslime die Herabsendung des Koran. Damit unterscheiden sich Christentum und Islam gerade in der Frage, was das zentrale und maßgebende Zeichen göttlichen Wirkens in der Welt, was das Wunder schlechthin ist. Gemeinsam ist ihnen jedoch, dass sie mit dem Wirken dieses einen Gottes in unserer Welt rechnen und ihr Leben auch im Gebet – die Christen in Kirchen, die Muslime in Moscheen – als Antwort auf Gottes Offenbarung verstehen. In diesem Sinn ist eine Moschee wie eine Kirche ein Hinweis darauf, dass unsere Welt eine wunderbare Welt ist, weil Gott in ihr vorkommt. Daher steht es Christen wie Muslimen gut an, die Errichtung von Gotteshäusern der jeweils anderen Religion nicht nur aus gesellschaftspolitischen Gründen, sondern von ihrem Glauben her mit »Klugheit und Liebe« zu begleiten. Es geht nicht allein darum, den gesellschaftlichen Frieden zu wahren. Für Christen wie für Muslime geht es auch darum, Gott zu bezeugen in einer Welt, in der Glauben nicht mehr selbstverständlich ist.

■ Kontakt: Weihbischof Franz Vorrath
Bistum Essen
Zwölfling 16, 45127 Essen
Weihbischof.vorrath@bistum-essen.de

DIE KÖLNER MOSCHEEBAUDEBATTE

Nurhan Soykan

In Köln-Ehrenfeld soll anstelle der alten Fabrik-Moschee eine moderne Moschee entstehen, die auch nach außen als solche erkennbar sein soll.

In dem Nebensatz steckt die Ursache für eine hitzige Debatte. Die alte Moschee existiert schon seit Jahrzehnten, wie weitere 2.500 Gebetsstätten in Deutschland, und war nie Anlass für Probleme mit der Bevölkerung. Viele Ehrenfelder wussten bis vor Kurzem nicht, dass es sie gab. Schon vor dem Bauantrag der DITIB begann das Spektakel, das zum Schauplatz eines Kulturkampfes wurde. Die Bürgerbewegung »Pro Köln«, deren vorrangiges Anliegen die Verhinderung der »Großmoschee« und der »Islamisierung Kölns« ist, sorgte dafür. Ein Bürgerbegehren derselben gegen den Neubau scheiterte Anfang Mai 2007 an zu vielen ungültigen Unterstützerunterschriften, dennoch schaffte es Pro Köln in den Stadtrat zu kommen.

Pro Köln betont zwar nicht rechtsradikal zu sein und nur die Sorgen der Bevölkerung zur Sprache zu bringen. Tatsächlich gibt es diese. Die Menschen haben Angst vor der demographischen Entwicklung ihres Landes, Angst davor, Fremde in ihrem eigenen Land zu sein, Angst, dass ihre Kultur und ihre freiheitlichen Errungenschaften wie Gleichberechtigung, Freizügigkeit und ihre Religion durch einen strengen Islam ersetzt werden.

Diese Ängste wurden mit dem beabsichtigten Bau der Moschee scheinbar zur Realität. Das Zeichen des Islam sollte nun mit bedrohlichen Minaretten mitten in ihrer Stadt stehen. Viele sahen sie als Machtsymbole einer fremden Kultur und man feilschte über deren zulässige Höhe. Diese Ängste wurden von der Politik und den Medien polemisch aufgegriffen und für eine islamophobe Meinungsmache instrumentalisiert. Diese durch den Moscheebau angestoßene Debatte wurde zu einem Forum, in dem man den Islam als solches und die Integration der Muslime



Modell der Kölner Moschee.

Foto: Zentralrat der Muslime in Deutschland

zur Diskussion stellen konnte, ohne in die rechte Ecke gestellt zu werden.

Dazu trug wesentlich der Schriftsteller Ralf Giordano bei, der meint, dass nicht die Moschee, sondern der Islam sei das Problem. Er hält die Integration der Muslime für gescheitert und wurde für seine Äußerungen von Rechtsextremen gefeiert. Necla Kelek, Islamkritikerin, sprang ihm zur Seite und unterstützte die These, dass Moscheen nur Rückschritte in der Integration bewirken und Parallelgesellschaften fördern.

Auf den Zug des Ruhmes sprang auch Günther Wallraf auf mit seinem provokanten Vorschlag, in der Kölner Moschee aus den »Satanischen Versen« von Salman Rushdie vorlesen zu wollen. Er wollte damit die Integrationsbereitschaft der DITIB unter Beweis stellen. Auf ein Angebot der DITIB, dies außerhalb der Moschee in einer Diskussionsrunde zu tun, reagierte er nicht. Diese Stimmung erzeugte großen Druck auf die CDU, die anfangs den Bau befürwortet hatte.

Am 14. August 2007 sprach sich die Kölner CDU auf einem Parteitag mehrheitlich gegen einen Bau der Moschee in der geplanten Größe aus, obwohl so-

wohl Oberbürgermeister Fritz Schramma wie auch NRW-Integrationsminister Armin Laschet sich für den Bau eingesetzt hatten. Es gab auch weitere Stimmen der Vernunft, die sich für die Moschee aussprachen.

Innenminister Schäuble bestätigte in einem Streitgespräch mit Giordano noch einmal: »Der Islam ist längst ein Teil unseres Landes. Und unser Land verändert sich dadurch.«

»Wo Muslime leben, haben sie das Recht, eine Moschee zu bauen«, wurde der Erzbischof Zollitsch zitiert. Der Geistliche äußerte zugleich den Wunsch, dass islamische Länder der Kirche ebenfalls diese Freiheit geben.

Salomon Korn, Architekt und Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, hielt die sich abzeichnende »formale Diskrepanz« bei der Kölner Moschee vorrangig für kein ästhetisches Phänomen, sondern, ähnlich wie bei der Dresdner Synagoge, Symptom eines gesellschaftlichen.

Nicht zu vergessen Pfarrer Meurer, der in seiner katholischen Gemeinde für die Moschee Spenden sammelte. In dieser für Muslime schwierigen Zeit zeigte er Mut zur Brüderlichkeit, ließ Freuden-

tränen fließen und gab Hoffnung für eine gemeinsame Zukunft.

Der Landesvorstand NRW des Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA e.V.) verurteilte ebenfalls die »Stimmungsmache« gegen den Moscheebau.

Auch wenn Moscheen, Kirchen, Synagogen und Tempel »systematische Falschdenkschulen« seien, gelte dennoch: »Wer eine Moschee bauen will, sich dabei an die allgemein geltenden Vorschriften hält und auch sonst rechtskonform ist, hat nach dem Grundgesetz und nach den allgemeinen Menschenrechten einen Anspruch darauf. Es ist und bleibt ein Grundrecht der Gläubigen, auch derlei archaische Religion zu praktizieren und sich entsprechende Einrichtungen aus eigenen Mitteln zu schaffen.«

Den Gipfel der Moscheedebatte bildete der Antiislamisierungskongress zu dem Pro Köln rechtsextreme Stimmen aus ganz Europa nach Köln holen wollte.

»Köln stellt sich quer« war die Antwort der Kölner. Kölns Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) fand

deutliche Worte gegen den so genannten Kongress. »Rassisten, Rechtsextreme und alle, die hier den sozialen Frieden stören wollen, sind hier nicht willkommen«, rief er Tausenden jubelnden Zuhörern zu. »Dieser verfaulten Clique des Eurofaschismus, diesen Haiders und Le Pens und wie sie alle heißen«, so Schramma wörtlich, gab er mit auf den Weg: »Da ist der Ausgang, wir wollen euch nicht.«

Den starken Worten waren in der Stadt schon starke Taten vorausgegangen: Taxi- und Busfahrer weigerten sich, die Rechtspopulisten zu chauffieren. Restaurantchefs stornierten reservierte Tische. Und Hotelmanager verweigerten die Unterkünfte. Die Kölner Kneipenwirte ließen Bierdeckel drucken mit der Aufschrift: »Kein Kölsch für Nazis.«

Vor der Moschee wurde eine Menschenkette aus Kommunalpolitikern aller Parteien, aus Muslimen und deren Verbänden und Ehrenfeldern aller Ethnien gebildet, die Pro Köln die Stirn boten.

Pro Köln Funktionäre ihrerseits fuhren auf dem Rhein herum und wurden von

Gegendemonstranten an jeder Anlegestelle verscheucht. Letztendlich wurde auch die Kundgebung seitens der Kölner Polizei aus Sicherheitsgründen verboten. Der Antiislamkongress wurde ein Flop.

Die Kölner hatten sich, vielleicht zum ersten Mal, geschlossen vor »ihre Muslime« gestellt. Für Muslime war das eine freudige Überraschung, nach all den schlimmen Diskussionen und negativen Berichten in den Medien. Sie fühlten sich zu Hause. Zuletzt hatten sich doch Kölner Weisheiten durchgesetzt: »Jeder Jeck is anders. De Lück mösse doch irjendswo bete! Köln is bunt, nicht braun!«

■ Kontakt: Nurhan Soykan
Pressesprecherin des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZDM)
Steinfeldler Gasse 32, 50670 Köln
sekretariat@zentralrat.de
www.zentralrat.de
Nurhan Soykan ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.

EIN ZEICHEN DES FRIEDENS FÜR DIE MENSCHEN UNTERSCHIEDLICHER HERKUNFT UND RELIGION

Präses Nikolaus Schneider

■ Es ist ein Tag der Freude und wir freuen uns mit Ihnen. Mit dieser prachtvollen Moschee signalisieren Sie: wir treten heraus aus den Nischen der Gesellschaft, heraus aus den Provisorien, in denen wir jahrzehntlang gebetet und uns versammelt haben. Wir sind auch mit unserem Glauben hier in Duisburg, in Deutschland angekommen. Wir sind hier zu Hause! Und wir wollen uns auch mit allem, was uns ausmacht, in diese Gesellschaft einbringen.

Der Glaube ist ein elementarer Bestandteil unseres Menschseins und er braucht Orte, an denen er sichtbar zur Darstellung kommt. Mit dieser Moschee in Marxloh haben Sie einen solchen Ort, an dem Sie sich Ihres Glau-

bens vergewissern können, einen Ort, wo Sie Ihre Traditionen wahren können, aber eben auch einen Ort, an dem Sie Ihre Identität als Muslime in Deutschland gestalten und neue Wege erproben können.

Denn das ist sicherlich das Besondere an diesem Moscheeprojekt, dass sie beidem Raum geben will: der Wahrung des Glaubens einerseits sowie der Bildung und der Begegnung andererseits. Beides will einführen und ermutigen zum Leben hier in Deutschland, zur Integration ohne Assimilation. Die Aufgabenstellung lautet also: Den eigenen muslimischen Glauben stärken und zugleich eine Brücke sein zur deutschen Gesellschaft. Mit den Angeboten der integrierten Begegnungsstätte im Bereich der Frauenbildung zeigen Sie in besonderer Weise, dass die Integration der Muslime in unsere Gesellschaft ein



Präses Schneider

Foto: Pressestelle der EKIR



Moschee in Duisburg-Marxloh.

Foto: epd-bild

elementarer Bestandteil der Arbeit in der Begegnungsstätte sein soll.

Von Anbeginn des Projektes haben Sie als Verantwortliche offen und transparent über das Vorhaben berichtet, insbesondere sind Sie auf viele Menschen in den Stadtteilen und Nachbarschaften, Kirchengemeinden, Schulen und Kindertagesstätten zugegangen, um sie als Bündnispartner für dieses Projekt zu gewinnen. Mit der Einrichtung eines Beirates haben Sie frühzeitig viele gesellschaftliche Gruppen der Stadtgesellschaft in das Projekt direkt einbezogen. Und ich habe davon gehört, dass Sie in diesem Beirat keineswegs nur Freundlichkeiten ausgetauscht haben, sondern wirklich aufeinander gehört, manchmal sogar miteinander gerungen haben, aber doch immer mit dem Ziel, das Projekt der Begegnung der Religionen und Kulturen zum Erfolg zu führen.

Hier sind sicherlich die Gründe zu suchen, dass dieser Moscheebau anders als in anderen Städten nicht von lauten Protesten begleitet war, sondern eine breite Unterstützung aus Politik, Kirchen und Zivilgesellschaft erfahren hat. Und ich möchte mich bei allen, die daran mitgewirkt haben, recht herzlich bedanken. Einen sichtbaren Ausdruck findet dies in der breiten Beteiligung an

der heutigen Feier. Das macht die Freude noch größer, dass wir sie miteinander teilen.

In diese Freude heute mischen sich freilich auch Stimmen, vielleicht nicht so laute Stimmen, die den Moscheebau nicht mit guten Gefühlen begleiten. Die sollten wir gerade heute nicht überhören. In unseren eigenen evangelischen Gemeinden gibt es zum Beispiel Menschen, die da fragen: Wie kann das denn sein, dass wir Kirchen schließen müssen, unsere Gemeinden kleiner werden und gleichzeitig große Moscheen gebaut werden. Es sind Menschen, die mit diesem Wandel nicht so ohne Weiteres klar kommen. Hier überwiegen Skepsis und Trauer. Diese Menschen gilt es nicht zu verlieren, sondern mitzunehmen auf den gemeinsam zu gestaltenden Weg.

Darum möchte Sie alle bitten, auch weiterhin jene Sensibilität aufzubringen, die dieses Projekt von Anbeginn an so ausgezeichnet hat: nämlich auch auf die Vorstellungen und Gefühle der anderen wirklich zu hören.

Wenn wir so voneinander wissen und dieses Wissen in unser Handeln einfließen lassen, dann wird diese Moschee mit Begegnungsstätte tatsächlich das werden, was wir uns alle erhoffen: Ein

Zeichen des Friedens für Duisburg, ein Zeichen des Friedens für die Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion, ein Zeichen des Friedens für alle Menschen, die sich hier begegnen.

Denn das friedliche Miteinander der Religionen ist grundlegend für den Frieden zwischen den Menschen. Dazu wollen auch wir als Kirchen an diesem Ort beitragen. Diesen Tag verstehen wir wie eine uns entgegen gestreckte Hand: Wir nehmen sie gerne an.

■ Auszug aus der Ansprache von Präses Nikolaus Schneider, Evangelische Kirche im Rheinland, anlässlich der Moschee-Eröffnung in Duisburg am 26. Oktober 2008

■ Kontakt: Pressestelle der Evangelischen Kirche im Rheinland
Hans-Böckler-Straße 7, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 45 62-373
pressestelle@ekir.de

TAG DER OFFENEN MOSCHEE

Nurhan Soykan

Am 3. Oktober 2009 werden wieder bundesweit bis zu 1.000 Moscheen ihre Pforten zum »Tag der offenen Moschee« öffnen. Es werden ca. 100.000 Besucherinnen und Besucher erwartet.

Der Tag der offenen Moschee eröffnet die Möglichkeit, an Moscheeführungen und Informationsveranstaltungen teilzunehmen.

Diese bisweilen einzigartige Aktion geht auf eine im Jahre 1997 gestartete Initiative des Zentralrats der Muslime in Deutschland zurück und entwickelte sich im Laufe der Jahre zum Selbstläufer. Hunderte Moscheen aller islamischen Verbände nehmen Jahr für Jahr daran teil. Der bewusst gewählte Zeitpunkt am Tag der Deutschen Einheit soll das Selbstverständnis der Muslime

als Teil der deutschen Einheit und ihre Verbundenheit mit der Gesamtbevölkerung zum Ausdruck bringen.

Der Tag der offenen Moschee wird zur Information, Eigendarstellung und zum gegenseitigen Kennenlernen veranstaltet. Öffnung und Dialog sollen stattfinden. Durch fähige Moscheeführer werden an diesem Tag Informationen vermittelt.

Viele Moscheen sorgen auch für das leibliche Wohl ihrer Besucher und bieten musikalische Darbietungen an, was zu einer gemütlichen Atmosphäre beiträgt. Dadurch können Hemmschwellen abgebaut werden.

Auch wenn nicht alle Fragen beantwortet werden können, kann man hier erfahren, wo der Nachbar zu finden ist, mit dem man reden kann.



Nurhan Soykan ist Pressesprecherin des Zentralrates der Muslime in Deutschland und Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.

HUMAN RIGHTS WATCH: KOPFTUCHVERBOTE VERLETZEN MENSCHENRECHTE

Die Verbote religiöser Kleidung und Symbole für Lehrkräfte und Beamte in einigen Bundesländern diskriminieren muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen, so Human Rights Watch in einem im Februar 2009 veröffentlichten Bericht.

Der 73-seitige Bericht »Diskriminierung im Namen der Neutralität« stützt sich auf umfangreiche Recherchen über einen Zeitraum von acht Monaten. Er untersucht die Verbote aus dem Blickwinkel der Menschenrechte und beleuchtet ihre Auswirkungen auf das Leben muslimischer Lehrerinnen, einschließlich jenen, die seit Jahren unterrichten. Aufgrund des Verbots wechselten einige Frauen den Beruf oder zogen ins Ausland, obwohl sie seit ihrer Geburt in Deutschland gelebt hatten.

»Diese Gesetze richten sich eindeutig gegen das Kopftuch. Sie zwingen Kopftuch tragende Frauen, sich entweder

für ihren Beruf oder für ihren Glauben zu entscheiden«, so Haleh Chahrokh, Researcherin der Abteilung Europa und Zentralasien von Human Rights Watch. »Die Regelungen diskriminieren sowohl auf der Grundlage des Geschlechts als auch der Religion und verletzen die Menschenrechte dieser Frauen.«

In der Hälfte der deutschen Bundesländer – Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland – gelten Gesetze, die Lehrerinnen an staatlichen Schulen, in einigen Ländern auch anderen Beamtinnen, das Tragen des Kopftuchs im Dienst untersagen. Die Bestimmungen wurden innerhalb der letzten fünf Jahre eingeführt, nachdem das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2003 entschieden hatte, dass Restriktionen religiöser Kleidung nur zulässig sind, wenn sie auf einer hinreichend bestimmten gesetzlichen

Grundlage erfolgen. In den übrigen acht Ländern gibt es keine vergleichbaren Einschränkungen.

Einige der Gesetze enthalten Ausnahmen für »christlich-abendländische« Kulturtraditionen, keines richtet sich ausdrücklich gegen das Kopftuch. Aussagen aus Landtagsdebatten und die Begründungen der Gesetzentwürfe verdeutlichen jedoch, dass die Verbote das Kopftuch als Fokus haben. Zudem drehten sich die bisher gegen die Verbote angestrebten Gerichtsverfahren – das jüngste Urteil erging am 26. Januar 2009 in einem Fall in Baden-Württemberg – ausnahmslos um die Kopftuchfrage.

»Die Behauptung, die Restriktionen seien nicht diskriminierend, ist haltlos«, so Chahrokh. »In der Praxis treffen sie nur muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen.«

Human Rights Watch hat wiederholt Staaten wie Afghanistan, Saudi-Arabien und den Iran kritisiert, wenn sie Frauen zum Tragen religiöser Kleidung zwingen. Doch Gesetze wie die der deutschen Länder, die Kopftuch tragende Frauen von Teilen des Arbeitsmarkts ausschließen, verletzen die gleichen internationalen Menschenrechtsstandards und schwächen wichtige Frauenrechte in ähnlicher Weise – insbesondere die Religionsfreiheit und die Rechte auf Selbstbestimmung, Privatsphäre und die Freiheit zur Lebensgestaltung nach eigener Überzeugung.

Im Zuge der Recherchen für den Bericht wurden auch muslimische Frauen befragt, die persönlich von den Verboten betroffen sind. In den Gesprächen wurde deutlich, wie einschneidend die Verbote das Leben dieser Frauen verändern. Tatsächlich bedeuten die Gesetze der acht Länder, dass Frauen mit Kopftuch nicht mehr als Lehrkräfte arbeiten dürfen. In den Fällen, in denen sie der Aufforderung, das Kopftuch abzunehmen, nicht nachkamen, wurden disziplinarrechtliche Verfahren eingeleitet.

Lehrerinnen, die auf dem Tragen des Kopftuchs beharren und mit Rechtsmitteln scheitern, laufen Gefahr, ihre Stelle und ihren Beamtenstatus zu verlieren. Muslimische Referendarinnen finden nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung keine Beschäftigung an staatlichen Schulen, solange sie nicht auf das Kopftuch verzichten.

Vertreter der Landesbehörden rechtfertigen die Verbote mit der Pflicht der Lehrer, die Neutralität der Schule in Religions- und Weltanschauungsfragen zu bewahren. Im Verhalten der betroffenen Lehrerinnen finden sich jedoch keinerlei Anzeichen dafür, dass sie die Pflicht verletzt haben. Die Verbote stützen sich vielmehr einzig auf die Annahme, dass das Tragen eines Kopftuchs an sich die staatliche Neutralität gefährdet.

»Menschen sollten nach ihrem Verhalten beurteilt werden, nicht auf der Grundlage von Ansichten, die man ihnen unterstellt, weil sie ein religiöses Symbol tragen«, so Chahrokh. »Wenn konkrete Bedenken über eine Person bestehen, sollte man dem Einzelfall angemessene, gewöhnliche Disziplinarverfahren beschließen oder Entscheidungen treffen.«



Islamkunde an einer Schule in Nordrhein-Westfalen.

Foto: KNA

Einige der betroffenen Lehrerinnen sagten im Gespräch mit Human Rights Watch, man habe ihre Angebote abgelehnt, alternative Kopfbedeckungen wie Hüte oder auf andere Art gebundene Tücher zu tragen. Obwohl die Frauen viele Jahre ihres Lebens ins Studium und in ihre berufliche Qualifikation investiert hatten, zogen manche von ihnen aufgrund der Verbote in ein anderes Bundesland oder ins Ausland. Andere sahen sich gezwungen, auf das Kopftuch zu verzichten, um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Diese Frauen fühlen sich entfremdet und ausgeschlossen, obwohl viele seit ihrer Geburt in Deutschland leben.

Befürworter der Kopftuchverbote behaupten häufig, die Verbote schützten Frauen vor Unterdrückung und gäben ihnen mehr Freiheit. Alle von Human Rights Watch befragten Frauen erklärten, sie hätten sich aus freiem Willen für das Kopftuch entschieden. Selbst Frauen, die als Lehrerinnen arbeiten und zum Tragen des Kopftuchs gedrängt werden, lassen sich nicht vor Unterdrückung schützen, indem man sie vom Lehrberuf ausschließt. Einige Betroffene wiesen darauf hin, die Verbote hätten ihnen nicht mehr Freiheit gegeben, sondern ihre soziale Lage verschlechtert. Eine Frau meinte dazu: »Solange wir in den Schulen nur geputzt haben, hatte niemand ein Problem mit dem Kopftuch.«

Human Rights Watch ruft die Landesregierungen auf, die Gesetze zum Verbot religiöser Kleidung und Symbole zu überprüfen und aufzuheben und ihre Gesetzgebung in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsstandards zu bringen. Die Länder sollten insbesondere dafür sorgen, dass ihre Bestimmungen nicht nach Geschlecht oder Religion diskriminieren und dass sie die Religionsfreiheit sowie die freie Meinungsäußerung achten.

■ Auszug aus dem Human Rights Watch-Bericht »Diskriminierung im Namen der Neutralität – Kopftuchverbote für Lehrkräfte und Beamte in Deutschland«. Den Volltext finden Sie unter: www.hrw.org/node/80861

■ Kontakt: Human Rights Watch
Poststraße 4/5, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 25 93 06-00
berlin@hrw.org
www.hrw.org/de

SPEISEREISE – EIN ERFOLGSREZEPT

Doris Zenns

■ Gemeinsames Essen und Feiern verbindet Menschen über die Grenzen von Religion, Kultur und Nation hinweg und so entstand die Idee, über eine Art »Kochkurs« Menschen für die christlich-islamische Begegnung zu gewinnen.

Bei unseren SpeiseReisen steht das gemeinsame Erleben und Tun, Kochen, Erzählen und Feiern im Mittelpunkt. Anhand der Feste des christlichen Kirchenjahres wie z. B. Erntedank, Weihnachts-, Oster- oder Pfingstfest sowie des islamischen Festkalenders, wie z. B. Fest des Fastenbrechens, Opferfest und Ashure, entwickelten wir eine SpeiseReise durch das Jahr mit einzelnen religiös-kulinarischen Nachmittagen.

Die SpeiseReisen finden immer an Samstagnachmittagen von 16 bis 21 Uhr statt. Nach einer großzügigen Ankommens- und Vorstellungsrunde bei orientalischem Tee folgt eine inhalt-



Foto:
Brücke-Köprü

liche Einführung zum Fest, entweder durch Mitarbeiterinnen aus der BRÜCKE oder durch Frauen, die von ihren Festerlebnissen erzählen. Danach werden das Festmenü und die einzelnen Speisen vorgestellt und die Teilnehmenden teilen sich in Kochgruppen auf. Gut zwei Stunden sind dann alle mit schneiden, brutzeln, backen und aufräumen beschäftigt, bis dann gegen 19.00 Uhr miteinander gegessen und

gefeiert werden kann. Beim gemeinsamen Kochen und Tun kommen die Teilnehmenden ganz automatisch ins Gespräch über Gott und die Welt. Dies fördert die Neugier und Achtung für die jeweils andere Kultur und Religion.

Unsere SpeiseReise hat sich im Laufe der Jahre zu einem Erfolgsrezept entwickelt. Mittlerweile fanden schon über 20 SpeiseReisen in der BRÜCKE-KÖPRÜ statt und durchschnittlich 25 Menschen aus eher bildungs- und dialogfernen Kreisen konnten für die interreligiöse Begegnung begeistert werden.

SpeiseReise ist ein Projekt, das gut übertragen werden kann und das den interreligiösen Dialog auf eine sehr konkrete Ebene und damit zu den Menschen bringt. So ist das Modell der SpeiseReise beliebig erweiterbar und übertragbar, egal ob einmalig oder fortlaufend im Jahr. Ebenfalls können biographische Feste wie Taufe oder Beschneidung und Hochzeit hinzugenommen werden. Die Gerichte aus verschiedenen Ländern zeigen die kulturelle Buntheit der Religionen. Weiterentwickeln ließe sich das Modell auch gut für Kinder in Kindergärten und Schulen.

■ Kontakt: Diakonin Doris Zenns
BRÜCKE-KÖPRÜ
Begegnung von Christen und Muslimen
Leonhardstraße 13, 90443 Nürnberg
Tel.: 0911 / 287 73 13
doris.zenns@bruecke-nuernberg.de
www.bruecke-nuernberg.de

BEGEGNUNGSSTUBE MEDINA E.V., NÜRNBERG



Die »Begegnungsstube Medina e.V.« hat sich zur Aufgabe gemacht, Begegnungsmöglichkeiten für Muslime und Andersgläubige zu schaffen, um einander kennen zu lernen, Vorurteile abzubauen und somit zum friedlichen Miteinander beizutragen.



Durch eine Vielfalt an Aktivitäten, die alle auf dem ehrenamtlichen Engagement der ca. 100 Mitglieder beruhen, versucht die 1995 gegründete »Begegnungsstube Medina e.V.«, dem Ziel eines Dialoges der Religionen an der Basis nachzukommen. So veranstaltet der Verein eine jährliche mehrwöchige Veranstaltungsreihe, die so genannten »Islamwochen«, organisiert Vortragsreihen mit dem Bildungszentrum der Stadt Nürnberg, eine »Woche des christlich-islamischen Dialogs«, veranstaltet Vorträge in ganz Bayern und bietet Schulen und ganzen Schulklassen ein »Begegnungskonzept« an, um die andere Religion kennen zu lernen. Moscheeführungen und Gespräche für interessierte Gruppen und Kirchenführungen für Muslime sind ein Zeichen der Bemühung, durch den gemeinsamen Dialog Verständnis für die »fremde« Religion zu erzeugen.

■ Weitere Informationen: www.medina-online.de/

UN-ANTIRASSISMUSAUSSCHUSS BERÄT ÜBER DEUTSCHLAND

Johannes Brandstätter

»Hiermit eröffne ich die 1886. Sitzung des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung. Ich begrüße die deutsche Delegation«, sagt die Westafrikanerin. Fatima-Binta Dah, die 29 Jahre Berufsleben als Diplomatin von Burkina Faso hinter sich hat, ist die Vorsitzende des UN-Gremiums. Ein Hochsommertag in Genf. Am Genfer See ist Jahrmarkt mit tosender Musik. Die Stadt quillt über von freizeithungrigen Touristen, doch im Palais Wilson, dem Sitz des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, steht Bedeutenderes im Vordergrund. Es geht um Rassismus in Deutschland an diesen zwei Augusttagen 2008. Genau genommen, um die Umsetzung der UN-Antirassismuskonvention.

Turnusgemäß, wenn auch mit einem Jahr Verspätung, hat Deutschland dem achtzehnköpfigen Expertengremium seinen Bericht vorgelegt, wie es alle 173 Vertragsstaaten tun müssen. Almuth Wittling-Vogel, Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung im Justizministerium, stellt den Bericht in einer einstündigen Rede vor. Der Bundesregierung, sagt Wittling-Vogel, sei die Umsetzung der Konvention ein sehr wichtiges Anliegen. »Es gibt zwar noch Defizite, doch ist es das Ziel der Bundesregierung, alle Formen von Diskriminierung zu beenden.« Sie belegt das Engagement der Bundesregierung mit einer Fülle von Beispielen wie der Förderung des Victor-Klemperer-Preises für demokratische Werte und den Leistungen des Menschenrechtsinstituts für die Menschenrechtsbildung.

Die Vorsitzende gibt das Wort nun an die Experten, die aus Afrika, Asien, Amerika und Europa kommen.

Ion Diaconou, Hochschulprofessor aus Bukarest, erkennt lobend an, dass die Bundesregierung in ihrem Bericht zwar ausdrücklich zur Lage der Sinti und Roma, der dänischen, friesischen und sorbischen Minderheit Auskunft gegeben habe. Doch über die besonderen Probleme der zahlenmäßig ungleich größeren türkischstämmigen Bevölkerung sei in dem Bericht nur wenig zu lesen, und über rassistische Diskriminierung von Menschen mit schwarzer Hautfarbe und deren Erfahrungen mit »No-Go-Areas« schon gar nichts.

Chris Peter, Völkerrechtler und Anwalt in Dar-es-Salaam, der Deutschland von seiner Promotion an der Universität Konstanz kennt, regt an, die in Deutschland lebenden Menschen arabischer und afrikanischer Abstammung sowie Sinti und Roma im Staatenbericht sichtbarer zu machen. Er bittet höflich darum, dass die deutsche Delegation hier noch einmal nachlegen möge.

Diaconou fragt weiter, »So lange, wie manche Eingewanderte schon in Deutschland wohnen – ist es überhaupt noch zulässig, sie so zu bezeichnen?«

Wie viele Verurteilungen rassistischer Straftaten gibt es im Berichtszeitraum? Diese Frage stellen die UN-Experten der Delegation immer wieder. Sie monieren, dass das Zahlenmaterial aus Berlin nicht ausreichend sei. Es werde zwar über die rechtsextremistischen Straftaten berichtet, »rechtsextremistisch« sei aber keineswegs gleichbedeutend mit »rassistisch«. Ein Überfall weißer Jugendlicher, die keine Verbindungen zu einer rechtsextremen Partei haben, auf eine Schwarze könne von diesen Statistiken nicht erfasst werden. »Sie zählen nur die Anschläge von



Sitz des UN-Hochkommissariats in Genf
Foto: travel webshots

Rechtsextremisten – aber wo bleiben die anderen?« merkt Patrick Thornberry an, der als Berichterstatter des Ausschusses später die Abschlussbeurteilung entwerfen wird.

Auch der französische Experte meldet sich zu Wort. »Zur wachsenden Zahl rassistischer Übergriffe durch Polizeibeamte, wie sie vom Menschenrechtskommissar des Europarats Hammarberg festgestellt wurden, geben Ihre Statistiken uns noch nicht genügend Auskunft«, stellt der frühere Pariser Generalstaatsanwalt Régis de Gouttes fest. Und die Datenreihen über Fälle von politisch motivierter Gewalt hülfe nicht, ein wirklichkeitsgetreues Bild rassistischer Gewalt zu erhalten.

Der Athener Rechtsprofessor Linos Sicilianos fragt, aufgrund welcher Rechtsnormen rassistische Delikte in Deutschland eigentlich geahndet werden könnten. Die Delegation verweist auf einen Paragraphen des Strafgesetzbuches, wonach die Gesinnung des Täters bei der Strafbemessung zu berücksichtigen sei. Doch dieser Paragraph sei zu unspezifisch und stelle nur eine Kann-

Bestimmung dar, entgegnet Sicilianos. Es fehle eine ausdrückliche Strafabwehrung von rassistischer Diskriminierung.

Berichterstatte Thornberry wird noch grundsätzlicher:

»Wie definiert Deutschland denn überhaupt rassistische Diskriminierung in seinen Gesetzen?« fragt der Professor für Völkerrecht in Oxford. »Ich kann dazu in Ihrem Staatenbericht nicht wirklich etwas Aufschlussreiches finden.« Delegationsleiterin Wittling-Vogel räumt ein, man sei auch hierzu in Deutschland erst am Beginn der Diskussion.

Die fünfzehnköpfige deutsche Delegation hat aus Berlin eigene Übersetzer mitgebracht, da Deutsch nicht zu den

offiziellen UN-Sprachen gehört. So können die Delegierten Rückfragen des Ausschusses auch auf Deutsch beantworten. Zu einer Reihe von Fragen versprechen sie, zusätzliche Informationen aus Berlin zu beschaffen, wie etwa zur besonderen Situation in Ostdeutschland.

Diaconu stellt die Frage, warum an Deutschlands Schulen die Mehrsprachigkeit, zum Beispiel die türkische Sprache, so wenig gefördert werde. Dies könne er nicht verstehen, denn Integration dürfe doch nicht als Assimilation verstanden werden. Die Förderung von Mehrsprachigkeit beurteilt Birgitta Ryberg von der Kultusministerkonferenz skeptisch. »Nicht Assimilation ist das Ziel, sondern Integration. Aber das Konzept der Mehrsprachigkeit ist fach-

lich umstritten. Und bedenken Sie, 15 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund benutzen die deutsche Sprache nur innerhalb, aber nicht außerhalb der Schule. Sie stellen eine Risikogruppe dar!«

Fast zwei Stunden überschlagen sich die Fragen der UN-Experten, und zwei weitere Frage- und Antwortrunden folgen am nächsten Vormittag, bis die Vorsitzende die Rednerliste schließt und Thornberry als dem Berichterstatte das Schlusswort gibt.

Thornberry wirft die Frage der Identitätsfindung der Bundesrepublik auf. »Deutschland muss sich entscheiden, wie es sich definieren will in Zeiten der Globalisierung und weltweiten Wanderungsbewegungen, und was es für eine Gesellschaft sein möchte. Eine willkommen heißende Gesellschaft zu schaffen, ist eine langfristige Aufgabe.« In den fünf dicht besetzten Zuschauerreihen blicken sich die Vertreter von Menschenrechtsorganisationen an: das sind deutliche Worte.

Fatima Binta-Dah beendet die Sitzung. Die Beurteilung des deutschen Staatenberichts wird der Ausschuss in geschlossener Sitzung formulieren. Sie wird einige Tage später als »Abschließende Bemerkungen« vom UN-Hochkommissariat veröffentlicht werden. Die Anspannung in der lebhaft, aber immer sachlich geführten Verhandlung löst sich. Menschenrechtler Yonas Endrias, der aus Berlin angereist ist, findet die ersten Worte: »Zum ersten Mal nimmt dieser Ausschuss die Menschen afrikanischer Abstammung in der Bundesrepublik wahr«, stellt der Antirassismus-Sprecher des Forums Menschenrechte erfreut fest. »Das ist ein großer Tag. Was allerdings die heutigen Kommentierungen und Rückfragen des Ausschusses zur Umsetzung der Konvention durch Deutschland insgesamt angeht, würde ich sagen: Versetzung gefährdet! Das ist ein Alarmsignal.«

■ Kontakt: Johannes Brandstätter
Referat für migrationspolitische Grundsatzfragen beim Diakonischen Werk der EKD
Reichensteiner Weg 24, 14195 Berlin
Tel.: 030 / 830 01- 346
brandstaeter@diakonie.de
Johannes Brandstätter ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.

UN-EMPFEHLUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG

Der Antirassismus-Ausschuss, der die Umsetzung der Antirassismus-Konvention der Vereinten Nationen durch die Vertragsstaaten überwacht, veröffentlichte seine »Abschließenden Bemerkungen« zum 16.-18. deutschen Staatenbericht am 15. August 2008. Sie enthalten Empfehlungen an die Bundesrepublik, die freilich nicht verbindlich sind. Die Bundesregierung hat bereits erklärt, dass sie die Empfehlungen »sehr ernst« nimmt, aber nicht daran gebunden ist. Allerdings ist sie gehalten, dem UN-Ausschuss über den Umgang mit den Empfehlungen zu berichten.

Unter den Empfehlungen sind die folgenden hervorzuheben:

- Ziffer 15: Die Vertragspartei solle Artikel 1 der Konvention umsetzen und gesetzlich feststellen, was unter rassistischer Diskriminierung zu verstehen ist und ihre Anstrengungen, rassistische Diskriminierung zu bekämpfen, verstärken.
- Ziffer 18: Bund und Länder sollten resoluter gegen Gewalttaten vorgehen, die sich gegen Juden, Muslime, Roma und Sinti sowie Deutsche bzw. Asylsuchende afrikanischer Herkunft richten. Außerdem solle der Vertragsstaat statistische Daten über Strafverfolgungen, Verurteilungen und Bestrafungen von Tätern bereit stellen.
- Ziffer 19: Mit Bezug auf den als »Muslimtest« bekannt gewordenen Gesprächsleitfaden für Einbürgerungsbehörden in Baden-Württemberg sollte auf diskriminierende Befragungen bei der Einbürgerung verzichtet werden.
- Ziffer 20: Die doppelte Staatsbürgerschaft sollte hingenommen werden.
- Ziffer 23: Die Kinder Nicht-Deutscher sollten in das Schulsystem besser integriert werden, wobei die Praxis, dass Kinder aufgrund geringer Deutschkenntnisse in Sonderschulen abgeschoben werden, überdacht werden sollte.
- Ziffer 22: Für die Kinder Asylsuchender sollte die Schulpflicht umgesetzt werden.

Schließlich bittet der Ausschuss die Bundesregierung, zu ausgewählten Punkten in einem Jahr erneut Stellung zu beziehen. Er macht damit deutlich, wie wichtig er die Lage in Deutschland nimmt, und wie ernst es ihm damit ist, mehr Qualität bei der völkerrechtlich vereinbarten Berichterstattung durch die Bundesregierung einzufordern.

Zum Herunterladen: www2.ohchr.org/english/bodies/cerd/cerds73.htm

Das Forum Menschenrechte, in dem der Diakonie-Bundesverband mitarbeitet, hatte dem Ausschuss zuvor unter dem Titel »Rassistische Diskriminierung in Deutschland unterbinden« einen Alternativbericht vorgelegt. Als »Schattenbericht« beleuchtet er Sachverhalte, die vom Staatenbericht der Bundesregierung ausgespart blieben. Darin zeigt das Forum Menschenrechte schwerwiegende Mängel bei der Umsetzung der Konvention auf.

Zum Herunterladen: www.forum-menschenrechte.de

DAS BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ – GEGEN EXTREMISMUS UND GEWALT

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt möchte für die Zivilgesellschaft – also allen, die unser gesellschaftliches Zusammenleben aktiv mit gestalten – zentraler Ansprechpartner und Impulsgeber auf staatlicher Seite sein.

Seine Aufgabe ist es, das vielfältige, tagtägliche Engagement für Demokra-

tie und Toleranz in unserem Land zu bündeln, zu vernetzen und öffentlich zu machen. Der Best-Practice-Gedanke steht dabei von Beginn an im Mittelpunkt. Das bedeutet, dass Projekte, die bereits erfolgreich umgesetzt wurden, vom Bündnis bekannt gemacht und weiterempfohlen werden. Jede und jeder kann erfolgreiche Aktivitäten und Projekte auch auf die eigene Region oder vielleicht ganz andere Fragestel-

lungen übertragen. Das Bündnis möchte, dass gute Ideen verbreitet werden und eine möglichst große Wirkung entfalten und engagiert sich dafür aktuell in den Themenfeldern Demokratieförderung, Toleranz, Integration, Gewaltprävention, Extremismus und Antisemitismus.

Um vorbildliche Projekte zu identifizieren schreibt das Bündnis alljährlich den Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz« aus. Beispielhafte Vorhaben zur Förderung von Demokratie und Toleranz sollen unterstützt und das Engagement der zumeist ehrenamtlichen Projektträger gewürdigt werden.

Auch in diesem Jahr läuft wieder der »Aktiv-Wettbewerb«. Wenn Sie ein beispielhaftes Projekt kennen oder selber engagiert sind, können Sie dieses Projekt bis Ende September 2009 für den Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz« anmelden. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage. Dort können sich Initiativen auch in eine Datenbank eintragen. Damit machen sie sich potentiellen Partnern bekannt, können ihre Veranstaltungen einer bundesweiten Öffentlichkeit vorstellen und zur Vernetzung zivilgesellschaftlichen Engagements beitragen.

Anschaulich sind diese Initiativen auch auf der Deutschlandkarte auf unserer Homepage zusammengestellt. Dort können Sie gezielt und vor allem schnell nach Initiativen in Ihrer Umgebung suchen.

Einige Initiativen, die das Bündnis für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet hat, finden Sie in diesem Heft.

■ Weitere Informationen über das Bündnis finden Sie unter www.buendnis-toleranz.de

GEDÄCHTNISBUCH – NAMEN STATT NUMMERN



Die Idee zu einem Gedächtnisbuch entstand bereits 1998 und ist mittlerweile eine ständig erweiterte Sammlung von Biographien ehemaliger Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau. Ziel ist es, das Schicksal der Menschen wieder sichtbar zu machen, die hinter den Opferzahlen stehen. Damit soll ihnen ein kleiner Teil ihrer Identität wiedergegeben werden, die ihnen von den Nationalsozialisten genommen wurde. Inzwischen sind ca. 120 Lebensgeschichten in verschiedenen Sprachen verfasst, um der Vielfalt der Häftlinge aus über 30 Nationen gerecht zu werden.



Die ehrenamtlichen Projektteilnehmer setzen sich bei der Erstellung der Biographien intensiv mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinander und leisten durch ihr Engagement einen Beitrag für das Nichtvergessen der ehemaligen KZ-Häftlinge. Wenn es möglich ist, treffen sich die Autoren auch mit Überlebenden oder Angehörigen ehemaliger Häftlinge.

Aus den bereits bestehenden Biographien wurde die Ausstellung »Namen statt Nummern« konzipiert, die eine Auswahl von 22 Biographien zeigt. Die Ausstellung wurde inzwischen in verschiedenen Orten in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Österreich und Polen gezeigt.

Trägerkreis: Dachauer Forum – Katholische Erwachsenenbildung e.V.; Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau; Förderverein für Internationale Jugendbewegung und Gedenkstättenarbeit Dachau e.V.; Jugendgästehaus Dachau; Katholische Seelsorge in der KZ-Gedenkstätte Dachau

■ Weitere Informationen: www.gedaechtnisbuch.de

AKTIONSJAHR FÜR DEMOKRATIE – GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN SACHSEN

■ In der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens begann ein Aktionsjahr unter dem Thema »Nächstenliebe verlangt Klarheit. Kirche in Sachsen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus«. In diesem Jahr werden dazu mit Werkstatttagen, Tagungen, Friedensgottesdiensten und Projekten zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen stattfinden. Die Kirchenleitung hatte in einer Erklärung zur Beteiligung der Kirchgemeinden an der Aktion aufgerufen und sie bekräftigte erneut auf der Grundlage des biblischen Zeugnisses, dass Rechtsextremismus und christlicher Glaube unvereinbar sei.

Sie verwies in diesem Zusammenhang auf die kürzlich erschienene Broschüre »Nächstenliebe verlangt Klarheit. Kirche in Sachsen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus« und ermunterte die Kirchgemeinden, die dortigen Handlungsempfehlungen aufzugreifen. Diese Handreichung bietet inhaltlich-theologische Analysen und Impulse der



Situation. Sie beinhaltet neben Informationen zu den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus auch motivierende und nachahmenswerte Beispiele sowie Ideen für die Arbeit in der Kirchgemeinde.

Die Broschüre soll helfen aktiv zu werden, sich einzumischen und sich neben dem Gebet ebenso an der Gestaltung des öffentlichen Lebens, der Zivilgesellschaft und in den Kommunen zu beteiligen. Als Ergänzung und Anreiz für die praktische Umsetzung von Projekten für Menschenwürde und Toleranz fördert die Landeskirche mit der speziellen Aktion »Vielfalt entdecken – Gemeinsames gestalten« beispielhafte Initiativen von Jugendgruppen, Schulklassen, Gemeindegemeinschaften und Seniorenkreisen, die kulturelle Vielfalt in ihrem Umfeld aufspüren, fördern und darstellen.

■ Handreichung
www.evks.de/aktuelles/nachrichten/10508.html

■ Aktionsjahr
www.evks.de/leben_und_glauben/kirche_und_welt/10966.html

■ »Toleranzprojekt«
www.evks.de/aktuelles/nachrichten/11139.html

UNIVERSITÄT ERFURT, FACHHOCHSCHULE ERFURT: FREMDE WERDEN FREUNDE



In Erfurt übernehmen Bürgerinnen und Bürger aller Altersklassen ehrenamtlich Patenschaften für ausländische Studierende.

Gemeinsam mit der Stadt Erfurt und dem Thüringer Institut für Akademische Weiterbildung e.V. haben die Uni und die FH 2002 das Projekt »Fremde werden Freunde« gegründet. Insgesamt wurden bislang ca. 600 Patenschaften mit Studierenden aus 58 Ländern vermittelt. Auf vielfältige Weise werden ausländische Mitbürger und Studierende in das Alltagsleben der Paten integriert. So organisieren die Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in jedem Semester einen Begrüßungsabend, an dem sich ausländische Studierende und Paten kennen lernen. Es gibt gemeinsame Ausflüge zu Zielen in der näheren Umgebung, um die Kontakte zwischen den ausländischen Studierenden und ihren Erfurter Patinnen und Paten zu festigen. Einmal pro Monat findet ein Internationaler Stammtisch statt, der bis zu 100 Interessierte anzieht.

In den letzten Jahren wurde eine Wanderausstellung mit ca. 50 großformatigen Schwarz/Weiß-Fotografien »Fremde werden Freunde – Gesichter« zusammengestellt, die seitdem als Wanderausstellung in der Gegend gezeigt wird. Es ist geplant, das Projekt auf die Wirtschaft auszudehnen. Thüringer Unternehmen können sich als Paten zur Verfügung stellen und/oder Praktikumsplätze für die ausländischen Studierenden anbieten. Damit verbunden ist die Chance, über die Studierenden Kontakte in deren Heimatländer zu knüpfen.

■ Weitere Informationen: www.fremde-werden-freunde.de

»HAND IN HAND. KITA OHNE RASSISMUS«

EINE KAMPAGNE IN UND MIT KINDERTAGESSTÄTTEN SACHSEN-ANHALTS

Melanie Ranft

■ Mit dem landesweiten Auftakt der Interkulturellen Woche 2008 in Sachsen-Anhalt in Halle (Saale) wurde die Kita-Kampagne »Hand in Hand. Kita ohne Rassismus« in Trägerschaft des Friedenskreises Halle e.V. eröffnet. Frau Dr. Kuppe, Schirmfrau der Kampagne und Ministerin für Gesundheit und Soziales im Land Sachsen-Anhalt, verschickte knapp 1.800 Briefe an alle Kindertagesstätten in Sachsen-Anhalt und rief so zur Teilnahme an der einjährigen Kampagnenausschreibung auf.

Ziel der Kampagne ist ein gemeinsames Bekenntnis von Erzieherinnen, Erziehern, Eltern und Trägern zur Förderung von Werten, Demokratie, Vielfalt und Selbstwirksamkeit bei gleichzeitiger Abgrenzung zu Rechtsextremismus und Rassismus sowie die Umsetzung des Bekenntnisses an drei konkreten Vorhaben zur Präventionsarbeit und Förderung von Vielfalt. Ein weiteres



Offizieller Start der Kampagne während der landesweiten Eröffnung der IKW 2008 in Sachsen-Anhalt in Halle (Saale). Dr. Gerlinde Kuppe und Christof Starke, Geschäftsführer des Friedenskreis Halle e.V. übergeben die 1.800 Briefe an einen Postboten. Jonathan Failla moderiert.

Foto: Udo Bormann

Ziel besteht in der Steigerung der Wahrnehmung und Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus in der Öffentlichkeit von Sachsen-Anhalt.

Einige Kindertagesstätten sind dem Aufruf der Kampagne gefolgt und erarbeiten zur Zeit ihr Bekenntnis. Die erste Selbstverpflichtung reichte die Kita »Zwergenland« aus Scherz ein.

Deren Bekenntnis ist von der Leiterin, den Erziehenden, vom Träger, von der Gemeinde und von Vertreterinnen und Vertretern der Eltern unterzeichnet. Sie setzen sich in ihrer Kindereinrichtung und in deren Umfeld für ein aktives, partizipatives Demokratieverständnis, für ein positives Konfliktverständnis, für Gewaltfreiheit und Wertschätzung von Vielfalt ein. Weiterhin lehnen sie Gewalt, diskriminierende Äußerungen, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus strikt ab.

NORDBAHNGEMEINDEN MIT COURAGE E.V.: »TORE FÜR TOLERANZ. MINI-WM 2008«



Im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft 2008 organisierte der Verein »Nordbahngemeinden mit Courage e.V.« ein Fußballturnier für Kindergärten. Jeder Kindergarten trat als eine »Nationalmannschaft«

an. Neben dem eigentlichen Fußballspielen wurde auch ein dazu passendes Umfeld mit den Kindern gestaltet: Das Spiel mit dem Ball sollte der Anstoß sein, sich mit den entsprechenden Ländern zu beschäftigen. So wurden Trikots, Cheerleader-Kostüme und Nationalflaggen zusammen hergestellt. Außerdem gestalteten die Kitas eine Collage zu »ihrem« Land. Die Mini-WM fand im Mai 2008 vor rund 1.000 Anwesenden statt. Insbesondere wurden auch die Eltern – vor allem die Väter – erreicht und waren von der WM ihrer Kinder begeistert. Der Erfolg war so groß, dass die Mini-WM nun in den Nordbahngemeinden Tradition werden soll: Im Juni 2009 gibt es bereits eine Neuauflage.

■ Weitere Informationen: www.mit-courage.de/

Innerhalb der Interkulturellen Woche 2009 soll das zweite Kampagnenjahr gestartet werden und für 2010 ist die bundesweite Etablierung der Kampagne geplant.

Die Kampagne ist Teil eines dreijährigen Modellprojektes und wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms: »VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, vom Land Sachsen-Anhalt, der Stadt (Halle), der Heidehof Stiftung und durch die Gesellschafter.de.

■ Kontakt: Friedenskreis Halle
Projektleiterin Melanie Ranft
Große Klausstr. 11, 06108 Halle (Saale)
Tel.: 0345 / 27 98 07 56
ranft@friedenskreis-halle.de
www.friedenskreis-halle.de/kita

MEHRSPRACHIG LEBEN IN EINER EINSPRACHIGEN UMGEBUNG

Maria Ringler

»*Mehmet und Larissa reden mit – Mehrsprachigkeit als Ressource nutzen!*« – ein Projekt des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften in der Geschäfts- und Beratungsstelle Leipzig.

■ Haben Sie nicht auch schon mal im Auslandsurlaub Ihre Kinder beobachtet, wie sie unbefangen und neugierig mit einheimischen Kindern spielten? Wo die Erwachsenen sich quälen: wie sage ich das denn nur? finden die Kinder über das Spiel eine gemeinsame Sprache, in der ganz viele Wörter gelernt werden und mit ihnen eine fremde Gedankenwelt und ein ganz neues Lebensgefühl.

Kinder aus binationalen und mehrsprachigen Familien erleben solche Situationen schon sehr früh. Auch wenn sie nicht zweisprachig erzogen werden, so erfahren sie doch Kommunikation in einer fremden Sprache als Normalität und finden vielfältige Wege, sich darin zu verständigen. Für sie ist nicht das Verstehen das wichtige, sondern die Verständigung, nicht das Wissen von Wörtern und Begriffen ist entscheidend, sondern ihre Funktion für den Aufbau der Beziehung zu dem Gesprächspartner, nicht das Lernen ist das Ziel, sondern die Kommunikation über das, was zu gestalten ist. Diese Erfahrungen aus den Alltagssituationen

binationaler Familien sind auch Leitgedanken für die vorliegende Broschüre »Mehmet und Larissa reden mit – Mehrsprachigkeit als Ressource nutzen!«.

Sprache ist nichts Äußerliches wie ein Kleid, das man anziehen kann oder nicht. Wir wissen, dass sich Sprachen nicht durch Vokabellernen erschließen. Für zwei- und mehrsprachig aufwachsende Kinder verdeutlichen die Sprachen unterschiedliche Denk- und Verhaltensmuster, erschließen innere Bilder und bündeln kulturelle Traditionen. Die mit den Sprachen vermittelten Wertehorizonte prägen die Entwicklung der Kinder, sind Teil ihrer Identitätsbildung. Die Sprachen ermöglichen ihnen den Zugang zur eigenen Familie und Familiengeschichte und bilden somit auch die Grundlage für Zugehörigkeit und Akzeptanz.

Die Kommunikation in mehr als einer Sprache hat so viele Facetten wie Akteurinnen und Akteure am Werk sind: in binationalen / bikulturellen Familien mit einer / einem deutschen Partnerin oder Partner ist die Umgebungssprache in der Regel auch Teil der Familiensprachen, in eingewanderten Familien beschränkt sich Deutsch häufig nur auf den öffentlichen Bereich, in vielen Familien der zweiten Einwanderergeneration sind oft die Eltern bereits zweisprachig aufgewachsen.



Foto: iaf e.V.



Mehrsprachige Menschen sammeln Erfahrungen in mehreren Sprachwelten, sie haben potentiell einen größeren Kreis von Menschen, mit denen sie kommunizieren können. Bereits mehrsprachig aufgewachsenen Menschen fällt es auch später leichter, noch weitere Sprachen zu lernen. Es gibt darüber hinaus gute Gründe zu vermuten – einige wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen dies – dass Mehrsprachige früher und wirkungsvoller als Einsprachige für soziale Flexibilität disponiert sein können: Sie pflegen ja einen selbstverständlichen Umgang mit den zufällig gesetzten Sprachregeln, sie stellen sich früh auf Sprachgewohnheiten anderer ein und können daher oft früher begreifen, was in anderen Köpfen anders vorgehen kann als im eigenen.

Doch zwei- oder mehrsprachig leben in einer sich einsprachig verstehenden Welt, das geht nicht ohne weiteres zusammen. Mehrsprachigkeit, sozusagen die Muttersprache von Kindern, die mit zwei oder mehr Sprachen groß werden, ist jedoch eine reelle Handlungsbedingung in deutschen Kindergärten und Schulen.

Welch eine Verschwendung, das Potential der Mehrsprachigkeit im Bildungsbereich nicht stärker aufzugreifen und zu fördern! Die vorliegende Broschüre ist daher auch ein Plädoyer für die Anerkennung der Sprachen eingewandelter und mehrsprachiger Menschen als Bildungspotenzial. Warum können z.B. Türkisch, Russisch oder Arabisch nicht längst anerkannte Fremdsprachen in

deutschen Schulen sein – zumindest in bestimmten städtischen Regionen? Doch das Lernen von Fremdsprachen im deutschen Bildungssystem ist immer noch ein mühsames Handwerk und auf wenige Sprachen begrenzt. Die Sprachenvielfalt im Einwanderungsland Deutschland bleibt dabei auf der Strecke und damit leider nicht nur die sprachlichen Bildungschancen vieler Kinder aus eingewanderten und mehrsprachigen Familien.

Umso wichtiger ist es, früh anzusetzen. Das bedeutet:

- Eltern darüber informieren wie mehrsprachige Erziehung gelingen kann und sie motivieren, alle ihre Sprachen wertzuschätzen und an ihre Kinder weiterzugeben.
- Erzieherinnen, Erzieher und pädagogische Fachkräfte in Kindertagesstätten bei der Sprachförderung und der Gestaltung eines mehrsprachigen und interkulturellen Alltags gezielt zu unterstützen.

Dazu leistet die vorliegende Broschüre einen wertvollen Beitrag.

■ Maria Ringler ist Leiterin des Fachbereichs interkulturelle Bildung der iaf.

■ Zu beziehen über:
Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V.
Kurt-Eisner-Str. 40, 04275 Leipzig
Tel.: 0341 / 688 00 22
leipzig@verband-binationaler.de

EINE ART INTEGRATION AUF GEGENSEITIGKEIT

AN DER GERHART-HAUPTMANN-GRUNDSCHULE IN DREIEICH-SPRENDLINGEN KÜMMERN

SICH LERNPATEN UM EINZELNE KINDER – UND LERNEN SELBER DAZU

Anita Rüffer

■ Es war Sympathie auf den ersten Blick. »Sie hat so einen lieben, netten Eindruck auf mich gemacht«, erzählt Theodor Böhmer über Zerrin. Keine Frage, dass er sich um sie kümmern wollte. Das achtjährige türkische Mädchen besuchte die Gerhart-Hauptmann-Grundschule im hessischen Dreieich-Sprendlingen und hatte Schwierigkeiten, dort Fuß zu fassen. Theodor Böhmer, einst Hausjurist einer großen Firma, suchte eine sinnvolle Betätigung im Ruhestand. Das vom Diakonischen Werk getragene Seniorenbüro Winkelmühle wusste eine für den heute 75-Jährigen: Im Projekt »eins zu eins« betreut jeweils ein freiwilliger Mitarbeiter ein Kind mit Integrations- und Lernschwierigkeiten. Der hessischen Sozialministerin war das Projekt die Auszeichnung mit einem Geldpreis wert.

An die 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler an der Gerhart-Hauptmann-Schule haben ausländische Wurzeln. Viele leben, wie in einem Ghetto, in den Sozialwohnungen der benachbarten Hochhäuser. Einige Kinder sind, wenn der Wechsel vom Kindergarten in die Grundschule ansteht, eigentlich noch nicht schulreif und werden deshalb in eine so genannte Vorklasse eingeschult, wo sie ihre Entwicklungs-, Integrations- und Sprachrückstände aufholen sollen. Eine Aufgabe, mit der sich eine Lehrerin alleine überfordert fühlen



Foto: Monica Thomin

muss. Sie beriet sich mit der Caritas-Außenstelle Dreieich, die bislang schon Sprachförderung für Kinder und Eltern, kombiniert mit Sozialberatung, anbot. Das Projekt »eins zu eins« wurde geboren, mit Monika Edel als Geburtshelferin. Die heute 65-jährige ehemalige Bankkauffrau hatte schon Erfahrungen in der Hausaufgabenbetreuung gesammelt, was sich in Fachkreisen herumgesprochen hatte. Jetzt koordiniert sie die Gruppe der zehn eins-zu-eins-Lernpaten (acht Frauen, zwei Männer), wobei ihr zugute kommen dürfte, dass sie in ihrer leitenden

beruflichen Funktion auch Erfahrungen in der Mitarbeiterführung sammelte. Ganz stolz ist sie darauf, dass sie Caritas und Diakonie gemeinsam für die Trägerschaft des Projekts gewinnen konnte.

Zerrin, erzählt Theodor Böhmer, sei anfangs »sehr schüchtern und scheu« gewesen. Einmal in der Woche traf er sich mit ihr. Sie gingen zusammen einkaufen oder in die Bücherei. »Sie hatte gar keinen Zugang zu diesen Alltagsdingen.« Die Eltern, beide berufstätig, hätten gar nicht die Zeit gehabt, sich in

dieser Weise mit dem Kind zu befassen – das im Übrigen besser deutsch spreche als seine Mutter. Mit der Zeit seien die Integrationsprobleme in den Hintergrund getreten, die Lernschwierigkeiten hingegen immer offensichtlicher geworden. Bei den Noten sei sie immer das Schlusslicht in der Klasse gewesen und die Versetzung in die nächste Klasse klappte nur mit Ach und Krach – auch wenn ihr Pate sich bemühte, mit ihr die Hausaufgaben zu machen und den Schulstoff zu wiederholen. Heute geht Zerrin in eine Schule für Sehbehinderte mit sehr kleinen Klassen. Denn es stellte sich heraus, dass sie auch wegen körperlicher Einschränkungen kaum lesen konnte. »Ich kann nur hoffen, dass sie an der anderen Schule Fuß fasst«, wünscht Theodor Böhmer seinem Patenkind und freut sich über ihre Entwicklung. »Sie ist immer mehr aus sich raus gegangen und selbstsicherer geworden.« Er hat den Eindruck, dass sie gern gekommen ist. »Sie war sehr gewissenhaft. Wenn sie mal nicht konnte, hat sie immer angerufen.«

Das hätte Ulla Mardner mit ihrem ersten Patenkind auch gerne erlebt. Aber weder mit dem pakistanischen Jungen noch mit dessen Eltern, die alle kein Wort Deutsch sprachen, sei irgendeine Kommunikation möglich gewesen. Oft wartete sie in der Schule, doch wer nicht kam, war ihr Patenkind. Die 68-Jährige Mutter dreier längst erwachsener Kinder gab auf und sagte in der Schule Bescheid, dass sie kein Patenkind mehr wolle. Bis die Schule doch noch mal einen Vorstoß machte – und Ulla Mardner von dem siebenjährigen Rusen so begeistert war, dass sie die sechsjährige Schwester Rana gleich dazu nahm. Sowohl für die Patenkinde als auch für die Patin scheinen sich neue Welten eröffnet zu haben. »Es ist eine richtig gute Bekanntschaft geworden und wird vielleicht mal eine Freundschaft«, schwärmt Ulla Mardner. Die türkische Familie hat hörbar das Herz der kontaktfreudigen Rheinländerin erobert, die 30 Jahre bei der Frankfurter Messengesellschaft gearbeitet hat. Auch die Eltern, beide berufstätig und gut integriert, wird sie bald einladen. Und für die Kinder scheint sie längst eine Art Großmutter zu sein, zumal sich für sie eigene Enkel noch nicht eingestellt haben. Nicht nur vom Hort holt sie die Kinder gelegentlich ab, sie fährt auch mit ihnen ins Senkenberg-

Museum oder in den Frankfurter Zoo. Sie dürfen auf dem Pferd der Tochter reiten und gehen zusammen auf den Weihnachtsmarkt oder ins Einkaufszentrum. »Das macht so viel Spaß. Und die Eltern können es gar nicht fassen, dass sich jemand so um ihre Kinder kümmert.« Die Anerkennung tut ihr gut. Ebenso die Erfolge, die sie sieht. Rusen, der zunächst in die Vorklasse kam, wurde jetzt wie seine jüngere Schwester in die erste Klasse eingeschult und entwickelt sich bestens. »Ich lerne ganz behutsam mit ihnen und möchte ihnen die deutsche Kultur und Sprache vermitteln.« Das geschieht wie nebenbei, bei den vielen gemeinsamen Unternehmungen. Patin und Patenkinde scheinen füreinander ein Glücksfall zu sein. Für seinen achten Geburtstag durfte sich Rusen kürzlich ein Paar Fußballschuhe wünschen, die sie zusammen kaufen gegangen sind. Selbstverständlich war Ulla Mardner zur

Geburtstagsfeier eingeladen. Die Verwandten in der fernen Türkei staunen, dass so was mit einer Deutschen möglich ist. Es ist offenbar eine Integration auf Gegenseitigkeit, die sich beim Projekt »eins zu eins – spielend lernen« einstellt. Theodor Böhmer jedenfalls kennt sich jetzt bestens aus mit türkischen Spezialitäten. »Die hat Zerrin mir regelmäßig mitgebracht.«

■ Kontakt: Monika Edel,
über Seniorenbüro Diakonie Dreieich
Tel.: 06103 / 98 75 23
seniorenbüro@diakonie-of.de
www.famnet-dreieich.de

Monica Thomin, Tel.: 06103 / 811 56
Monica.Thomin@caritas-offenbach.de

■ Aus MIG-MAG Migrations-Magazin
Sozialcourage 2 / 2008
Deutscher Caritasverband (Hrsg.)
Karlstr. 40, 79104 Freiburg

KULTURBRÜCKE HAMBURG E.V.: SWITCH – IN 4 TAGEN UM DIE WELT



Foto: Klaus Schultz

Seit 2005 können Kinder in Hamburg in vier Tagen eine Weltreise machen – und das kostenlos. Dafür müssen die Kinder, die zwischen neun und vierzehn Jahre alt sind, nicht einmal die Stadt verlassen! Stattdessen werden Gruppen von je vier Kindern gebildet, in denen drei Kinder mit Migrationsgeschichte und ein deutsches Kind zusammen sind. Diese Gruppen besuchen nun an vier Tagen die vier Familien der jeweiligen Gruppe. Die Gastfamilien repräsentieren dabei ihr jeweiliges Heimatland durch das Vorleben landestypischer Sitten, das gemeinsame Kochen eines Nationalgerichts, Landesgeschichten, Spiele oder den Besuch von Museen und Geschäften des Gastlandes in Hamburg. Außerdem lernen die Kinder noch ein paar Vokabeln und eventuell Schriftzeichen der jeweiligen Landessprache. Im Anschluss an die Weltreise fertigen die Kinder dann ein Reisetagebuch an. Die Tagebücher werden von einer Jury bewertet und ausgezeichnet.

SWITCH gelingt es somit, die kindliche Neugier zu nutzen. Die Teilnehmenden lernen andere Kulturen kennen und überwinden ganz einfach die Schranken von sozialer und kultureller Herkunft. In Hamburg werden zweimal pro Jahr in den Schulferien »Weltreisen« angeboten. Das Projekt soll dieses Jahr auch in andere Städte übertragen werden.

■ Weitere Informationen: www.kulturbrueckehamburg.de/

»Switch« wurde 2008 als vorbildliches Projekt vom Bündnis für Toleranz und Demokratie ausgezeichnet.

DIE DEUTSCHE JUGENDFEUERWEHR: UNSERE WELT IST BUNT!

Sven Gramstadt

Feuer fragt nicht nach Nationalität. Powertypen und Warmduscher, Angsthasen und Querdenker, Sportkanonen und Träumer – über eine viertel Million Mädchen und Jungen unterschiedlicher Herkunft, Bildung und individueller Prägung engagieren sich innerhalb der Deutschen Jugendfeuerwehr.

■ Nach ihrem Selbstverständnis sind die Jugendfeuerwehren seit eh und je ein Ort für bürgerschaftliches, soziales und humanitäres Engagement. Damit kommt der Jugendarbeit in der Feuerwehr eine große gesellschaftspolitische Aufgabe zu, die weit über den Aspekt der Nachwuchsgewinnung hinausgeht. »Weltoffenheit und Toleranz, Zivilcourage, der Einsatz gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt« sind Schlagworte der aktuellen gesellschaftlichen Debatte und zugleich eine deutliche Positionierung einer modernen Jugendfeuerwehrarbeit, die in der Kampagne »Unsere Welt ist bunt« zum Ausdruck kommt. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Kampagne zählen die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, der Umgang mit schwierigen Jugendlichen, sowie eine deutliche Positionierung gegen rechtsextremistisch orientiertes Gedankengut. Integration bedeutet aber auch, die Begleitung des Übergangs jedes/r Jugendlichen in die Einsatzabteilung der Feuerwehr.

Eine mannigfaltige, tolerante und bunte Jugendarbeit wird bereits seit über 40 Jahren in heute rund 17.000 Jugendfeuerwehren deutschlandweit geleistet. Ziel der Kampagne ist es einerseits zu verdeutlichen, dass die Jugendfeuerwehren aktive Integrationsarbeit leisten und zum anderen das Bewusstsein zu stärken, auch weiterhin aktuelle Problemfelder selbstkritisch zu analysieren: Vielfalt und Toleranz nachhaltig zu praktizieren und zu fördern, sowie sich den Problemen und Herausforderungen des gesellschaftlichen



Foto: Deutsche Jugendfeuerwehr

Wandels zu stellen, bedeutet für alle Beteiligten eine große Zukunftsaufgabe, die sich fortwährend an den Bedürfnissen vor Ort orientieren muss.

Die Jugendfeuerwehren vor Ort erhalten Bildungsangebote, Unterstützung und Materialien, um eine tolerante, wertschätzende und respektvolle Alltagskultur innerhalb der Jugendfeuerwehren zu gewährleisten. Gute Beispiele vor Ort werden aufgezeigt und somit als Ressource nutzbar gemacht, damit andere Jugendfeuerwehren an diesen Erfahrungen partizipieren können.

Die Deutsche Jugendfeuerwehr war, ist und bleibt ein starker und verlässlicher Partner des Gemeinwesens. Deshalb hat die Deutsche Jugendfeuerwehr diese bundesweite Kampagne entwickelt, die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und durch Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble als Schirmherrn unterstützt wird.

Um ein deutliches Zeichen gegen Rechtsradikalismus und Intoleranz innerhalb der Jugendverbandsarbeit zu setzen, wurde im Herbst 2008 das Bundesmodellprojekt »Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie« gestartet. Mit dem Projekt wollen die Jugendfeu-

erwehren Strukturen entwickeln und integrieren, die Hilfestellung im Umgang mit rechtsextremistischen Vorfällen leisten und gegen undemokratisches Gedankengut stärken. Ziel ist eine systematische und strategische Präventions- und Interventionsarbeit, die auf Sensibilisierung, Kommunikation und Bildung abzielt. Dieses Projekt wird finanziert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus.

Darüber hinaus ist der Deutsche Feuerwehrverband mit seinem Jugendverband Mitinitiator des Onlineprojekts der Wochenzeitung Die Zeit »Netz gegen Nazis« zusammen mit dem Deutschen Olympischen Sportbund, dem Deutschen Fußballbund, der Deutschen Fußball Liga, dem ZDF und der VZ-Gruppe.

■ Kontakt: Deutsche Jugendfeuerwehr
Sven Gramstadt
Reinhardtstr. 25, 10117 Berlin
Tel.: 030 / 288 84 88 13
gramstadt@jugendfeuerwehr.de
www.jugendfeuerwehr.de / Stichwort:
Integration

THEATERPROJEKT INTERKONTINENTAL

Jessica Höhn

Das Theaterprojekt »INTERKONTINENTAL« hat eine Begegnung von Menschen unterschiedlicher Nationalität über das gemeinsame Theaterspiel ermöglicht. Es wurde im Rahmen der Interkulturellen Woche 2008, unter der Leitung der Theaterpädagogin Jessica Höhn, in den Räumen des Off-Theaters nrw veranstaltet. Das Kooperationsprojekt des Fachdienstes für Migration und Integration des Caritasverband Neuss und des Off-Theater nrw wurde durch die Gesellschaft der Aktion Mensch gefördert.

Zu Beginn des Projektes standen die Entdeckung der eigenen darstellerischen Fähigkeiten und das Kennenlernen der Gruppe anhand theatraler Übungen im Vordergrund. Die Proben waren geprägt von dem Improvisationstalent und der Spielfreude der 14 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Alter von 21- 83 Jahren. Es wurde viel gelacht und bestehende Sprachschwierigkeiten pantomimisch oder durch Übersetzer aus der Gruppe gelöst.

Die Erinnerungen waren eine wertvolle Ressource und Grundlagen der Szenen zum Thema »Wege der Migration«. Die unterschiedlichen Erlebnisse, je nach Generation und Auswandererland, bündelte sich zu Geschichten der Einwanderergeneration der 60er Jahre.

Das Ziel der Inszenierung war, den Zuschauern das Bild

- von Sprachlosigkeit,
- allein ohne soziales Netz
- sich staatlicher Willkür ausgesetzt sehen,
- um Arbeit bitten zu müssen,
- Ungleich behandelt zu werden, ohne die Kriterien des Ungleichseins zu kennen,
- das Wiedersehen nach langer Zeit in einer neuen Heimat

näher zu bringen.

Neben Seilen, als künstlerisches Element, war das gemeinsame Lachen eine Basis, die dem Zuschauer eigene Anknüpfungspunkte ermöglichte. Viele ehrenamtliche Helfer haben die Organisation der Abschlussaufführung un-



terstützt. Angehörige der Spieler spendeten Spezialitäten aus unterschiedlichen Nationen für die Feier und halfen bei der Suche nach Requisiten. Aufgrund des großen Interesses laufen die Planungen für ein Theaterprojekt im Rahmen der Interkulturellen Woche 2009.

■ Kontakt: Off-Theater nrw
Jessica Höhn (Theaterpädagogin)
Salzstr. 55, 41460 Neuss
Tel.: 02131 / 833 19
info@off-theater.de
www.off-theater.de

KOMMUNALE INTEGRATIONSPOLITIK:

HERAUSFORDERUNGEN, RESSOURCEN, GRENZEN UND ANREGUNGEN

Michael Krummacher

Untersuchungen zur bundesdeutschen Einwanderungsgesellschaft zeigen, dass aktuell fast 16 Millionen Einwohner bzw. 19 Prozent der Gesamtbevölkerung einen »Migrationshintergrund« haben (nach amtlicher Definition sind das Ausländer, zugewanderte Spätaussiedler, Eingebürgerte, Doppelstaater und ihre Kinder), dass die Migranten und Migrantinnen konzentriert in westdeutschen Städten und Ballungsräumen leben und ihr Anteil an der Bevölkerung weiter steigen wird. Aus demografischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Gründen ist unstrittig, dass die Bundesrepublik und unsere Städte jetzt und künftig auf diese Bevölkerungsgruppe angewiesen sind. Umso problematischer ist es,

dass die Untersuchungen zu den Lebenslagen der Migrantinnen und Migranten zeigen, dass der Anteil der sozialstrukturell gut integrierten Migranten zwar zunimmt, erhebliche Teile aber in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarktintegration, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Armutsrisiko und Partizipation gravierende Integrationsdefizite haben, die ganz wesentlich auf eine jahrzehntelang vernachlässigte Integrationsförderung zurück zu führen sind.

Eine zukunftsfähige Integrationspolitik erfordert daher eine aktive Integrationsförderung aller staatlichen Ebenen, die weit über die bisherige Sprachförderung nach dem Zuwanderungsgesetz hinausgeht und alle zentralen Lebensbereiche umfasst.

RESSOURCEN UND POTENTIALE

Die Kommunen verfügen über erhebliche Spielräume zur Gestaltung des Integrationsprozesses auf lokaler Ebene. Wie sie diese nutzen, bleibt ihnen überlassen. Nach einer passiv-reaktiven Integrationspolitik der meisten Kommunen bis zu den 1980er Jahren kann seit der 2. Hälfte 1990er Jahren eine deutliche Aufwertung der kommunalen Integrationspolitik festgestellt werden.

PERSPEKTIVEN UND ANREGUNGEN

Vier Handlungsebenen sind für eine zukunftsgerichtete lokale Integrationspolitik maßgeblich.



1. Konzeptentwicklung

Jede Kommune mit erheblichem Migrantenanteil sollte ein Gesamtkonzept für die interkulturelle Stadtpolitik entwickeln und prozesshaft umsetzen. Das heißt:

- Erarbeitung eines Konzeptes mit Leitzielen und konkreten Konzeptbausteinen zu den zentralen Handlungsfeldern und Querschnittsaufgaben;
- Partizipativ-diskursive Konzepterarbeitung unter Beteiligung aller relevanten Akteure der interkulturellen Arbeit;
- Bündelung und Vernetzung der interkulturellen Aktivitäten und Akteure unter Nutzung der jeweils am Ort vorhandenen Ressourcen und Potenziale;
- Prozesshafte Umsetzung, periodische Berichterstattung und Weiterentwicklung des Konzepts auf Grundlage von systematischen Wirkungskontrollen (Monitoring).

2. Partizipation

Der lokale Integrationsdiskurs auf gleicher Augenhöhe erfordert gleichberechtigte Partizipation. Das kommunale Wahlrecht für alle Ausländerinnen und Ausländer ist seit Jahrzehnten

überfällig, aber nur über eine Grundgesetzänderung möglich. Skandalös ist, dass die amtierende »Große Koalition« das Thema trotz möglicher Mehrheiten nicht behandelt und auch der »Nationale Integrationsplan 2007« in einer Fußnote lediglich einen »Prüfauftrag« ankündigt. Außerdem kommt es darauf an,

- die kommunalen Ausländer- bzw. Integrationsbeiräte zu stärken,
- die Kooperation mit den Migranten-selbstorganisationen auszubauen,
- bei Bürgerbeteiligungen in den Kommunen, die nachgewiesenen Hemmschwellen für die Beteiligungen von Migranten und anderen durchsetzungsschwachen Gruppen abzubauen.

3. Sozialraumorientierung

Stadtteile mit hohem Migrantenanteil sind oft benachteiligte Wohnquartiere. Anknüpfend an den Programmen »Soziale Stadt« sind konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslagen und des interkulturellen Zusammenlebens erforderlich.

Wichtige Handlungsfelder für alle Stadtteilbewohner sind:

- Orts- und einrichtungsnaher Sprachförderung (Kitas, Schule, Elternarbeit);
- lokale Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen;
- Förderung und Vernetzung der lokalen (Migranten-)Ökonomie;
- Stadterneuerung, Wohnen, Wohnumfeld;
- soziale und kulturelle Infrastrukturen;
- Aufbau eines Quartiersmanagement, Gemeinwesenarbeit und Konfliktmoderation mit interkultureller Orientierung;
- lokale Anti-Diskriminierungsarbeit.

4. Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen und sozialen Diensten

Aufbauend auf den kommunalpolitischen Beschlüssen für eine interkulturelle Orientierung der Stadtpolitik bildet die interkulturelle Öffnung von Verwaltungen, sozialen Diensten und anderen Institutionen eine langfristige Schlüsselaufgabe. Wichtige Leitlinien dazu sind:

- Interkulturelle Öffnung ist eine Leitungsaufgabe im Diskurs mit den Beschäftigten,

- interkulturelle Öffnung erfordert eine veränderte Personalpolitik mit den Hauptaspekten der Berücksichtigung interkultureller Ressourcen und Kompetenzen, sowie der vermehrten Einstellung von Personal mit eigenem Migrationshintergrund;
- interkulturelle Öffnung erfordert Teamarbeit und ist keine Spezialaufgabe für Personal mit Migrationshintergrund, interkulturelle Aus- und Weiterbildungen sind zwingend;
- Ressourcenorientierung und die Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen.

Abschließend: Die Chancen, Ressourcen und Grenzen kommunaler Integrationspolitik sind klar, das Wagenrad erfolversprechender Leitlinien muss nicht neu entwickelt werden. Allerdings, ohne Verbesserung der Teilhabechancen der Migrantinnen und Migranten im Bildungssystem, auf dem Ausbildungs-, Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie bei den Bürgerrechten dürfte es um die Chancen kommunaler Integrationspolitik nicht sonderlich gut bestellt sein.

■ Die Langfassung dieses Beitrags können Sie auf unserer Internetseite www.interkulturellewoche.de lesen.

■ Kontakt: Prof. Dr. Michael Krummacher
Ev. Fachhochschule RWL-Bochum
krummacher@efh-bochum.de
Prof. Dr. Michael Krummacher ist Dozent für Politikwissenschaft der Ev. Fachhochschule RWL-Bochum mit den Schwerpunkten Migrations- und Integrationspolitik, Kommunalpolitik und Sozialpolitik.

»ES BRAUCHT NUR JEMANDEN, DER EINE SACHE ANSTÖSST«

DREI KURDISCHE SCHWESTERN SOLLTEN ABGESCHOBEN WERDEN.

JETZT DÜRFEN SIE BLEIBEN, WEIL EHRENAMTLICHE HELFER SICH FÜR SIE EINSETZTEN

Anita Rüffer

■ Jeder Mensch verfügt über Talente. Die kann er nutzen für sich selbst oder auch für andere. Im südbadischen Münstertal machen die Menschen seit Jahren gute Erfahrungen damit, ihre Talente zu tauschen: Beim Nachbarn einen Baum sägen, im Gegenzug für ein Fest einen Kuchen backen. Viel wichtiger aber als die praktische ist dabei offenbar die ideelle Ebene: Talente tauschen steigert die Lebensqualität. Das jedenfalls meint Tauschring-Mitglied Barbara Hirth: »Unser Tauschring ist eine Art Nachbarschaftshilfe, in der wir Gemeinschaft spüren und näher an andere herankommen.« Zu den Nachbarn gehörte auch die siebenköpfige kurdische Familie Sönmez, die bis vor kurzem in der idyllisch gelegenen Ortschaft nahe Bad Krozingen lebte und in größter Not war: Ihre drei Töchter sollten von der Familie getrennt und in die Türkei abgeschoben werden. Ein Land, dem die Mutter nach Misshandlungen schwer traumatisiert entkommen war. Wegen ihrer daraus entstandenen psychischen Erkrankung hat sie, ebenso wie der Ehemann und der jüngste Sohn, in Deutschland ein Bleiberecht bekommen. Auch der ältere Bruder, mit einer Deutschen verheiratet, hat ein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Nur Hülya (26), Ayfer (21) und Sibel (23)



Foto: Barbara Hirth

sollten Deutschland wieder verlassen, weil sie bei der Einreise im Jahr 2001 nach dem Asylgesetz bereits volljährig waren und deshalb nicht mehr dem besonderen Schutz der Familie unterlagen. In allen Instanzen des Asylrechts waren sie gescheitert. Nun lag ihr Fall vor dem Petitionsausschuss des Landtags, bei dem die Anwältin der Familie beantragte, dass die Schwestern bleiben dürfen. Ohne große Hoffnung auf Erfolg: Zu eindeutig war die Rechtslage.

Vom Schicksal der Familie Sönmez las das aktive Tauschring-Mitglied Inge-Lore Andres in der Tageszeitung und

ließ sich davon berühren. Für sie war das ein klarer Fall für die bewährte Nachbarschaftshilfe. Sie beschloss, die Familie zu unterstützen, zumal man einander sympathisch fand. Und irgendwas würde die Familie auch zum Tausch anbieten können: Fenster putzen, bügeln, Kinder hüten ... Inge-Lore Andres gründete gemeinsam mit Barbara Hirth die Sönmez-Initiative. »Ein Petitionsantrag allein bringt noch keinen Erfolg«, hatten sie in Erfahrung gebracht. »Ein Ausländer muss auch nachweisen können, dass er in Deutschland angekommen ist.«

Gelegenheiten, sie im Alltag dabei zu unterstützen, boten sich zuhauf: Die Töchter, die damals noch zur Schule gingen, bekamen Deutsch-Nachhilfeunterricht. Wenn Behördenangelegenheiten zu regeln waren, ging jemand von der Initiative mit. So war, zum Beispiel, viel leichter an das geforderte polizeiliche Führungszeugnis zu kommen. Der Vater, der in einer Bäckerei im fernen Freiburg arbeitete und sehr unregelmäßige Arbeitszeiten hatte, wurde hingebacht oder abgeholt, wenn Busse und Bahnen nicht mehr fuhren. Und, was sehr viel Zeit kostete: Die Mitglieder des Petitionsausschusses mussten in unzähligen Anrufen und Gesprächen davon überzeugt werden, dass die Familie nicht auseinandergerissen werden dürfe. Als im Lauf des zwei Jahre währenden Schwebestands nach der Landtagswahl 2006 die Ausschussmitglieder wechselten, »mussten wir wieder von vorne anfangen«. Doch sie fanden mehr und mehr Mitstreiter. »Positiv überrascht« waren Barbara Hirth und Inge-Lore Andres über die breite Unterstützung, die die Initiative in der Bevölkerung fand: in Kirchengemeinden, bei Bürgermeistern, bei Landtagsabgeordneten, dem Südbadischen Aktionsbündnis gegen Ab-

schiebungen und sogar einem Staatssekretär im Finanzministerium. »Es braucht nur jemanden, der eine Sache anstößt«, sagt Barbara Hirth. Und dann zieht sie ihre Kreise. »Jeder hat geholfen, wie er konnte.« Zum Beispiel Kontakte zum örtlichen Kloster genutzt. »Wenn es zum Schlimmsten gekommen wäre, hätten wir versucht, die Familie dort unterzubringen.«

Zunächst sah es danach aus, als käme es zum Schlimmsten: Der Petitionsausschuss sah keine Rechtsgrundlage – andere als juristische Kriterien darf er nicht zugrunde legen – für das Bleiben der Töchter und lehnte den Antrag ab. Dennoch habe das Innenministerium selbst großes Interesse bekundet, eine gute Lösung zu finden. blieb ein Antrag bei der Härtefallkommission des Landes, die nicht nur nach Recht und Gesetz, sondern auch nach humanitären Gesichtspunkten entscheiden darf. Da spielt es keine geringe Rolle, wenn sichtbar wird, wie viele Menschen sich für ein Bleiben der abgelehnten Asylbewerber einsetzen. Das war im Fall der Sönmez-Schwester unübersehbar. Inge-Lore Andres hatte sich eingesetzt, dass zwei von ihnen eine Ausbildungsstelle im Kurhaus von Bad Krozingen

bekamen. Das fiel umso leichter, als beide »sehr fit sind«. Die dritte hat eine feste Putzstelle angenommen. Alle drei Schwestern sind somit auf dem Weg in die wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Anfang Dezember 2007 war es endlich so weit: Nach sieben Jahren Unsicherheit war die Zeit des Bangens für die drei Schwestern vorbei. Das baden-württembergische Innenministerium erteilte ihnen auf Ersuchen der Härtefallkommission eine Aufenthaltserlaubnis. Ohne das beharrliche mehr als zwei Jahre währende ehrenamtliche Engagement der Sönmez-Initiative hätte ihr Schicksal eine ganz andere Wendung nehmen können. Die Beteiligten brauchen nach den Jahren der Anspannung erst mal Zeit, die positive Wendung zu verdauen. Aber »jetzt suchen wir einen schönen Raum zum Feiern«, strahlt Barbara Hirth.

■ Kontakt: Sönmez-Initiative:
Inge.Andres@t-online.de
barbara.hirth@t-online.de

■ Aus: MIG-MAG Migrations-Magazin
Sozialcourage 2 / 2008
Deutscher Caritasverband (Hrsg.)
Karlstr. 40, 79104 Freiburg

SCHOOLBATTLE 2008/2009



In dem einjährigen schulübergreifenden Hip-Hop-Projekt, »Schoolbattle 2008/2009« sollen Schülerinnen und Schüler ihre musikalische und künstlerische Möglichkeiten ausleben und lernen, selbstständig, verantwortungsvoll und zielorientiert vorzugehen. Das Medium Hip Hop bietet den Jugendlichen die Möglichkeit, Frust und Ängste verbal zu verarbeiten. Nachdem die Schüler der 7. bis 9. Klasse durch Informationsveranstaltungen auf das »Schoolbattle« aufmerksam gemacht wurden, nahmen die Interessierten im August 2008 an einem Casting teil. Im Zeitraum des Schuljahres 2008/2009 werden die ausgewählten Schülerinnen und Schüler im Rahmen eines Wahlpflichtunterrichts und in Workshops darin geschult, ihre Fähigkeiten in einzelnen Elementen des Hip Hops (Rap, Breakdance, Freestyle und Graffiti) zu erweitern, Veranstaltungen selbstständig zu organisieren und durchzuführen sowie Verantwortung für sich und alle Beteiligten zu übernehmen. Am

Ende des Schuljahres findet dann das »Schoolbattle« statt, bei dem sich die am Projekt teilnehmenden Schüler in einem sportlichen Wettstreit messen sollen. Den Siegerinnen und Siegern winken professionelle Song-Aufnahmen in einem Studio, Video-Drehs, Sachpreise und Graffiti-flächen.

Im Rahmen des Projektes werden die Jugendlichen dazu angeregt, Texte zu schreiben, die sich mit Demokratie, dem Grundgesetz und den Grundrechten befassen. Die Schüler beschäftigen sich so auf einer anderen Ebene mit diesen Themen, das Verständnis wird vertieft.

■ Weitere Informationen: www.schoolbattle.info/

»ICH WÜRDTE DAS AUF JEDEN FALL WIEDER MACHEN«

FREIWILLIGES SOZIALES JAHR IN DER LANDESAUFNAHMESTELLE

FÜR VERTRIEBENE UND FLÜCHTLINGE IN LEBACH

Helmut Selzer

In der Landesaufnahmestelle Lebach für Vertriebene und Flüchtlinge absolvieren jugendliche Flüchtlinge ein Freiwilliges Soziales Jahr: eine Chance zur Integration für sie selbst und für die Einrichtungen, in denen sie eingesetzt sind.

■ In der Landesaufnahmestelle des Saarlandes für Vertriebene und Flüchtlinge (LAST) in Lebach leben zurzeit etwa 950 Flüchtlinge aus circa 20 verschiedenen Ländern. Darunter befinden sich fast 350 Kinder und Jugendliche im Alter bis zu 21 Jahren.

Die Flüchtlinge bringen unterschiedliche Sprachen, Kulturen und Religionen mit und leben auf engstem Raum zusammen, viele schon seit mehreren Jahren unter sehr schwierigen Lebensbedingungen in der Sammelunterkunft. Allen gemeinsam ist der unsichere Aufenthaltsstatus. Wohin der Weg sie führt, ist unklar. Besonders Kinder und Jugendliche werden in ihrer Entwicklung beeinträchtigt. Bei der derzeitigen Situation auf dem saarländischen Ausbildungsmarkt haben gerade jugendliche Flüchtlinge nur geringe Chancen, einen qualifizierten Ausbildungsplatz zu finden.

Die Caritaseinrichtungen in der LAST Lebach bieten daher seit fast zehn Jahren jugendlichen Flüchtlingen an, in ihren Einrichtungen ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) zu absolvieren.

Am Anfang hatten alle einige Probleme: »Ich dachte, die Arbeit mit den Kindern sei viel leichter. Es war manchmal nicht einfach, sich da durchzusetzen. Aber mittlerweile geht es«, berichtet Berat (18) aus dem Kosovo, der in der Kindertagesstätte St. Nikolaus arbeitet. Und auch in der eigenen Familie wurde seine neue Tätigkeit mit Skepsis betrachtet: »Mein Vater hat anfangs wenig Verständnis gezeigt; er hat gesagt, wie kann ein Mann denn mit Kindern spielen?«



Foto: DiCV Trier

Berat hatte eigentlich ganz andere Pläne. Mit seinem Fachabitur wollte er eine kaufmännische Ausbildung absolvieren, konnte aber keinen Ausbildungsplatz finden. Die Umstellung auf die erzieherische Arbeit mit Kindern war für Berat zunächst schwierig. Doch mittlerweile hat er die Sache gut im Griff, so dass er schon nach wenigen Wochen ein positives Fazit zieht: »Ich würde das auf jeden Fall wieder machen.«

Farzad (19) stammt aus Afghanistan und lebt als geduldeter Flüchtling seit fünf Jahren in der LAST. Er hat den Schulabschluss nicht geschafft. Obwohl er sehr gut Deutsch spricht, mangelt es in der Schriftsprache. Das FSJ verschaffte ihm eine neue Perspektive: »Ich lerne, Verantwortung zu übernehmen, arbeite im Team mit und mache gute Erfahrungen, die mir später für meine Ausbildung nutzen.« Gleichzeitig lernt er, um im nächsten Sommer den Hauptschulabschluss nachholen zu können. Das ist viel Mühe für den freundlichen, offen wirkenden jungen Mann, aber er ist optimistisch: »Die Caritas unterstützt mich dabei. Ich weiß immer, wo ich hin kann.«

Auch die Caritaseinrichtungen profitieren von den jungen Migrantinnen und

Migranten: »Neben der Sprachmittlerrolle gegenüber ihren Landsleuten nehmen sie auch eine Kulturmittlerrolle gegenüber den hauptamtlichen Mitarbeitern ein«, sagt Sylvia Leick, Leiterin der Kindertagesstätte. Diese bekämen durch die tägliche Arbeit mit den jugendlichen Migranten »wertvolle Einblicke und Impulse, die sie in einer Schulung nie bekommen könnten.« Damit tragen die Freiwilligen auch zur interkulturellen Öffnung der Caritas-Dienste in der LAST bei.

■ Kontakt: Helmut Selzer
Diplom-Sozialarbeiter und Leiter des Migrationsdienstes bei den Caritaseinrichtungen in der LAST Lebach
Tel.: 06881/ 93 62 01-11
selzer-h@caritas-lebach.de

■ Aus MIG-MAG Migrations-Magazin
Sozialcourage 4 / 2008
Deutscher Caritasverband (Hrsg.)
Karlstr. 40, 79104 Freiburg

AUSSTELLUNGEN, AKTIONEN UND MATERIALHINWEISE

Hörspiel: Marsmenschen in Odenkirchen

Was eine Studentin der Kulturpädagogik zunächst als Literaturkurs angeboten hatte, entwickelten Kinder gemeinsam mit Ehrenamtlichen des »Internationalen Kinderzentrums« zu einem Hörspielprojekt.

Ein Kinderbuch und eine Hörspiel-CD sind das Resultat einer phantastischen Zusammenarbeit kreativer Kinder mit Erwachsenen, die ihre Begabung gefördert haben. Die Kinder erstellten selbst die Illustrationen für das Kinderbuch und sprachen auch ihre eigenen Rollen für die Hörspiel-CD ein. Eltern und Ehrenamtliche übernahmen die weiteren Texte. Die Ergebnisse können sich sehen »und hören« lassen.

■ Kinderbuch und Hörspiel können gegen eine Spende bezogen werden beim:

SKM – Katholischer Verein für soziale Dienste Rheydt e.V.
Waisenhausstr. 22 c, 41236 Mönchengladbach
Tel.: 02166 / 130 97-0
info@skm-ry.de, www.skm-ry.de

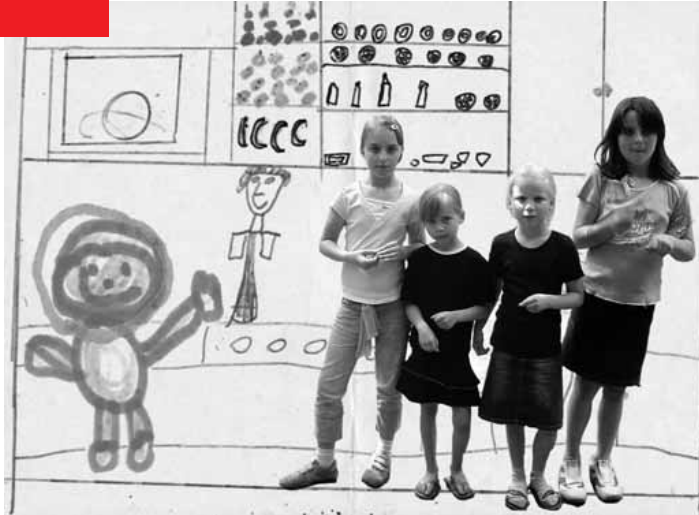


Foto: SKM Rheydt e.V.

CD: Brücken der Liebe für eine kleinere Welt – Völkerverständigung in Jazz

Musiker aus England, Deutschland und der Türkei improvisieren über soziale, ethische und spirituelle Themen. Das Ergebnis sind fließende Tracks von Smooth Jazz über Fusion bis Chillout. Dieses Projekt ist eine außergewöhnlich entspannte Form von interkulturellem Dialog, in Jazz eben.

Aktuell wird die CD »Can you see...?« der Gruppe »Spirit'n'Jazz« von Radiosendern in Australien, Belgien, Kanada, Deutschland, Italien, Spanien, Portugal und in den USA gespielt und erhielt schon einige Nr.1 Platzierungen.

Nach Tischgesprächen über tiefgründige Themen setzen sich die Musiker ins Studio und spielen einfach drauf los. Es entstehen dabei Stücke, die sehr ausdrucksstark sind und denen man die Themen der Gespräche nachspüren kann. Und da Musik keine Definitionen abliefern, eignet sie sich sehr gut als Verständigungsebene zwischen verschiedenen Kulturen. So wurde aus den Stücken ein musikalisches Projekt, das gezielt versucht, Brücken zwischen unterschiedlichen Lebens- und Glaubenswelten sichtbar zu machen.

Jazz als eine Möglichkeit des Dialogs auf der emotionalen Ebene. Der CD-Titel »Can you see...?« ist die Frage zwischen den Zeilen: Siehst du die Brücken, die Gemeinsamkeiten, siehst du die große Kultur der Liebe?



Im CD-Booklet findet man Hintergrundtexte aus Bibel und Koran, die zu den Themen der Musikstücke ausgewählt wurden und die Ähnlichkeiten verschiedener Religionen und Kulturen sichtbar machen.

■ Nähere Informationen zu dieser CD:

www.dhrecords.com

Im Vertrieb von JARO Medien,
Bestellnummer: 8095-2

Film: Fightgirl Ayse

Ayse lebt mit ihrer türkischstämmigen Familie in einem Vorort in Kopenhagen. Sie ist 17 Jahre alt und steht kurz vor dem Abitur. Ihre Eltern erwarten von ihr so gute Noten, dass sie auch Medizin studieren kann wie ihr Bruder Ali. Doch Ayse kann sich nicht für die Schule begeistern. Viel mehr interessiert sie sich für den Kampfsport Kung-Fu. Da ihre Eltern dies verbieten, fängt sie heimlich an zu trainieren und lernt dort auch Emil kennen. Dieser soll ihr helfen, an der jährlichen Kung-Fu-Meisterschaft teilzunehmen.



Drehbuch und Regie: Natasha Arthy, Dänemark
FSK: ab 12, Länge: 97 min
Mit: Semra Turan als Ayse, Nima Nabipour als Ali und Cyron Björn Melville als Emil

■ Mehr Infos:

www.moviemaze.de/filme/2735/fighter.html

Offen und vorurteilsfrei beleuchtet die dänische Regisseurin Natasha Arthy in diesem spannenden Film die Widersprüche zwischen traditionellen Werten und individueller Selbstverwirklichung.

Buchtip: Gewichtsprobleme? SELBSTAussagen zum RASSISMUS



»Sich mit sich selbst zu befassen, sich selbst zu prüfen gar, das muss sein. Nicht nur, wenn es um Rassismus geht.«

Dr. Beatrice von Weizsäcker, München

Eine einfache Serviette zum Anlass zu nehmen, sich bewusst danach zu fragen, was Menschen allesamt sich vor Augen führen müssen, um tatsächlich aufgeklärt sich und anderen ihre Position innerhalb einer Gesellschaft zuzuerkennen, mag auf den ersten Blick verwundern; zumal die ›Serviette‹ nichts anderes sein will als das, was sie ist: Eine einfache, maschinell vervielfältigte Serviette. Verfolgt man den spiralförmig und scheinbar handschriftlich aufgebrauchten Satz, der sich bis zum Begriff des Rassismus nach innen windet, so ist man längst Teil der durch Cary S. Leibowitz entwickelten Idee der Selbstspiegelung und der vorbehaltlosen Selbstbefragung.

Schüler und Schülerinnen der Oberstufe der Erich Kästner-Gesamtschule in Essen machten sich genau auf diesen Weg der Selbstreflexion und dokumentieren für andere Jugendliche und Erwachsene diesen Prozess eigener Reflexion in Texten und eigenen ›Servietten‹. Sie regen damit zu individuellem Nachdenken über den eigenen Rassismus in sich an und zeigen zudem Folgeprojekte für andere Schulen auf.

■ Leo van Treeck (Hg.),
Peter Gutsche (Idee und Durchführung)
Geest-Verlag 2008, ISBN 978-3-86685-156-6
ca. 280 S., 12 Euro

Buchtip: Kampf der Kulturen? Zwei Frauen gestalten Integration

Die eine ist Deutsche, die andere ist Deutsch-Türkin; die eine ist Jahrgang 1952, die andere 1978. Zwei Frauen, die sich also nicht nur altersmäßig, sondern auch dem kulturellem Hintergrund nach unterscheiden. Sie haben aber auch eine Gemeinsamkeit: Zenk und Gündoğdu sind Lehrerinnen, über ihren Beruf haben sie sich kennengelernt und angefreundet. Und gemeinsam hatten sie die Idee, sich über ihre Gedanken und Positionen in Punkto Integration in Briefen auszutauschen und diesen Briefwechsel auch zu veröffentlichen. Was die 57-jährige Deutsche und die 31-jährige Tochter türkischer Einwanderer von einander gelernt haben, was sie verbindet und was sie trennt, lässt sich nachlesen in »Kampf der Kulturen? Zwei Frauen gestalten Integration«. Die Lektüre bietet Gelegenheit, über eigene Positionen nachzudenken, und regt dazu an, es den beiden Frauen nachzumachen, will sagen: Aufeinanderzugehen, sich gegenseitig einladen, ins Gespräch kommen.

■ Hatice Gündoğdu und Ulrike Zenk,
Books on Demand GmbH,
Norderstedt 2008, ISBN 978-3-8370-4961-9



Ausstellung: Mittendrin statt nur daneben?!

Die Migrationskiste gleicht einer Reisetruhe. Sie steht auf zwei starken Stangen und kann so von zwei Menschen getragen werden. Assoziationen zur Bundeslade, dem Allerheiligsten des biblischen Volkes Israel auf seiner Wanderung durch die Wüste nach dem Auszug aus Ägypten, sind durchaus beabsichtigt und gewollt.

Die Migrationskiste kann ausgeliehen werden. Pfarreien, Schulen und Vereine haben von diesem Angebot bereits Gebrauch gemacht und aus den Exponaten und Gegenständen jeweils unterschiedliche Ausstellungen und Anlässe gestaltet. Immer geht es darum, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen, Vergangenheit aufbrechen zu lassen und so Brücken über die Gegenwart in die Zukunft zu bauen.

So etwa, wenn in der Konfrontation mit den Waschschüsseln der Ausstellung geschildert wurde, dass nach den Entbehrungen von Flucht und Vertreibung die erste eigene Waschschüssel und ein Stück Kernseife als ein Zurückgeben von Menschenwürde erlebt wurde.



Oder wenn ein Taschentuch, das ebenfalls zur Ausstellung gehört, Mut macht, Erlebnisse um den Abschied aus der alten Heimat und Ängste vor dem Neuen zu schildern. Aussiedlung, Umsiedlung – das hat auch mit Schmerzen zu tun, mit Weinen, mit dem Taschentuch.

Die Ausstellung ist keine Ausstellung nur zum Anschauen, sie lädt ein zur Auseinandersetzung.

Die Integration von Menschen in unsere Gesellschaft darf nicht das Ziel haben »Gleich zu machen«, sie muss die Stärken von Einheimischen und Zugereisten gegenseitig nutzbar machen. Es geht um ein Geben und Nehmen von allen Seiten.

So soll die Wanderausstellung eine Möglichkeit sein, in den Dialog zu treten, von Erfahrungen zu erzählen, neue Erfahrungen in der Begegnung zu machen, um Veränderungen einzuleiten, die es braucht, um Integration möglich werden zu lassen – damit wir zusammen in Frieden leben können.

■ Die Ausstellung kann entliehen werden bei:
Caritasverband Worms e.V.
Fachstelle für Migration und Integration Osthofen
Susanne Goldbach
Rheinstraße 45, 67574 Osthofen
Tel.: 06242 / 24 60
migrationskiste@caritas-worms.de

Kampagne: Kein Platz für Rassismus

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben nirgends etwas zu suchen, auch nicht im Fußball, auf keinem Dorfsportplatz und in keinem Stadion. Und doch kommt es immer wieder vor, dass Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Religion beleidigt, angegriffen oder sonst wie angefeindet werden – im Profifußball wie in den untersten Spielklassen.

Damit muss endlich Schluss sein!



Kein Platz für Rassismus! (KPfR!) e.V. ist eine gemeinnützige Organisation aus Frankfurt am Main. Der Vereinsgründung ging eine gleichnamige Kampagne des Fußballmagazins ZICO in Zusammenarbeit mit den Frankfurter Fußballvereinen voraus. Auftakt der Kampagne war eine Schilderaktion: Das erste Schild wurde an der Commerzbank-Arena in Frankfurt angebracht und hängt mittlerweile an den Zugängen von rund 70 Fußball- und Bolzplätzen, an den Eingängen von Schwimmbädern, in Firmen, Kinos und Verlagen im Rhein-Main-Gebiet. Ziel von KPfR! e.V. ist die Arbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit im Fußball.

Von Anfang an wurde die Kampagne durch bekannte Fußballer begleitet, die dafür sorgten, dass das Projekt schnell über die Grenzen Frankfurts hinaus bekannt wurde. Idole wie Uwe »Zico« Bindewald, Steffi Jones, Michael Thurk und Jermain Jones fungieren als Botschafter der Aktionen. Nachdem »Kein Platz für Rassismus« so großen Rückhalt in Frankfurt erhalten hat und die Zahl der Unterstützer stetig wuchs, hat ZICO das Projekt auf ehrenamtliche Beine gestellt



und zu Beginn diesen Jahres den Verein Kein Platz für Rassismus e.V. gegründet, der nicht nur die Schilderaktion fortführt, sondern durch seine Kontakte auch andere Initiativen unterstützt, die für den Dialog zwischen – und das Zusammenleben von – unterschiedlichen Kulturen und Religionen eintreten.

Bei Turnieren, Messen, in Zeitungen, Fernsehsendern, der Parade der Kulturen, auf Konzerten und in Fußballschulen wird gemeinsam mit den Unterstützern für die Arbeit des Vereins und seine immer vielfältiger werdenden Projekte geworben. Mittlerweile wird die Arbeit auch durch einen eigenen Song begleitet, der zur Mitarbeit an den Aktionen aufruft. Das Lied »Viel zu tun«, geschrieben von der Berliner Reggae-Band Irie Revolté wird unter anderem als Kinospot in Frankfurts größtem Kino vorgeführt.

Mit der Aktion Farbe bekennen stellten sich bisher 1.100 Fußballanhänger – darunter viele Schauspieler, Models, Firmen- und Verlagsleiter – auch persönlich hinter unsere Botschaft.



■ Mehr Infos: www.kein-platz-fuer-rassismus.de

Ausstellung: Vielfalt! Mitmach-Ausstellung zu Toleranz Eine Wanderausstellung für Kinder von 2 bis 12 Jahren und ihre Familien

Acht unterschiedlich gestaltete Räume halten witzige, nachdenkliche und kreative Mitmach-Aktionen bereit: Im »Raum der Sinne« wird die Selbstwahrnehmung geschult: Hier kann Kuscheliges und Kratziges angefasst oder jemanden die Hand geschüttelt werden, ohne ihn zu sehen. Im Raum »Vielfalt der Gefühle« geht es um die Stärkung des Einfühlungsvermögens: Am Gefühle-Dreh-Puzzle kann ausprobiert werden, wie sich Augen, Mund und Nase verändern, wenn jemand ängstlich oder ärgerlich ist. Spielerisch und kreativ werden Einfühlungsvermögen, Respekt und Toleranz gefördert.



Die von Aktion Mensch geförderte Ausstellung ist seit einem Jahr erfolgreich in Deutschland unterwegs. Über 20.000 Besucher in sechs Städten sahen die Ausstellung bisher. Vom 16. Oktober bis zum 6. Dezember 2009 wird sie im Freizeitheim Vahrenwald in Hannover zu sehen sein.

Die Ausstellung hat zum Ziel, Kindern Vielfalt als grundsätzlichen Wert zu vermitteln. Nicht nur Vielfalt beim Menschen ist Thema, sondern auch Vielfalt in der Natur. Im Käfer-Labor kann die artenreichste Tiergruppe erforscht werden. Im Raum »Vielfalt der Entwicklung« erfahren Eltern, wie wichtig es für das Glück ihrer Kinder ist, zu erkennen, wie unterschiedlich die Persönlichkeiten und Bedürfnisse der Kinder sind.

■ Informationen über Ausleihbedingungen:
Mit allen Sinnen lernen e.V., Berlin
Tel.: 030 / 36 46 08 69
www.vielfalt-ausstellung.de

Arbeitshilfe: Argumente gegen Rechts

Im Frühjahr diesen Jahres hat die Abteilung Werbung der Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei die Arbeitshilfe 15 »Argumente gegen Rechts« publiziert. Den gleichnamigen Titel hatte auch schon die Arbeitshilfe 12, jedoch handelt es sich bei dieser neuen Ausgabe nicht nur um eine Aktualisierung der bestehenden. Die Arbeitshilfe 15 hat das Ziel, den Leser noch praxisnäher zu begleiten, Argumente zu liefern und Fakten darzulegen. Sie gibt Tipps, wie rechte Argumente widerlegt werden können – sowohl rhetorisch als auch argumentativ. Sie erklärt Begriffe wie »Nationalismus, Ethnopluralismus, Sozialdarwinismus und Antisemitismus«. Sie liefert Eckdaten zum Thema Einwanderung und Asylsuchende, klassische rechte Argumente werden aufgegriffen, analysiert und widerlegt. Dieses Heft enthält erstmals internes NPD-Material, das die Rechten für die Kaderschulung verwenden. Der Autor der Broschüre – Christian Waclawczyk – ist ein Kenner der rechten Szene.

Die Arbeitshilfe wird von einem gleichnamigen Kartenset begleitet. Die Karten sind kurz und knapp geschrieben und sollen helfen, mit den passenden Fakten gegen rechtes Gedankengut schnell schwarz auf weiß zu kontern. Nicht nur aufgrund der Inhalte, sondern auch durch die handliche Form sind sie empfehlenswert. Die Karten sind mit einer Ringlösung versehen und verfügen über ein markantes Titelbild mit »Stopp-Schild«. Das Konzept besteht darin, dass die Vorderseite der Karten die rechten Argumente beinhaltet, die Rückseite widerlegt diese dann.

■ Bestellungen sind zu richten an:
annette.terweide@gdp-online.de
Die Kosten belaufen sich bei mehreren Heften auf 1,- € / Heft und 1,30 € / Karten.



BESTELLUNGEN

Ihr Bestellungen richten Sie bitte schriftlich an:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche /
Woche der ausländischen Mitbürger
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.

Fax: 069 / 23 06 50
oder im Internet unter
www.interkulturellewoche.de

Hiermit bestelle ich:

Materialumschlag

..... Expl. des **Materialumschlags**
**»Interkulturelle Woche /Woche der ausländischen
Mitbürger 2009«**

Inhalt: 1 Materialheft »Misch mit!«,
64 Seiten, DIN A4

1 Plakat DIN A3 »Misch mit!«,
Motiv »Schrift«

1 Materialheft zum Tag des Flüchtlings,
»Mit Menschenrechten darf man nicht spielen.«,
48 Seiten, DIN A4

1 Plakat DIN A3 Tag des Flüchtlings,
»Mit Menschenrechten darf man nicht spielen.«

Staffelpreise:

bis 9 Exemplare 4,60 Euro; ab 10 Exemplaren 3,60 Euro;
ab 50 Exemplaren 2,90 Euro

Kostenbeiträge für die neuen Bundesländer:

bis 9 Exemplare 2,60 Euro; ab 10 Exemplaren 2,30 Euro;
ab 50 Exemplaren 1,70 Euro

Plakate

..... Expl. des **Plakates DIN A3**
»Misch mit!«, Motiv »Schrift«
Kostenbeitrag: bis 9 Exemplare 0,40 Euro;
ab 10 Exemplaren 0,30 Euro; ab 100 Exemplaren 0,20 Euro

..... Expl. des **Plakates DIN A2**
»Misch mit!«, Motiv »Schrift«
Kostenbeitrag: bis 9 Exemplare 0,80 Euro;
ab 10 Exemplaren 0,50 Euro; ab 100 Exemplaren 0,40 Euro

Postkarten

(vierfarbig, siehe Titelbild und Umschlagrückseite
des Materialheftes)

..... Expl. **»Schrift«**

..... Expl. **»Farbkasten«**

..... Expl. **»Strudel«**

..... Expl. **»Aquarell«**

..... Expl. **»mischen complete«**

Kostenbeitrag: 1 bis 49 Expl. 0,25 Euro; ab 50 Expl. 0,20 Euro

Alle Preise zuzüglich Versandkosten

Ich bitte um Lieferung an (bitte kein Postfach angeben):

Privatadresse Adresse der Institution

.....
Name, Vorname


.....
Institution

.....
Strasse

.....
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax-Nummer

.....
E-Mail


Datum, Unterschrift

**Bitte geben Sie, falls Sie tagsüber nicht erreichbar sind,
unbedingt eine Ersatzadresse an, bei der tagsüber Pakete
abgegeben werden können:**

.....
Name, Vorname

.....
Institution

.....
Strasse

.....
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax-Nummer

Mehr Infos zur Interkulturellen Woche

■ Veranstaltungen

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss veröffentlicht Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche auf der Homepage:

www.interkulturellewoche.de.

Dadurch wird die Breite des Engagements in der Interkulturellen Woche sichtbar. Bitte senden Sie uns Ihre Veranstaltungshinweise im Sommer per Post und per E-Mail zu.

■ Newsletter

Drei- bis viermal jährlich erscheint der »Newsletter Interkulturelle Woche«, in dem wir über aktuelle Entwicklungen informieren, Materialien und gute Beispiele vorstellen. Gerne senden wir Ihnen den Newsletter kostenlos per E-Mail zu. Sie können ihn in der entsprechenden Rubrik auf der Website www.interkulturellewoche.de abonnieren.

■ Good-Practice-Recherche

In der Interkulturellen Woche gibt es eine Vielzahl von gelungenen Projekten und Veranstaltungen. Wir möchten eine Auswahl im bundesweiten Newsletter, auf der Homepage und im Materialheft 2010 vorstellen. Bitte senden Sie uns Berichte über gute Projekte und Fotos von Veranstaltungen zu.

■ Bundesweite Auftaktveranstaltung 2009

In München wird am Freitag, den 18. September 2009, um 17.00 Uhr in der griechisch-orthodoxen Allerheiligenkirche der ökumenische Gottesdienst zum bundesweiten Auftakt der Interkulturellen Woche stattfinden. Anschließend ist im Alten Rathaus eine gemeinsame Veranstaltung der Stadt München und des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses geplant.

■ Terminhinweis

19. und 20. Februar 2010: Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2010 in Leipzig. Das Programm wird Anfang Dezember auf der Homepage www.interkulturellewoche.de abrufbar sein.

HERAUSGEBER:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche /
Woche der ausländischen Mitbürger
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069/23 06 05, Fax: 069/23 06 50
E-Mail: info@interkulturellewoche.de
Im Internet: www.interkulturellewoche.de

VORSTAND:

Vorsitzende: Gabriele Erpenbeck, Beraterin der Migrationskommission der Deutschen
Bischöfenskonferenz, Hannover
Stellv. Vorsitzender: Andreas Lipsch, Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche
in Hessen und Nassau EKHN, Frankfurt/M.
Stellv. Vorsitzender: Sokratis Ntallis, Griechisch-Orthodoxe Metropole, Bonn

WEITERE MITGLIEDER:

José Antonio Arzoz, Spanierseelsorge in Deutschland, Bonn
Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Mannheim
Johannes Brandstätter, Diakonisches Werk der EKD, Berlin
Gabriella Costabel, Evangelische Landeskirche in Württemberg, Stuttgart
Dr. Doris Dickel, Büro der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge
und Integration, Berlin
Dr. Ralf Geisler, Kirchenamt der EKD, Hannover
Katrín Gerdsmeyer, Kommissariat der deutschen Bischöfe, Berlin
Stefan Herceg, Deutscher Caritasverband, Freiburg
Dr. Peter Hünseler, Christlich-islamische Begegnungs- und Dokumentationsstelle CIBEDO,
Frankfurt/M.
Dr. Assion Lawson, Interkulturelles Büro, Stendal
Msgr. Wolfgang Miehle, Nationaldirektor für Ausländerseelsorge, Deutsche Bischofs-
konferenz, Bonn
Karin Pergold, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., Leipzig
Klaus Pritzkeleit, Diakonische Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen, Berlin
Volker Roßbocha, DGB-Bundesvorstand, Berlin
Nurhan Soykan, Zentralrat der Muslime in Deutschland, Köln
Albrecht Steinhäuser, Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und
Landesregierung Sachsen-Anhalt, Magdeburg
Canan Topçu, Frankfurt/M.
Ioanna Zacharaki, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Günter Burkhardt, Frankfurt/M.

REDAKTION: Günter Burkhardt, Friederike Ekol, Ulli Hartwig

TITELBILD: European School of Design, Frankfurt/M.

LAYOUT: Wolfgang Scheffler, Mainz

HERSTELLUNG: VARIO Medienproduktions GmbH

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Nachdruck (bitte mit Quellenangabe), auch auszugsweise, gerne gestattet.
Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss
herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind
die Meinung der Verfasser.

**Als Termin für die Interkulturelle Woche 2009 wird der Zeitraum
vom 18. September bis 3. Oktober 2009 empfohlen.**

**Freitag, der 2. Oktober 2009
ist der Tag des Flüchtlings.**

**Termine für die Interkulturelle Woche
2010 und 2011:
2010: 26. September – 2. Oktober
2011: 25. September – 1. Oktober**

